permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

NR. 27 / APRIL 1979 / PREIS: S lo.-

Am 6. Mai: NEIN zu den Bürgerlichen! NEIN zum Reformismus!

MAN BENÖTIGT KEIN ALLZUGUTES GEDÄCHTNIS, UM SICH ERINNERN ZU KÖNNEN, DASS DIE SOZIALDEMOKRATISCHE FÜHRUNG VOR MONATEN ALLE BEMÜHUNGEN NACH EINER VORVERLEGUNG DES TERMINES DER NATIONALRATSWAHLEN MONOTON MIT DEM SATZ: "GEWÄHLT WIRD AM ERSTEN SONNTAG IM OKTOBER" ZURÜCKWIES.
UND MAN BENÖTIGT EBENFALLS KEIN ALLZU GUTES GEDÄCHTNIS, UM ZU WISSEN, DASS ES VOR ALLEM DIE KAPITALISTEN WAREN, DIE DIESE VORVERLEGUNG VERLANGTEN. IHRE BEGRÜNDUNG DAFÜR WAR UNZWEIDEUTIG: 'SCHWIERIGE ZEITEN' STÜNDEN BEVOR UND DIE NEUE REGIERUNG SOLLTE DIE DIESEN ZEITEN ENTSPRECHENDEN MASSNAHMEN IN EINEM 'RUHIGEN' POLITISCHEN KLIMA DURCHFÜHREN KÖNNEN.
HINTER DEN PHRASEN DER KAPITALISTEN STAND UND STEHT DIE BESTREBUNG NACH EINEM VERSTÄRKTEN ABBAU VON SOZIALLEISTUNGEN UND DER BESCHLEUNIGTEN SENKUNG DER LOHNKOSTEN, EINFACHER AUSGEDRÜCKT DES ANSTEIGENS DER ARBEITSLOSIGKEIT!

FORTSETZUNG AUF SEITE 4

MAIFEST VON SOAK UND IKL

- DIE INNENPOLITISCHE SITUATION IN ÖSTERREICH VOR DEN WAHLEN
- IRAN: FILM UND DISKUSSION

MUSIK/BUFFET

ZEIT: SAMSTAG, 5. MAI, 18 UHR
ORT: HAUS DER BEGEGNUNG, 1o6o WIEN, OTTO BAUER GASSE/KÖNIGSEGGASSE (KLEINER SAAL)

Iran:
Die Revolution in Gefahr!

DIE WIDERSPRÜCHE INNERHALB DER IRANISCHEN KLASSENGESELLSCHAFT NAHMEN IN DEN LETZTEN WOCHEN UND TAGEN AN SCHÄRFE STÄNDIG ZU. NACHDEM DAS SCHAH-REGIME GESTÜRZT WAR (ZUMINDEST DESSEN SPITZE), TRATEN UNVERMEIDLICH NICHT NUR DIE AUSEINANDERSETZUNGEN ZWISCHEN DEM VON KHOMEINI REPRÄSENTIERTEN LAGER DER 'IRANISCHEN REPUBLIK' UND DER LINKEN IN DEN MITTELPUNKT, SONDERN AUCH DIE AUSEINANDERSETZUNGEN ZWISCHEN DEM LAGER KHOMEINIS UND DER REGIERUNG BAZARGAN (IN DER DIE 'NATIONALE FRONT', DIE AM BESTEN MIT BÜRGERLICH/DEMOKRATISCHEN VORSTELLUNGEN SOZIALDEMOKRATISCHER RICHTUNG VERGLICHEN WERDEN KANN, EINFLUSS HAT) VERSTÄRKEN SICH. DIES ALLES PASSIERT NICHT GRUNDLOS. DAS REGIME DER 'IRANISCHEN REPUBLIK' KONNTE BISLANG KEIN EINZIGES DER BRENNENDEN PROBLEME DES LANDES LÖSEN. MILLIONEN ARBEITSLOSE, KAPITALISTENWILLKÜR GEGEN STREIKENDE ARBEITER, DIE ANGRIFFE DES MILITÄRS GEGEN DIE KURDISCHEN UND TURKMENISCHEN MINDERHEITEN, DAS ALLES ZEIGT, DASS DAS SYSTEM DER KAPITALISTISCHEN UNTERDRÜCKUNG RELATIV INTAKT IST IM IRAN UND 'ALLAH' WIRD WENIG DARAN ÄNDERN...

FORTSETZUNG AUF SEITE 11

INHALT

ARBEITSKREIS DER IKL

Der Arbeitskreis wurde gegründet, um Interessierten den Zugang zum Marxismus durch die Diskussion zeitgeschichtlicher Themen zu ermöglichen. Da die Themen der nächsten Termine von den jeweils Anwesenden beschlossen werden, ist in den 3/4 Jahren seines Bestehens eine ganze Palette von politischen Inhalten besprochen worden: Nah-Ost, 'Terrorismus', Frauenfrage, chinesische Revolution u.a.m.

Im November 1978 führte die IKL eine öffentliche Diskussion zur Revolution im Iran durch, an der sich auch eine größere Anzahl iranischer Genossen von verschiedenen politischen Strömungen beteiligten. Wegen des großen Interesses aller Teilnehmer wurde die Diskussion zuerst in zwei weiteren öffentlichen Veranstaltungen und darauf in unserem Arbeitskreis fortgesetzt.

Um das Verständnis der Triebfederm der iranischen Revolution zu vertiefen, wurde dann die Revolution in Chile mit Referaten aufgearbeitet und eingehend diskutiert, später auch die russische Revolution von 1905, vom Februar 1917 und Oktober 1917. Den Abschluß bildete dann eine Diskussion der Entwicklung der Sowjetunion bis in die Dreißiger Jahre. Dabei wurde immer versucht, den Bezug zur iranischen Revolution herzustellen.

Der Arbeitskreis befindet sich zur Zeit in einer Veränderung, sowohl was den Arbeitsstil betrifft, als auch seine Zusammensetzung. Neben den oben beschriebenen Inhalten sollen verstärkt Themen der unmittelbaren Tagespolitik besprochen und diskutiert werden. Als Grundlage sollen sowohl zentrale Artikel der 'permanente revolution', als auch solche von anderen Organisationen dienen. In diesem Sinn wurde an Hand von Artikeln von IKL, GRM, SOAK und KB die Lage in Vietnam und Kambodscha diskutiert. Zuletzt wurde ein Überblick über die österreichische Arbeiterbewegung von ihren ersten Anfängen bis ca. 1922 erarbeitet. Für die nächste Zeit sind nun folgende Diskussionsthemen vorgesehen:

- *Politische Prozesse*
- *Politische Lage in Österreich*
- *Reformismus*
- *Österreichische Arbeiterbewegung seit 1922*

Die nächsten Termine und Themen:

25.4.: Prozeß gegen Pietsch, Gratt u. Keplinger und die Wahlposition der IKL
9.5.: Politische Lage in Österreich - 1.Mai, Nationalratswahlen - und die Taktik der Linken
Für den 23.5. ist das Thema noch offen.

Zeit & Ort: Die Termine sind jeweils am Mittwoch, Beginn um 19.30h, Treitlstr. 3(Gewerkschaftshaus) - Zimmernummer beim Portier zu erfragen.

KOMMENTAR

Harrisburg: Die »unvorhersehbare« Gasblase...

Radioaktiver Dampf in der Atmosphäre, 1,5 Millionen Liter verseuchtes Wasser im Susquehanna-River, Tausende von flüchtenden Menschen, verstopfte Strassen und konfuse Behörden. Der unmittelbare Anlaß: eine Gasblase in der Kuppel des AKW-Meilers von Harrisburg. Ein 'Fachmann' der AKW-Lobby behauptete dazu, "daß das System wie vorgesehen arbeitet." (Marc Mille vom Atomic Industrial Forum)

In Wirklichkeit stand die amerikanische Bevölkerung im Umkreis der Insel Three Mile im Susquehanna-River, einige hundert Kilometer von New York entfernt, knapp vor einem 'Gau', dem "größten anzunehmenden Unfall" eines Atomkraftwerkes.

Einige Brennelemente begannen am Mittwoch dem 28. März 1979 zu schmelzen, weil das Hauptkühlsystem ausgefallen war. Radioaktiver Dampf entwich. Im Inneren des AKWs maß man 1.200 rem, eine für Menschen absolut tödliche Dosis. Außerhalb wies die Luft 50 rem auf. Am Donnerstag stand im Kraftwerk radioaktives Wasser rund einen Meter hoch. Um einen Druckanstieg im Innenraum zu verhindern, "müsse noch immer radioaktiver Dampf abgelassen werden."(Jack Herbein, Strommanager des AKW Harrisburg) Und dann am Freitag: Hochalarm! Es bildete sich jene Wasserstoffblase im Kühlsystem des Reaktorkerns, die das AKW mit einer Explosion bedrohte. Der gesamte Reaktorkern wäre somit durchgeschmolzen, ungeheure Mengen von Radioaktivität wären freigeworden. "Eine potentiell katastrophale Lage", kommentierte Senator Gary Hart.

Am "schwärzesten Tag in der Geschichte der Kernenergie" (US-Energieminister Schlesinger) schüttelten Spezialisten aus aller Welt vor einer Wasserstoffblase den Kopf. Wie die Gasblase aufzulösen ist, wußten sie nicht. Dies sei ein "schwieriges Unterfangen", und man habe so etwas noch nie versucht. All die kapitalistische Verrottung kam zum Vorschein, als erst dreieinhalb Stunden nach dem Beginn des Unfalls, die AKW-Leitung die Information nach außen bekanntgab. Erst um 11 Uhr, Stunden danach, wußte die Bevölkerung Bescheid. Jetzt bewiesen sich die Behörden als unfähig. Die Polizei riet lediglich den Einwohnern, in den Häusern zu bleiben. Schwangere und Kinder sollten evakuiert werden. Und selbst das funktionierte nicht zufriedenstellend.

Die akute Unfallgefahr war schließlich gebannt und schon meldeten sich wieder die Verniedlicher aus aller Welt zu Wort. Kein einziger Mensch sei umgekommen. "Ich bin offenbar besser informiert als die Journalisten. Die veranstalten ein Gruselfestival an Sensationsberichten, während es doch keinen Toten und keine Verletzten gab. Von einer Gefahr des Durchschmelzens zu sprechen ist ein Witz." (Österreichischer Nationalbankpräsident Kienzl). Nichts von Bedeutung wäre geschehen. Ja, ein Unfall. Aber kommen Unfälle nicht auch in Bergwerken, Fabriken usw. vor? 50 rem im Umkreis des AKWs in Harrisburg: "bloß" die Strahlungsmenge zweier Röntgenaufnahmen....

"Nur" - 50 rem strahlen permanent und kommen zur natürlichen Strahlung noch dazu, und so geringfügig dies auch ist (den offiziellen Angaben ist jedoch kaum Glauben zu schenken), das Gleichgewicht der Natur kann dadurch durcheinander gebracht werden. 1,5 Millionen Liter radioaktives Wasser im Fluß wirken ebenfalls weit über den eigentlichen Unfall hinaus. "Selbst wenn alles glimpflich abläuft, müssen wir mit vielen Krebsfällen rechnen." (Krebsforscher Edward Radford)

Alle 'Sicherheitsberichte' der vergangenen Jahre wurden durch Harrisburg erneut über den Haufen geworfen. Es gab der Rasmussen-Studie endgültig den Todesstoß, so kräftig, daß deren Falschheit selbst von den offiziellen Stellen nun zugegeben wird. Die Unfälle im Fermi-Reaktor bei Detroit 1966, von 1975 im AKW in Alabama oder 1978 in Brunsbüttel hatten nicht ausgereicht, um den bürgerlichen und reformistischen 'Sicherheitsexperten' das Maul zu stopfen. Jetzt nach Harrisburg sind sie etwas kleinlauter geworden.

Man könne die Sicherheit doch nicht exakt vorausberechnen. Man sei hier früher zu forsch vorgegangen und habe die Unfallhäufigkeit zu "optimistisch" ausgelegt. Dennoch bleiben diese Fachleute in ihrer 'Selbstkritik' ungemein oberflächlich. "Menschliches Versagen" und "Mißachtung gesetzlicher Vorschriften" wären die unkalkulierbaren Faktoren, die "unglücklich" zusammentreffen können und "in dieser Konstellation nicht vorherberechenbar, und also auch nicht auszuschließen sind." ('Spiegel', Nr. 14/1979)

Ja, hätten die Arbeiter im AKW in der Nähe von Detroit 1966 kein Bier getrunken, bevor eine Bierdose die Düse im Kühlsystem verstopft hatte und hätten AKW-Angestellte 1975 nicht unfachgemäß und "gesetzwidrig" geschweißt, ja und hätte in Harrisburg zuletzt ein Techniker nicht versehentlich das Sicherheitssystem der Notkühlung ausgeschaltet, würden Atomkraftwerke der Menschheit nach wie vor eine sorglose 'strahlende' Zukunft gewährleisten.

Die Argumentation der AKW-Befürworter ist nach Harrisburg subtiler geworden (abgesehen selbstverständlich von der Primitivverteidigung eines Kienzl und der Profitsturheit kapitalistischer Energiepolitiker). Sie haben gelernt. Rasmussen ist zu plump. Zwar seien AKW-Unfälle nicht vorherberechenbar, so ihre heutige Wortwahl, aber trotzdem vermeidbar.

Bierdosen und Schweißnähte mögen die auslösenden Momente für AKW-Unfälle gewesen sein, das eigentliche Problem berühren sie aber nicht. Auch in einem Bergwerk kann ein technisches Gebrechen zu einer Katastrophe führen. Die Belüftung kann ausfallen und die Kumpels mit dem Ersticken bedrohen. Stollen können einbrechen usw.. Alles das sind aber technisch faßbare Probleme, denen mit den heutigen wissenschaftlichen und technischen Kentnissen beizukommen ist. Unfälle sind hier meistens auf die kapitalistische Profitlogik zurückzuführen, die nachlässigen Bau und lebensbedrohliche 'Sicherheitsvorkehrungen' verursachen. Bei AKWs kommt allerdings noch ein weiterer Faktor für ihre Unsicherheit hinzu: Es laufen physikalische Prozesse ab, derer - und deren Konsequenzen - die Wissenschaft einfach nicht Herr ist. Harrisburg war dafür ein tragisches Beispiel.

Auf der gleichen oberflächlichen Ebene wie die Vertreter des Kapitalismus argumentierten die Stalinisten. Brachten sie zuerst nur zaghaft Meldungen über Harrisburg, beweihräucherten sie später die AKWs im Ostblock, indem sie die Ereignisse auf Three Mile als Unfall klassifizierten, der eben nur im Kapitalismus passieren könne. Bis heute vermögen sie hingegen nicht den Beweis zu erbringen, worin sich die Kernkraftwerke in ihren Staaten grundsätzlich positiv bezüglich der Sicherheit von jenen im Westen unterscheiden.

Diese grundsätzliche Mangelhaftigkeit von Atomkraftwerken im 20. Jahrhundert wollen die bürgerlichen Politiker und 'Fachleute' auch nach Harrisburg nicht zugeben - und dürfen das auch nicht. Zu eklatant würden ihre wirklichen Absichten hervortreten, über alle Risken und Gefahren hinweg, ihr Nuklearprogramm durchzuziehen, wenn es nur den kapitalistischen Profiten zugute kommt.Dementsprechend agiert die vor kurzem von Carter eingesetzte Untersuchungskommission zu Harrisburg, in der sogar "eine Hausfrau und Mutter von sechs Kindern" sitzt. Die Aufgabe der Kommission wird es sein, so will es die Carter-Administration, "Vorschläge für eine vermehrte Sicherheit(!) im Zusammenhang mit Kernkraftwerken zu unterbreiten." (aus 'Neue Züricher Zeitung', 15./16.April 1979) Die 'Nuclear Regulatory Commission' (NCR) kündigte an, daß neue und strengere Sicherheitsvorschriften für den Bau und den Betrieb (!!!) von Kernkraftwerken erlassen werden." ('Neue Züricher'...)

Es wird weiter gebaut und betrieben. Mit papierenen Paragraphen wollen sie der wissenschaftlichen Unfähigkeit in Sachen AKWs und der kapitalistischen Profitgier zu Leibe rücken. Das ist ihre 'Lehre' von Harrisburg.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Wahlen

Wenn die SPÖ-Führung dann doch der Verlegung der Nationalratswahlen auf den 6. Mai zustimmte, dann sollte diese Massnahme allein unter diesem Aspekt gesehen werden, d.h. die von der SPÖ vorgebrachten Argumente für die Vorverlegung der Wahlen (kurzer, billiger Wahlkampf usw.) stellen nichts weiter dar, als eine Abdeckung der wirklichen Gründe!

Konnte lange Zeit ein massives Übergreifen der Arbeitslosigkeit auf Österreich weitgehend verhindert werden (unter anderem durch staatliche Stützungen und Staatsaufträge), so ist in den letzten Monaten ein Anstieg dieses schrecklichen Übels der kapitalistischen Krise zu verzeichnen. Hinter der sozialdemokratischen Zahlen- und Statistikspielerei, dem 'Frisieren' von offiziellen Statistiken, steht die steigende Unsicherheit weiter Teile der Arbeiterklasse angesichts der zur Realität gewordenen Arbeitslosigkeit.

Die Bemühungen der Kapitalistenvertreter nach einer Vorverlegung der Nationalratswahlen entsprechen ihrem Ziel, dass eine 'stabile Regierung' (den Vorstellungen der Kapitalisten nach, entspricht dieser 'starken Regierung' am ehesten eine Grosse Koalition) die 'unpopulären Massnahmen' (Kündigungen im Bereich der verstaatlichten Industrie, Lohnraubpolitik, Abbau von Sozialleistungen, Steuerbegünstigungen für die Kapitalisten usw.) konsequent durchführen kann. Die Sozialdemokratie war nicht nur bereit, der Vorverlegung zuzustimmen, sondern ihre Führung hat wiederholt deutlich gemacht, dass sie auch bereit ist, die 'unpopulären Massnahmen' in die Praxis umzusetzen. Und schliesslich hat sie ja schon in den vergangenen Jahren bewiesen, dass sie im Interesse eines funktionierenden Kapitalismus die Arbeiter desorientiert und vom Kampf abhält (Eumig, Steyr...) und darüberhinaus auch durch die Lohnpolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung dazu beiträgt, dass die Lasten der kapitalistischen Krise auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden.

Österreichs innenpolitische Situation hat sich in den letzten Jahren zu verändern begonnen. War die SPÖ 1970 mit demokratischen Phrasen und Ankündigungen von Reformen an die Regierung gekommen, so stellt sie heute vor allem die "Stabilität" in den Mittelpunkt und verzichtet weitgehend auf jegliches reformerisches Geklingel. Der Wechsel in der Propaganda entspricht der Veränderung der gesellschaftlichen Situation. Im Gefolge der den gesamten Kapitalismus betreffenden, umfassenden Krise und als Folge der reformistischen Politik ist es in vielen Ländern Europas zu einer Stabilisierung der kapitalistischen Herrschaft gekommen. Auch wenn diese Herrschaft in Österreich zu keinem Zeitpunkt bedroht war, sind die Auswirkungen dieser Entwicklungen auch in diesem Land (wenngleich nicht dermassen ausgeprägt wie etwa in Portugal) zu verzeichnen. Mit der Verstärkung der kapitalistischen Krise war eine Veränderung des Bewusstseins der Arbeiterklasse zu sehen. Auch wenn diese österreichische Arbeiterklasse nun schon seit Jahrzehnten auf unabhängige Aktionen verzichtet und dem Auf und Ab der kapitalistischen Wirtschaft ausgeliefert ist, boten ihr die Jahre der kapitalistischen Konjunktur (natürlich nicht in allen Gebieten des Landes) einen gewissen Freiraum, dem ihre Erwartungen sozialdemokratischer Reformen entsprachen.

Heute ist die Mehrheit der österreichischen Arbeiterklasse weitgehend zurückgewichen und hat der sozialdemokratischen Argumentation der 'schmalen Jahre' nichts entgegenzusetzen, d.h. sie verharrt in der Illusion, dass geringe Lohnabschlüsse und ein Verzicht auf eine Erweiterung der Sozialleistungen die Arbeitsplätze sichern könne. Diese Situation des Proletariats ist keineswegs eine 'automatische' Folge der kapitalistischen Krisenhaftigkeit, sondern in erster Linie Konsequenz der reformistischen Politik, die das Proletariat an das Auf und Ab des Kapitalismus bindet.

Erst unter der Voraussetzung eines bewusstseinsmässigen Rückganges der Arbeiterklasse, konnte es in den letzten Jahren zu einer gesellschaftlichen Entwicklung kommen, die zwar nicht als Rechtsruck bezeichnet werden kann, dennoch aber eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses nach rechts darstellt.

In diesem Zusammenhang sei auf den "Frächterstreik" im Sommer 1978 ebenso hingewiesen, wie auf das (erfolgreiche) Eingreifen von ÖVP und FPÖ in die diffuse Bewegung gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf. Neben einer stärker nach rechts ausgerichteten FPÖ, sei ausserdem noch auf die einsetzende Formierung eines rechtskonservativen bis faschistoiden politischen Spektrums hingewiesen, welches von den "Ranger"-Aktionen der ÖVP, über FPÖ-Verbände, obskure deutschnationale Bünde,

IKL als Partei angemeldet

Die IKL hat sich als Partei angemeldet. Dieser Schritt erfolgte, weil das Parteiengesetz für uns gegenüber dem Vereinsrecht wesentliche Vorteile bietet. Die IKL kann rechtlich viel schwerer verboten, und in ihrer Tätigkeit eingeschränkt werden. Früher mußten wir drei Verantwortliche dem bürgerlichen Staat nennen, jetzt genügt eine Person. Die Ankündigung einer Jahreshauptversammlung entfällt ebenfalls usw. Das Parteiengesetz verlangt die einmalige Veröffentlichung einer Satzung. Einen anderen Zweck als die Erfüllung dieser Bestimmung hat die unten veröffentlichte 'Satzung der IKL' nicht; mit dem Abdruck ist die Parteigründung rechtlich abgeschlossen.

SATZUNGEN

1. Die ideologische und programmatische Grundlage der IKL (Internationale Kommunistische Liga) ist der Marxismus. Die IKL steht in der ideologischen Kontinuität der ersten vier Weltkongresse der III. Internationale, der Internationalen Linksopposition und der programmatischen Schriften Leo Trotzkis.

1.1 Das Ziel der IKL ist es, die Führungskrise des Proletariats zu lösen. Die IKL strebt den Aufbau der kommunistischen Massenpartei in Österreich und den Aufbau einer ideologisch einheitlichen Internationale an.

1.2 Die IKL tritt für die Beseitigung des Kapitalismus und für den Sturz der parasitären Bürokratie in den deformierten Arbeiterstaaten ein. Ausgehend von der Theorie der 'Permanenten Revolution' und der Aktualität der Sozialistischen Revolution weist die IKL jede Klassenzusammenarbeit und Volksfrontstrategie entschieden zurück.

1.3 Das Endziel der IKL ist die Diktatur des Proletariats auf Weltebene; das bedeutet die Entfaltung der Rätedemokratie und die Entwicklung einer Planwirtschaft. Ausbeutung, Unterdrückung, Hunger und Krieg werden in dieser Gesellschaft keinen Platz mehr haben.

2. Die IKL nimmt an der politischen Willensbildung teil. Ihr Ziel ist es, die österreichischen Werktätigen von der Richtigkeit der Standpunkte der IKL zu überzeugen.

3. Die Organe der IKL sind die Nationale Konferenz, die Leitung und der (die) Vorsitzende.

3.1 Die Nationale Konferenz ist das höchste Organ der IKL. Sie bestimmt die grundsätzliche politische Linie, wählt die Leitung und den (die) Vorsitzende(n) Sie setzt den Mitgliedsbeitrag fest und entscheidet über Ausschluß und Aufnahme von Mitgliedern. Sie muß mindestens einmal im Jahr einberufen werden.

3.2 Zwischen den Konferenzen ist die Leitung das höchste Organ der IKL. Sie ist der Nationalen Konferenz rechenschaftspflichtig.

3.3 Die Vertretung nach außen erfolgt durch den (die) Vorsitzende(n).

4. Mitglied der IKL ist, wer die Satzung der IKL anerkennt, aktiv mitarbeitet und den von der Nationalen Konferenz festgelegten Mitgliedsbeitrag bezahlt. Die Mitglieder haben die Pflicht, die von der Nationalen Konferenz oder der Leitung beschlossene politische Linie nach außen zu vertreten.

4.1.1 Jedes Mitglied der IKL hat das Recht, für die Leitung und den Posten des Vorsitzenden zu kandidieren. Jedes Mitglied hat das Recht, an der Nationalen Konferenz mit beschließender Stimme teilzunehmen.

4.1.2 Die Mitglieder haben das Recht, Kritik an der Politik der IKL zu äußern, und auch in organisierter Form für eine Änderung politischer Standpunkte einzutreten.

5. In allen politischen oder sachlichen Streitfragen entscheidet die Nationale Konferenz. Ihre Beschlüsse sind in jedem Falle verbindlich.

letztlich bis zur ANR reicht. Natürlich, dieses Spektrum ist heute alles andere als einheitlich und es besteht kein Grund, etwa einen Rechtsputsch als aktuelle Gefahr anzunehmen.

In der öffentlichen Propaganda der bürgerlichen Parteien ÖVP und FPÖ kommt diese Tendenz nur selten, regional und ansatzweise zum Ausdruck, d.h. diese öffentliche Propaganda ging in den letzten Monaten - abgesehen von der intensiven Skandalisierungskampagne gegen Mitglieder der SPÖ-Regierung - kaum über die allgemeine 'demokratische' Ebene hinaus.

Aber ebenso wie eine Übertreibung in die eine Richtung falsch wäre, wäre es auch falsch zu meinen, dass sich die innenpolitische Situation in den letzten Jahren nicht verändert hat. Konservative Schlagwörter wie "zuviel Staat", "Abbau der Bürokratie" usw. können sicherlich heute keine offensive Rechtsbewegung leiten, fallen aber auf einen aufnahmebereiteren Boden, als dies noch vor einigen Jahren der Fall gewesen ist. Rechtsbewegungen entstehen nicht über Nacht, sondern kündigen sich an, zeichnen sich ab und selbst wenn heute ohne Zweifel die bürgerliche Opposition zur sozialdemokratischen Alleinregierung nicht die notwendige Geschlossenheit und Schlagkraft hat, um einen tatsächlichen Rechtsruck anzuführen (der allerdings nicht der gesellschaftlichen Situation entsprechen würde), kann ihre relative Stärkung - die sich nicht unmittelbar in Wahlresultaten ausdrücken muss - nicht übersehen werden. Diese relative Stärkung ist aber nicht zuletzt Resultat der sozialdemokratischen Politik, d.h. Folge der Klassenzusammenarbeit.

Die in den letzten Monaten eine innerparteiliche Krise durchmachende SPÖ (Wahlenthaltungen bei den Wiener Wahlen, Wahl des Reaktionärs Bacher an die Spitze des ORF), führt den Wahlkampf auf der für sie einzig möglichen Linie. Die Person Kreiskys absolut in den Mittelpunkt stellend, versucht sie mit einem "Wir oder die anderen" (SP-Alleinregierung oder "Bürgerblock" VP/FP) die relative Stabilität der österreichischen Klassengesellschaft ("möge es nie schlechter werden") für sich zu verbuchen, sicherlich nicht ohne damit Erfolge zu verzeichnen. Ihre Wahlpropaganda, nach der eine SP-Alleinregierung soziale und politische Stabilität bedeuten würde, ein "Bürgerblock" aber Streiks, Arbeitslosigkeit und Unsicherheit (ÖGB-Präsident Benya hatte dies klar ausgesprochen) kann in der heutigen gesellschaftlichen Situation sicherlich auch in weiten Teilen des Kleinbürgertums - die ansonsten jeder wirklichen Reform mit Feindschaft gegenüberstehen - auf Zustimmung stossen. Dies ist auch eine Kennzeichnung der veränderten innenpolitischen Situation. Die SPÖ kann als Partei, unter deren Regierung ja tatsächlich die auch früher geringe Anzahl der Streiks noch weiter zurückging und die Massenarbeitslosigkeit noch nicht auf Österreich übergriff, auf die Tendenzen der "Stabilität" und "Ordnung" bauen und sie tut dies auch!

Sieht man von der Skandalisierungskampagne der bürgerlichen Opposition ab (die sicherlich Verunsicherung unter den Mitgliedern und Wählern der SPÖ ausgelöst hat, kaum aber eine Lösung dieser Schichten von der Partei), dann bleibt eigentlich nur der AKW-Unfall in Harrisburg als 'Pluspunkt' dieser Parteien zu verzeichnen, auf den sich VP und FP natürlich sogleich stürzten und ihre "Nein"-Haltung zu Zwentendorf in Erinnerung riefen.

SP-ALLEINREGIERUNG ODER "BÜRGERBLOCK"?

In den Spalten dieser Zeitung wurde in der unmittelbaren Vergangenheit die Einschätzung getroffen, dass die einsetzende Rechtsentwicklung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses eine Stärkung der bürgerlichen Oppositionsparteien zur Folge haben müsste, die sich auch unmittelbar in Wahlerfolgen dieser Parteien niederschlagen würde. Die Konsequenz dieser Einschätzung war die Erwartung eines Verlustes der absoluten Mehrheit der SPÖ. Nach dem 25. März, also nach den Stimmengewinnen der SPÖ bei den Landtagswahlen in Niederösterreich und Salzburg, sowie bei den Gemeinderatswahlen in Kärnten, muss die Unmittelbarkeit dieser Prognose relativiert werden. Unser Fehler war es, nach einem Schema vorzugehen, nach dem eine Rechtsentwicklung praktisch sofort Verluste für die Sozialdemokratie bedeuten müsste. Wir haben zuwenig den Aspekt bedacht, dass die sozialdemokratische Politik durchaus in der Lage ist, derartige gesellschaftliche Entwicklungen (in dieser schwachen Form) aufzufangen und sie kurz- und mittelfristig zu kanalisieren. Ohne nun eine Wahlniederlage der SPÖ gänzlich auszuschliessen

Hungerstreik v. Gratt, Pitsch u. Kepplinger beendet!

Nach 1o Tagen (5.3.-15.3.) mußten die Genossen Pitsch, Gratt und Keplinger ihren Hungerstreik, den sie um die Verbesserung ihrer Haftsituation geführt hatten, abbrechen. Die drei Forderungen, um die es ihnen konkret ging, waren:
- *Gemeinsamer Hofgang der politischen Gefangenen*
- *Umschluß in ausreichendem Maße*
- *Uneingeschränkter Briefverkehr untereinander.*

Diese Forderungen betrafen auch die Genossin Waltraud Boock, zu der allerdings kein Kontakt bestand. Die drei Genossen wußten daher auch nicht, daß Waltraud Boock, nachdem sie vom Hungerstreik erfahren hatte, ebenfalls in den Hungerstreik trat. Und umgekehrt erfuhr die Genossin erst sehr verspätet von der Beendigung des Hungerstreiks - sie zog ihn ca. 1o Tage länger bis zum 26.3. durch!

Die Beendigung des Hungerstreiks erfolgte aus 2 Gründen: Der erste war die Zusage von einigen Zugeständnissen:
- *Gemeinsamer Hofgang mit 'normalen' Gefangenen - allerdings ohne Umschluß untereinander.*
- *Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen.*
- *Die Genossen können sich unter den anderen Gefangenen jemanden aussuchen, mit dem sie in der Zelle reden und diskutieren können.*

Allerdings blieb das Ministerium - und dies war der zweite Grund - in den wesentlichen Fragen - ungehinderter Kontakt miteinander - hart. 'Die Gefangenen könnten ja ruhig weiterstreiken - bis zur Zwangsernährung'. Mit dieser Rückendeckung ging die Gefängnisverwaltung zu permanenter Hetze über (Pöbeleien, ständiges Anstänkern, Beschimpfen usw.). Dies alles und auch der für die Genossen dann notwendige Abbruch des Hungerstreiks kann aber nur verstanden werden vor dem Hintergrund der fehlenden Solidarität der Linken. Hier wurde wieder einmal konkret ersichtlich, was die Verweigerung der Solidarität heißt: Nämlich in die Hände des bürgerlichen Staates und seiner Justiz zu spielen!

Eine weitere Konsequenz ist in der momentanen Situation der Genossin Waltraud Boock zu sehen, die ziemlich schlimm ist:
- *Außer Angehörigen durfte sie in der letzten Zeit niemand besuchen (d.h. sie hat nur einmal im Monat Besuch).*
- *Tageszeitungen erhält sie immer nur stark zensuriert, die linke Presse überhaupt nicht.*
- *Prinzipiell werden weibliche Gefangene, die zu ihr in die Zelle verlegt werden, und mit denen sie sich relativ gut versteht, sofort wieder von ihr getrennt.*
- *Ihre <u>physische und psychische</u> Situation war schon vor dem letzten Hungerstreik ziemlich schlimm. Vor diesem Hintergrund erweist sich die Nichtverständigung vom Abbruch des Hungerstreiks durch die Gefängnisverwaltung als besonderer Zynismus und zeigt wohl klar auf, was diese will: Waltraud Boock soll kaputt gemacht und gebrochen werden!*

Wir können heute die Haltung des übergrossen Teiles der Linken nicht aufheben. Das heißt, wir müssen mit unserer Solidarität auf einer anderen Ebene ansetzen - Knastbesuche machen, Briefe schreiben etc. Ein weiterer Punkt ist die materielle Situation, die materielle Hilfe - und die ist im Moment dringend notwendig, denn es sind Zeitungsabos zu bezahlen sowie Bücher etc. Mindestens ein Genosse kriegt von seinen Angehörigen kein Geld - er ist daher völlig auf unsere Hilfe angewiesen. Wir rufen daher zu einer

Spendenaktion

für die inhaftierten Genossen auf. Die Spenden werden für die oben genannten Zwecke verwendet und für die Deckung der Prozeßkosten und Geldstrafen für die Genoss(inn)en, die im Zuge der Prozesse wegen der Pässe verurteilt wurden und noch werden (ein Genosse wurde bereits zur Zahlung von 2.5oo Schilling verurteilt).

SPENDEN bitte auf das Postsparkassenkonto 71o6.o24 (Karl Reitter) - Vermerk Solidaritätsspende

AM 1. MAI MIT DER IKL

REIHT EUCH EIN UNTER DEN LOSUNGEN:

- NEIN ZU ALLEN ENTLASSUNGEN! AUFTEILUNG DER ARBEIT AUF ALLE HÄNDE UNTER ARBEITERKONTROLLE!
- NEIN ZU DEN BÜRGERLICHEN! NEIN ZUM REFORMISMUS! STIMMT UNGÜLTIG AM 6. MAI!
- NEIN ZUR ISLAMISCHEN REPUBLIK! FÜR EINE ARBEITER- UND BAUERNMACHT IM IRAN!
- STURZ DER BÜROKRATIEN IN MOSKAU PEKING UND HANOI - SIEG DER SOZIALISTISCHEN REVOLUTION!
- SOLIDARITÄT MIT DEN KÄMPFENDEN FRANZÖSISCHEN STAHLARBEITERN!
- KAMPF DEM FASCHISMUS - KEINE ILLUSIONEN IN DIE BÜRGERLICHE DEMOKRATIE!
- FÜR DEN AUFBAU EINER REVOLUTIONÄREN ARBEITERPARTEI!

WIR MARSCHIEREN UM 11 UHR VON DER ECKE AKADEMIESTRASSE/RING, GEMEINSAM MIT GRM, FÖJ/GE, SOAK UND FRAUENZENTRUM, WEG.

(ohne Zweifel steht heute die Mehrheit der VP für eine Koalition mit der FPÖ), zeigt es sich, dass die Tendenzen der Stabilität heute noch teilweise im Rahmen der SPÖ bleiben.

Aber es kann für revolutionäre Politik nicht darum gehen, sich auf Spekulationen über die mögliche Zusammensetzung der kommenden Regierung einzulassen. Entscheidend kann allein der Gesichtspunkt sein, welche Aufgaben - im Sinne der Bóurgeoisie - dieser Regierung zukommen, welchen Inhalt sie haben wird. Und egal wie immer diese kommende Regierung aussehen wird - es wird eine Regierung der 'schmalen Jahre', eine Regierung der verstärkten Arbeitslosigkeit, des Abbaus von Sozialleistungen sein, kurz: eine Regierung, unter der die Lasten der kapitalistischen Krise verstärkt auf den Rücken der Arbeiterklasse abgewälzt werden!

WARUM WAHLENTHALTUNG?

Die momentane gesellschaftliche Situation in Österreich ist dadurch gekennzeichnet, dass die Arbeiterklasse bei der Sozialdemokratie verharrt, von dieser Partei die Sicherung der Arbeitsplätze erwartet. Das Vertrauen in die SPÖ ist passiv, d. h. die Arbeiter verbinden mit der SPÖ keineswegs die Erreichung bestimmter gesellschaftlicher Ziele, die in ihrem Interesse liegen. Gilt dies unzweifelhaft für die absolute Mehrheit der Arbeiterklasse so ist auch die Herausbildung einer kämpferischen Arbeitervorhut bislang unterblieben.

Ist eine kritische Wahlunterstützung der Revolutionäre für offen bürgerliche Parteien generell ausgeschlossen, so macht der besondere Charakter des Reformismus, eine solche Wahltaktik in bestimmten gesellschaftlichen Situationen durchaus möglich und notwendig. Zwar ist die SPÖ eine bürgerliche Partei, aber sie stützt sich auf die Arbeiterklasse und ist deswegen derem Druck ausgesetzt. In einer Situation des aufsteigenden Klassenkampfes, in der die kämpfenden Arbeiter ihre Bindung an die Sozialdemokratie mit bestimmten politischen und/oder sozialen Zielen verknüpfen, kann die kritische Wahlunterstützung ein Mittel der Revolutionäre sein, um erstens Zugang zu den kämpfenden Arbeitern zu finden und um zweitens, im gemeinsamen Kampf eine Hebung des Klassenbewusstseins der Arbeiter zu erreichen! Die Taktik der kritischen Wahlunterstützung ist damit eine Waffe der Revolutionäre gegen den Reformismus!

Die Anwendung dieser Taktik ist aber an eine Situation gebunden, in der zumindest Teile des Proletariats gegen Auswirkungen des Kapitalismus kämpfen und in der die Revolutionäre die Möglichkeit haben, in diese Kämpfe einzugreifen um in ihnen ihre Antworten und Alternativen zu vertreten. Wenn diese Voraussetzungen fehlen, wird diese Taktik von einer Waffe gegen den Reformismus, zu einer 'linken' Abdeckung der Klassenzusammenarbeit!

Es ist auch klar und einsichtig: Erst wenn die Arbeiter von 'ihrer' Partei fortschrittliche Massnahmen erwarten und für diese Massnahmen auch kämpfen, können die Revolutionäre 'ein Stück des Weges' mit ihnen gehen und durch ihre Politik das kämpferische Bewusstsein der Arbeiter mit der bürgerlichen Politik der reformistischen Führungen konfrontieren.

Heute kann in Österreich von einer derartigen Möglichkeit nicht die Rede sein. Die Masse des Proletariats ist für die Revolutionäre nicht erreichbar. Es kann heute allein darum gehen, durch die Propaganda der revolutionären Politik die bewusstesten Arbeiterinnen und Arbeiter zu erreichen und zu gewinnen. Aber diese Aufgabe kann mit einer kritischen Wahlunterstützung nicht wahrgenommen werden, sondern ist allein durch das Aufzeigen der bürgerlichen Politik des Reformismus, in die Praxis umzusetzen. Ohne Klassenkampf muss das taktische Eingehen auf die Illusionen vieler Arbeiter zwangsläufig zu einer Unterstützung des Reformismus werden, weil das Moment der praktischen Erfahrung fehlt.

In der momentanen gesellschaftlichen Situation kann unsere Stellung zu den Wahlen nur durch die Aufforderung unterstrichen werden, bewusst ungültig zu wählen und damit zu demonstrieren, dass keine Liste die Interessen der Arbeiterklasse vertritt.

Gilt dies für die SPÖ, die bewusst die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus und aller seiner Folgen übernimmt, so gilt dies auch für die KPÖ. Diese Partei hat zwar keinerlei Einfluss auf Staat und Wirtschaft und vertritt in Worten eine 'linkere' Politik als die SPÖ, aber abgesehen davon, dass die KPÖ völlig stagniert und keine Linksentwicklung der Arbeiterklasse ausdrückt, bleiben die Antworten dieser Partei völlig im Rahmen eines 'entschärften' Kapitalismus. Angesichts der sich verschärfenden kapitalistischen Krise, stellt die KPÖ ihren österreichischen Nationalismus in den Mittelpunkt ihrer Politik und verweilt in den Geleisen des Reformismus.

Eine Stimme für die KPÖ wäre keinerlei Fortschritt im Bewusstsein der sozialdemokratischen Arbeiter. Erstens ist es nicht möglich, diese Partei durch eine kritische Unterstützung zu entlarven, weil es keinerlei Bewegung um diese Partei gibt (es ist im Gegenteil mit der weiteren Schwächung der KPÖ zu rechnen) und zweitens stellen die politischen Aussagen der KPÖ keinen Fortschritt gegenüber der Sozialdemokratie dar!

●●●

Arbeitslosigkeit in Österreich

Die Arbeitslosigkeit ist in Österreich wieder zum spürbaren, realen Problem für die Werktätigen geworden. Zwar hat sie noch nicht die Ausmasse einer Massenarbeitslosigkeit angenommen, doch sie ist überall deutlich spürbar: Bei der Arbeitssuche und bei den offenen Stellen und in den Betrieben selbst. Die SPÖ hat dieses Thema auch stillschweigend aus ihrer Wahlpropaganda ausgeklammert und spricht statt dessen davon, dass die Zahl der Beschäftigten in den letzten Jahren gestiegen sei. Egal ob dies nun wahr ist oder ein Ergebnis von Manipulationen an der Statistik (Doppelzählungen) darstellt: Das Problem der Arbeitslosigkeit wird dadurch nicht aus der Welt geschafft.

Offiziell betrug die Arbeitslosenrate im Februar 3,3% oder 92.776 Personen und lag damit weit über dem 'prognostizierten' Wert von 2,4%. Wobei man das Wort "offiziell" doppelt unterstreichen muss. Zum einen werden in der Statistik nur jene Personen erfasst, die sich beim Arbeitsamt gemeldet haben. Auf diese Weise scheint unter anderem die Jugendarbeitslosigkeit nicht auf, da viele Jugendliche, die zum ersten Mal eine Arbeitsstelle suchen, den Weg zum Arbeitsamt scheuen. Zum zweiten wurde in den letzten Jahren systematisch eine Gruppe nach der anderen aus den offiziellen Zahlen herausgenommen. Arbeitssuchende Mütter nach dem Karenzurlaub, Schulungsteilnehmer sowie Arbeitssuchende mit 'Sonderwünschen' wurden herausgestrichen (nach diversen Schätzungen sind das mindestens 20.000 Personen). Trotzdem sind 3,3% der höchste Wert, der seit Jahren bekanntgegeben wurde.

Der allgemeine Durchschnitt sagt jedoch wenig über die konkrete Lage aus, in der sich die kapitalistische Wirtschaft befindet. Die Arbeitslosigkeit ist keinesfalls gleichmässig verteilt, sondern konzentriert sich auf bestimmte Gebiete und Branchen. Dort allerdings hat sie schon Massencharakter angenommen. An der Spitze steht zweifellos die Steiermark und Kärnten. Im letztgenannten Bundesland erreicht die Arbeitslosenrate in vielen Gegenden bis zu 12% (!). Trist ist auch die Situation im Burgenland und im Waldviertel. Durch die fast völlige Schliessung von Eisert und Vöslauer-Kammgarn in Heidenreichstein und einer Schuhfabrik in der Nähe von Krems hat sich in diesem Gebiet die Situation noch weiter verschärft.

Neben der regionalen Aufteilung konzentriert sich die Arbeitslosigkeit auf die Textilindustrie, das Baugewerbe und die Eisen- und Stahlindustrie. Die Tatsache, dass es in den VEW noch nicht zu massiven Entlassungen gekommen ist, obwohl der Vorstand offen darauf drängt, erklärt sich selbstverständlich aus der Tatsache, dass es sich die SPÖ nicht leisten kann, kurz vor der Nationalratswahl massiven Entlassungen in diesem Bereich zuzustimmen. Es liegt ebenso auf der Hand, dass sich das nach dem 6. Mai schlagartig ändern kann. Entlassungen bei den VEW und im Bergbau würden bedeuten, dass sich die Situation, in der von der Arbeitslosigkeit sowieso schon stark betroffenen Steiermark noch weiter verschlechtert.

Geht man davon aus, dass die bisher erwarteten Arbeitslosenraten bereits deutlich übertroffen wurden und knapp vor der Wahl, vor allem in der verstaatlichten Industrie, Kündigungen noch vertagt werden, muss man zu dem Schluss kommen, dass die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten zweifellos zu- und nicht abnimmt.

ARBEITSLOSIGKEIT - DAS PROBLEM ALLER WERKTÄTIGEN

Obwohl die Arbeitslosigkeit heute nur bestimmte Branchen und Regionen mit voller Härte trifft, ist ihre Auswirkung universell. Die veränderte Situation am Arbeitsmarkt stärkt die Stellung der Kapitalisten im Betrieb. Die Drohung: "Wenn es Ihnen nicht passt, können's ja gehen" bewirkt mehr Druck, als noch vor einigen Jahren. Mussten die Unternehmer in manchen Branchen während der 60er Jahre zähneknirschend verschiedene Freiheiten der Arbeiter tolerieren, so hat sich nun das Blatt gewendet. Die Arbeiter sind bereit, für den Erhalt ihres Arbeitsplatzes einiges (sogar die Lohnabschlüsse des ÖGB) in Kauf zu nehmen. Diese lagen mit durchschnittlichen 4% bis 5% um rund 1,5% deutlich hinter den Abschlüssen von 1977. Das erste Mal seit einigen Jahren hat die österreichische Arbeiterklasse einen deutlichen Reallohnverlust hinnehmen müssen. Die Arbeitslosigkeit zeigt somit ihre Folgen nicht nur bei den Menschen, die nach demoralisierender und entwürdigender Arbeitssuche keine Anstellung finden, sondern auch im Betrieb selbst. Ein auf den ersten Blick nebensächliches Beispiel zeigt deutlich, dass die Arbeitslosigkeit alle jene Erscheinungen wieder hervorruft, die die SPÖ in ihrer Propaganda gerne in die Vorkriegszeit verbannen möchte. So ist es nach Berichten der oberösterreichischen Gewerkschaftsjugend üblich, angehende Lehrlinge sozusagen zur Probe an schulfreien Tagen für ein Butterbrot arbeiten zu lassen: "Wie sich ein Überangebot an Lehrlingen auswirken kann, erfahren vor allem jene Mädchen, die Friseurin lernen wollen. In dieser Branche gehört die Aufforderung, 'einige Samstage oder Nachmittage noch während der Schulzeit ins Geschäft zu kommen', offenbar zur Norm." (ÖGB-Nachrichtendienst, 8. März 1979).

SPÖ UND GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG: LOHNVERLUST ALS MITTEL GEGEN DIE ARBEITSLOSIGKEIT

In Worten geht auch die Sozialdemokratie davon aus, dass die Arbeitslosigkeit ein Übel sei, das es zu verhindern gelte. Praktisch jedoch erfüllen Kreisky und Benya die Aufgabe, die Werktätigen politisch zu verwirren und sie zur Kapitulation vor der Arbeitslosigkeit zu führen. Dies freilich nicht, weil die SPÖ "nichts gegen die Arbeitslosigkeit tun wolle", wie vielleicht manche annehmen, sondern weil die Sozialdemokratie an den Kapitalismus gebunden ist, durch ihn existiert, und ihre Funktionäre direkt von seiner Existenz profitieren. Die Sozialdemokratie spricht auch offen aus, dass die Wurzel der Arbeitslosigkeit in der kapitalistischen Krisenwirtschaft liegt (auch wenn diese Tatsache zumeist auch anders formuliert wird), zieht jedoch daraus den Schluss, dass es gelte, den Kapitalismus zu stärken und seine Krisenauswirkungen zu mildern. Praktisch bedeutet das: Millionensubventionen für die von der Schliessung bedrohten Unternehmen. Egal, ob es sich um die Eisert AG, Eumig oder Rechberg in Kärnten handelte, für die Besitzer bedeutete ihre Pleite ein fettes Geschäft. In dieselbe Kerbe schlagen auch die Versuche der Regierung, eine Autoindustrie in in Österreich anzusiedeln. Man muss klar aussprechen, was derartige Ansiedelungsprojekte bedeuten: Das in Österreich investierende Unternehmen bekommt praktisch das halbe Werk von der Bundesregierung durch Subventionen geschenkt. Mittel, die sich der Staat selbstverständlich in erster Linie bei den Werktätigen holt. Es genügt, die Tagespresse zu lesen, um zu wissen, dass derartige Versuche nur sehr bedingt von Erfolg gekrönt waren. Die von der Stillegung bedrohten Betriebe wurden fast alle auf dem Rücken der Werktätigen saniert (Entlassung des Grossteils der Belegschaft, Lohneinbussen). Und - man braucht kein Prophet zu sein - selbst wenn eine Autoindustrie in Österreich entstehen würde - die Arbeitslosigkeit wäre damit nicht verschwunden.

Die SP kann auf der einen Seite nicht die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus beseitigen. Auf der anderen Seite kettet sie die Arbeiterklasse noch stärker an seine Entwicklung. Musterbeispiel dafür ist ein Artikel von Thomas Lachs in der Jännernummer der 'Solidarität'. Mit typisch sozialdemokratischer Logik laufen seine Aussagen darauf hinaus, dass sich die Werktätigen angesichts der drohenden Arbeitslosigkeit noch stärker dem Kapital unterordnen, seinen Bedürfnissen anpassen müssen. Lachs singt das Loblied auf die Umschulungen, auf die Mobilität der Arbeiter und Angestellten. Auf den ersten Blick klingt es ja nicht schlecht, wer kann schon etwas dagegen haben, dass sich die Werktätigen weiterbilden? Doch

fragen wir uns, was das im Klartext bedeutet. Offene Vertreter des Kapitals erklären es bei jeder Gelegenheit: Die Werktätigen haben sich nach den Profitinteressen des Kapitals zu richten. Wenn das Kapital sich aus Gebieten wie z.B. dem Waldviertel zurückzieht, so haben die Werktätigen eben mitzuwandern, wenn die Bauwirtschaft zuwenig Profit verspricht und das Kapital ins Gastgewerbe strömt, dann hat sich der Werktätige eben umschulen zu lassen. Ob das dem einzelnen Werktätigen Schwierigkeiten beschert, oder ob es wie z. B. für einen älteren Grubenarbeiter, der mit seiner Arbeit verwachsen ist, eine persönliche Katastrophe bedeutet, darum kümmert sich das Kapital kaum. Die Profitbedürfnisse des Kapitals werden von Lachs kurzerhand mit dem gesellschaftlichen Fortschritt gleichgesetzt. So entblödet sich der Autor nicht, sogar den Beruf des Hufschmieds als Begründung für die "Notwendigkeit" von Entlassungen hinzustellen. "Ein gutes Beispiel dafür sind die Hufschmiede: Als das Pferd vom Auto und Traktor verdrängt wurde, gingen die Arbeitsplätze der Hufschmiede verloren. Und niemand und nichts hätte diese Entwicklung aufhalten können." ('Solidarität', vom Jänner 1979). Angesichts der Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit in Europa gerade im Eisen- und Stahlbereich durchschlägt - dem Rückgrat der industriellen Produktion - faselt Lachs von sterbenden Berufen...

Selbstverständlich sind die über 7 Millionen Arbeitslose im EWG-Raum nicht ehemalige Hufschmiede oder Kerzenzieher. Ganz im Gegenteil. Die Massenarbeitslosigkeit hat ihre Wurzeln nur sehr bedingt im technischen Fortschritt der Produktion. Entscheidend ist die ständige Bewegung des Kapitals, das auf der Jagd nach dem maximalen Profit sich stets von einer Branche in die andere, von einer Region in die andere bewegt, dabei stets Arbeitskräfte freisetzt und auch wieder aufsaugt. Lachs erfüllt genau die Aufgabe, den Werktätigen zu predigen, sie hätten sich mit dem Kapitalismus abzufinden und ihr persönliches Dasein (Beruf, Wohnort, Verhalten usw.) den Bedürfnissen der 'Wirtschaft' anzupassen. Lachs umgeht allerdings die Frage, was ein Werktätiger tun soll, der trotz aller Mobilität keinen Arbeitsplatz findet. Für ihn reserviert Lachs unausgesprochen einen Platz im Wartesaal der Arbeitslosen.

Lachs kettet nicht nur die Werktätigen an die Entwicklung des Kapitalismus, er tischt auch alte Märchen der bürgerlichen Ökonomen auf. Er schliesst den Artikel mit den Worten: "Österreich hat es hier besser. Erstens haben unsere Gewerkschaften stets eine verantwortungsbewusste Lohnpolitik betrieben. Eine Lohnpolitik, die zwar zu einem stetigen Steigen des Lebensstandards geführt hat, niemals aber als inflationistisch bezeichnet werden konnte. Und damit die Basis für die Vollbeschäftigungspolitik in unserem Land geworden ist." ('Solidarität', Jän. 1979) In Wirklichkeit bedeutet Lohnerhöhung 'nur' die Schmälerung des Profits der Kapitalisten, keinesfalls automatisch Preiserhöhung. Ob und in welchem Ausmass der Unternehmer die Preise erhöhen kann, hängt unter anderem von der Konkurrenz, der allgemeinen Marktlage usw. ab, die Höhe des Lohnes hat überhaupt keinen Einfluss darauf, wie hoch die Preise sind. Der Kapitalist wird sowieso versuchen, den optimalen Preis für das Produkt zu erhalten. Die SP desorientiert die Werktätigen in mehrfacher Hinsicht:

o Sie leugnet überhaupt die Existenz einer Arbeitslosigkeit in Österreich und streicht stattdessen einseitig die Erhöhung der Beschäftigtenzahl heraus, als ob das die steigenden Arbeitslosenzahlen aus der Welt schaffen würde.

o Sie propagiert die völlige Unterordnung der Werktätigen unter die Interessen des Kapitals (Umschulungen, Mobilität...).

o Sie tritt offen für niedrige Lohnabschlüsse ein und rechtfertigt diese mit der nichtexistierenden Vollbeschäftigung.

WIE DIE ARBEITSLOSIGKEIT BEKÄMPFEN?

Unserer Meinung nach kann dem Problem der Arbeitslosigkeit nur begegnet werden, indem die Werktätigen von Haus aus jede Verantwortung, jedes Argument im Sinne des Kapitalismus ablehnen. Völlig egal, ob es nun tatsächlich 'wirtschaftlich' notwendig ist, einen Betrieb zu schliessen oder eine Abteilung aufzulassen, müssen die Werktätigen "Nein!" zu allen Entlassungen sagen! Denn was bedeutet 'wirtschaftliche Notwendigkeit' im Kapitalismus? Bedeutet es wie im Fall der Vöslauer-Kammgarn, dass keine Textilien mehr benötigt werden? Oder will man uns weismachen, dass die Innsbrucker Baugesellschaft Montana deshalb vor der Schliessung steht, weil alle Menschen ausreichende Wohnungen besitzen, und es auch sonst nicht an Strassen und Gebäuden mangelt? Selbstverständlich nicht. 'Wirtschaftlich notwendig' bedeutet im Kapitalismus stets, dass der Betrieb zu wenig Profit macht.

Das Proletariat kann die Arbeitslosigkeit nur bekämpfen, wenn es sich auf der Bewusstseins- und auf der Kampfesebene völlig von der Logik des Kapitalismus befreit. Wenn der Kapitalismus unfähig ist, die soziale Existenz von Millionen Menschen zu garantieren, dann hat er keine Existenzberechtigung.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit muss scheitern, wenn die Arbeiter 'Verständnis' für oder 'Rücksicht' auf die wirtschaftlichen Probleme der Kapitalisten haben bzw. nehmen.

Jeder Kampfschritt gegen die Arbeitslosigkeit trägt zwangsläufig das Element einer neuen, geplanten Gesellschaftsordnung in sich. Was im Kampf sich langsam formiert, muss schliesslich zur bewussten Übernahme und Planung der gesamten Produktion durch die Arbeiterklasse werden. Dort - die Sozialdemokratie und der Stalinismus mit ihren hilflosen Versuchen, den Kapitalismus 'erträglicher' zu machen. Hier - die Revolutionäre mit ihrem Konzept, welches in die Richtung des Sozialismus weist!

●

Vor den Hochschulwahlen

Anlässlich der im Mai stattfindenden Hochschulwahlen richtete die 'Sozialistische Aktion' (SOAK) einen Vorschlag zur Bildung einer 'Sozialistischen Liste' an die GRM, die 'Gruppe Commune' und an unsere Organisation. Ebenso wie die GRM lehnten wir den Vorschlag ab, die 'Gruppe Commune' stimmte natürlich zu...
Mit den folgenden Zeilen wollen wir kurz auf die Situation an den Hochschulen und auf die Begründung unserer Ablehnung eingehen.

DIE SITUATION AN DEN HOCHSCHULEN

Wenn es wahr ist, dass die politische Situation an den Hochschulen immer einen Ausdruck der gesamtgesellschaftlichen Situation darstellt, der sensibler und vorgezogener gesellschaftliche Veränderungen anzeigt - und wir glauben, dass diese Ansicht durchaus ihre Berechtigung hat - dann ist alles andere als eine euphorische Haltung angebracht.

Hatten die Hochschulwahlen 1977 schon eine Stärkung der Rechten gebracht, so war mit der Bildung der 'Linken Liste' (LiLi) ein kurzfristiger Aufschwung der Linken zu verzeichnen. Diese LiLi reichte über den Rahmen der Organisationen der 'extremen Linken' hinaus und erfasste ein Spektrum von unorganisierten Linken - in Basisgruppen zusammengefasst -, welches kurze Zeit einen politischen Anspruch äusserte, der den engen bornierten Rahmen der Universität überschritt.

Aber dieser Aufschwung stand letztlich - wie die Realität bald zeigen sollte - auf tönernen Füssen, die LiLi zerfiel bei ihrer ersten praktischen Belastung in sämtliche Bestandteile und jenes unorganisierte linke Milieu zog sich zurück auf die Ebene der Institutshandwerkelei und ist kaum mehr mobilisierbar. Dieser Rückgang wird einerseits durch die relative Stärkung des spontaneistischen Milieus dokumentiert, welches durch mehr oder weniger gute Spässe und Unsinnigkeiten seinen Rückzug von der Politik unterstreicht, und andererseits durch die Stärkung des pausbäckigen, 'vernünftigen' Reformismus des KSV.

Die Bildung der LiLi drückte einerseits den schon erwähnten politischen Anspruch unorganisierter Genossinnen und Genossen aus, muss aber andererseits unter dem Aspekt der gemeinsamen Aktion der gesamten 'extremen Linken' gegen den Faschismus gesehen werden, der lange Zeit diesem Spektrum einen gewissen Zusammenhalt gab. Dieser Aspekt der gemeinsamen Aktion ist deswegen wichtig, weil eine gemeinsame Liste verschiedener Organisationen, die ohne jeden Bezug zu einer praktischen Aufgabe gebildet wird, bestenfalls zu einem wirkungslosen Projekt des 'gemeinsamen guten Willens', oder zu einer 'trotzkistischen Wärmestube' werden wird.

Gab der Kampf gegen die ANR der LiLi einen praktischen Zusammenhalt, so zeigten die Folgen und Auswirkungen der in der BRD und in Österreich zunehmenden Terrorhetze und -hysterie (verbunden mit einer deutlichen Zunahme der staatlichen Repression), dass von einer politischen Einigkeit oder Annäherung nicht im geringsten die Rede sein konnte. Die Stellung zum individuellen Terror und die Haltung zur staatlichen Repression berührt natürlich sämtliche Aspekte revolutionärer Politik (Staatsfrage, Demokratie, bewaffneter Kampf, Reformismus).

Die LiLi zerbrach (und wir weinen ihr keine Träne nach), weil ein Grossteil der Linken vor der staatlichen Repression und der Terrorhetze in die Knie ging und zum Teil Positionen bezog, die sie in die Nähe des Reformismus brachten. Warum sollte man einem derartigen politischen Konstrukt nachtrauern? Und warum sollte man zwei Jahre später (zwei Jahre, in denen sich die Situation der Linken an den Hochschulen alles andere als verbessert hat) eine künstliche Neuauflage dieses Gebildes aus der Tasche zaubern?

Nein, sagt uns die SOAK, wir wollen keine Neuauflage der LiLi, sondern eine "programmatische Kandidatur", ein "gemeinsames politisches Projekt" der Organisationen der 'extremen Linken'.

"PROGRAMMATISCHE KANDITATUR"?

Kurz zusammenfassend besteht unsere Position zu einer politischen Arbeit an den Hochschulen darin, dass wir einerseits jede konkrete Verbesserung in der Ausbildungssituation der Studenten unterstützen und verteidigen (diese konkrete Arbeit an den Hochschulen gehört heute aber - aus verschiedenen Gründen - nicht zu den Schwerpunkten der Politik unserer Organisation), andererseits aber eine derartige Arbeit ablehnen, wenn sie allein im engen Rahmen der Universitätshandwerkelei stecken bleibt. Politik an den Hochschulen muss in jeder Situation gesamtgesellschaftliche Politik sein.

Eine gemeinsame Liste von verschiedenen Organisationen der 'extremen Linken' muss natürlich eine Alternative zum Reformismus ausdrücken. Aber diese Alternative kann nicht allein durch allgemeine Losungen ("Gegen Sozialdemokratie und Stalinismus" und ähnliches) formuliert werden, sondern muss einen praktischen Bezug haben. Der Reformismus kann in den seltensten Fällen durch eine allgemeine Propaganda 'entlarvt' werden (Einzelindividuen können natürlich auf dieser Ebene überzeugt werden). Gemeinsame Listen, die nicht die gemeinsame Aktion im Mittelpunkt haben, können bloss dann gerechtfertigt werden, wenn sie einen bedeutenden politischen Annäherungsprozess der einzelnen Teile dieser Liste ausdrücken. (Was andererseits die gemeinsame Praxis wieder begünstigt)

Wenn die SOAK heute von einer möglichen "programmatischen Kandidatur" spricht, können wir ihr den Vorwurf nicht ersparen, dass sie offensichtlich die Entwicklung zwischen den Organisationen, die sie der "revolutionären Linken" zurechnet, ignoriert, bzw. nicht ernst nimmt. Wir müssen nicht unbedingt jede einzelne politische Frage (aussen- und innenpolitischer Natur) hernehmen, die Genossen der SOAK wissen ebenso wie wir, dass praktisch zu jeder dieser Fragen mehr oder weniger grosse Differenzen zwischen den einzelnen Organisationen zu vermerken waren. Und es handelte sich keineswegs um Differenzen untergeordneter, sondern zumeist methodischer Natur. Man kann 'traurig' sein über diese Entwicklung (uns wäre die Zueinanderentwicklung auf der Basis eines revolutionären Programms, nebenbei gesagt, auch lieber...). Faktum ist, dass zur Volksabstimmung, zu Indochina und zum Iran (ganz zu schweigen von der Haltung der GRM zu den Nationalratswahlen und von ihrer 'Sozialistischen Alternative') grundlegende politische Differenzen bestehen. Diese Differenzen verhindern keineswegs die Durchführung von Aktionseinheiten und sie verhindern ebensowenig Diskussionen (in den einzelnen Zeitungen und auf Veranstaltungen) und die SOAK wird uns wohl schwerlich vorwerfen können, dass wir solchen Diskussionen im Wege stehen. Diese Differenzen verhindern aber das Zustandekommen einer "gemeinsamen Politik", also auch einer "Sozialistischen Liste" zu den kommenden Hochschulwahlen!

Zwei Punkte müsste die SOAK endlich klären. Zum ersten, welche Bedeutung für sie aktuelle und programmatische Standpunkte haben. Da wir den Genossen keineswegs vorwerfen können, sich nicht mit den politischen Aussagen anderer Organisationen zu beschäftigen, die Differenzen ihnen also wohl bekannt sind, ist die Vermutung doch vielleicht nicht ganz unangebracht, dass politische Differenzen letztlich keinen allzu grossen Stellenwert für die Politik dieser Organisation haben. Denn was sollte eine "gemeinsame Politik" an der Universität, die von GRM, SOAK und unserer Organisation getragen wird, an konkreten Inhalten ausdrücken? "Gegen Reformismus", "Für Sozialismus", "Für die Rätemacht"... Bitte sehr. Aber abgesehen davon, dass dies keineswegs ein "Programm", sondern mehr ein allgemeiner Wunschkatalog ist, ist allein die Füllung der Losung "Gegen Reformismus" mit konkreten Inhalten unmöglich, denn die GRM wird anlässlich der Nationalratswahlen eine 'kritische Unterstützung' von SPÖ und KPÖ ableiten und wir die Wahlenthaltung... Wäre ein derartiges 'Programm' nicht vielleicht doch eher eine Diskreditierung revolutionärer Politik?

Zum zweiten müsste die SOAK endlich erklären, warum wir unrecht haben, wenn wir von "grossen Differenzen" sprechen. Die SOAK möchte eine "kontinuierliche Zusammenarbeit der revolutionär-marxistischen Kräfte, konkretisiert im Bereich der Hochschule". Wir seien einer "solchen Argumentation nicht zugänglich", da unserer Ansicht nach, "die Differenzen zwischen den trotzkistischen Organisationen so gross sind, dass eine engere Zusammenarbeit unmöglich ist".

Schön. Abgesehen davon, dass die SOAK unseren Standpunkt nicht richtig widergibt (wir lehnen nicht die Zusammenarbeit an sich ab - warum haben wir denn immer wieder Aufrufe auch an die SOAK gerichtet, im Rahmen des Russell-Komitees mitzuarbeiten?), sollte sie uns doch endlich erklären, warum unser Standpunkt falsch ist, dass ein "gemeinsames Programm" unmöglich ist?

Die SOAK ist der Ansicht, dass im Bereich der Hochschulen - einem heute zugegebenermassen nicht unwichtigen Bereich der linken Politik - eine gemeinsame "Politik" von GRM, ihr und unserer Organisation möglich ist. Aber diese Ansicht sollte sie endlich politisch begründen. Solange dies nicht geschieht, kann der Verdacht doch nicht ganz unbegründet erscheinen, dass Begriffe wie "gemeinsame Politik", "gemeinsames Programm" usw. inhaltslose Beschwörungsformeln einer gewünschten, in der Realität aber nicht vorhandenen Einigkeit darstellen und über kurz oder lang ein ähnliches Schicksal nehmen werden, wie das selige "neue Politikverständnis"...

WANN ZIEHT DIE SOAK EIGENTLICH KONSEQUENZEN AUS IHREN ERFAHRUNGEN?

Wenn über eine gemeinsame Liste zu den Hochschulwahlen gesprochen wird, kann zur 'Entwicklung' der "Diskussionsinitiative" nicht geschwiegen werden. Die Genossen der SOAK sind sicherlich nicht zu unrecht erbost über die Taktiererei der GRM. Es ist auch wirklich komisch (der einzig passende Begriff). Da plaudert die GRM im Dezember von einer "Sozialistischen Alternative", nennt die Organisationen links von der KPÖ als Träger dieser 'Alternative' ... und lehnt im März die Bildung einer gemeinsamen Liste dieser Organisationen ab, weil zu starke politische Differenzen vorhanden wären! Was hat sich zwischen Dezember und März so grundlegend verändert? Vermutlich kam nur eine 'neue Idee' der GRM-Führung dazwischen.

Aber die Umsetzung der GRM-Politik ist eine durchgehende Linie, d.h. dieses ständige Taktieren, von 'Projekt' zu 'Projekt' hüpfen, ist eine Methode, die der Rechtsopportunismus vermutlich 'Parteiaufbau' nennt. Wenn wir an die grossen Worte zu Beginn der "Diskussionsinitiative" erinnern ("neues Politikverständnis") und dieser Schaumschlägerei die Realität entgegenhalten, dann kann der Abgrund zwischen Anspruch und Realität nur als Diskreditierung revolutionärer Politik bezeichnet werden. Abgesehen davon, dass seit einem halben Jahr kein Bulletin erschienen ist, brachte es keine der für die "Diskussionsinitiative" verantwortlichen

Organisationen über sich, auch nur ein Wort zum Schicksal dieses 'Projektes' zu veröffentlichen...

Wenn nun - wie wir hören - die "Bilanz" der "Diskussionsinitiative" gezogen werden soll, so sollten die Verantwortlichen am besten schweigen. Denn diese "Diskussionsinitiative" brachte es fertig, zu keinem Zeitpunkt ihres Bestehens auch nur über eine einzige Frage wirklich zu diskutieren. Keine einzige Frage des internationalen Klassenkampfes wurde angesprochen. Nachdem die GRM ihre "neue Orientierung' abgeworfen hatte, die SOAK alte IKD-Standpunkte wiedergegeben und die 'Gruppe Commune' ihre vorgedruckten Texte abgeliefert hatte... die "Bilanz"?

Da wir den Anspruch der SOAK an eine Diskussion durchaus ernst nehmen (auch wenn die Genossen diesen Anspruch relativ selten praktisch umsetzen), erscheint es uns unverständlich, warum diese Organisation keine Konsequenz aus den Erfahrungen mit der 'Projektepolitik' der GRM zieht und stattdessen selbst mit Ähnlichem aufwartet!

INTERNATIONALE NACHRICHTEN

ITALIEN

Eine Studie von Marzio Barbagli und Piergiorgio Corbetta von der Universität Bologna über die Mitglieder der KPI hat keineswegs die vielfach erwarteten 'eurokommunistischen' Resultate gebracht. Die Autoren dieser Studie hatten sich auf eine nationale Untersuchung des Umfrageinstituts DOXA, auf Interviews von Mitgliedern einer KPI-Vereinigung der Provinz Emilia-Romagna sowie auf eine Analyse interner Dokumente einer anderen KP-Vereinigung in dieser Region gestützt. Die erste Überraschung bezog sich auf die Stellung der KP-Basis zur Kirche. Sie ist dabei wesentlich anti-katholischer als ihre Führung. Die KP-Mitglieder sehen die Kirche als eine Einheit an, ohne irgendwelche 'progressiven' Strömungen davon auszunehmen. 4o% der interviewten Aktivisten denken, daß "solange es die Kirche in Italien geben wird, sich die Dinge nicht ändern werden."

Die zweite Überraschung betrifft die Einstellung der KP-Mitglieder gegenüber der Sowjetunion. 8o% der befragten Aktivisten betrachten die UdSSR als ein sozialistisches Land. 26% glauben, daß das Sowjetregime besser als jenes Italiens (weitere 25% sind der Meinung: viel besser als jenes Italiens) die Teilnahme an Entscheidungen in den Betrieben und in den lokalen Gemeinschaften ermögliche. Die Mehrheit der eingeschriebenen Mitglieder richtet sich gegen die sowjetischen Dissidenten und ein Drittel (!) billigt bedingungslos den Einmarsch sowjetischer Truppen in die Tschechoslowakei 1968. Diese Meinungen werden zu gleichen Teilen von den alten und jungen KPI-Aktivisten getragen. 2o% haben sich gegen den historischen Kompromiß ausgesprochen.

(aus 'Le Monde' vom 8.3. 1979)

NAHER OSTEN

Während Israel und Ägypten um den (mittlerweile abgeschlossenen) 'Friedensvertrag' rangen, setzten die Zionisten ihre 'Befriedungspolitik' in den besetzten arabischen Gebieten unbeirrbar fort.
Am 12. März eröffneten die israelischen Streitkräfte auf einen Demonstrationszug in der arabischen Stadt Bir-Zeit, dem Universitätszentrum dieser Region, das Feuer, wobei vier Studenten verletzt wurden, darunter einer schwer. Der Militärkommandant dieser Region hatte nach diesem Vorfall die Bildung einer Untersuchungskommission angekündigt. Doch diese Maßnahme sollte sich bald als Heuchelei und als Beschwichtigungsversuch erweisen. 3 Tage später, am Morgen des 15. März, schossen bewaffnete israelische Zivilisten auf eine Demonstration in Khalkhoul, nahe der Stadt Hebron.
Zwei Personen wurden dabei getötet: Der 21-jährige Landarbeiter Nasri al Anani sowie die 17-jährige Rabah Chalaleh. Zur gleichen Zeit fanden Demonstrationen gegen die 'Friedensverhandlungen' zwischen Israel und Ägypten in Hebron, in Bir-Zeit, wo die Universität bestreikt wurde, in Ramallah, in Beit-Jallah und in Jericho statt. Die Zwischenfälle zwischen den bewaffneten zionistischen Zivilisten, die großteils Anhänger der rechtsradikalen 'Besiedelungsbewegung' sind, und den Arabern nahmen im Zuge des Generalstreiks der arabischen Bevölkerung zu. So haben bewaffnete zionistische Zivilpatrouillen in Hebron jene Araber bedroht, die die Demonstration begrüßten, und verschiedene Racheakte gesetzt, weil arabische Kinder ihre Autos mit Steinen beschossen haben.

POLEN

Die Zeitung 'Robotnik' ('Der Arbeiter') - - das Sprachrohr des KSS/KOR ('Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung') - berichtete über eine Reihe von Streiks in den letzten drei Monaten des Jahres 1978. Vom 9. - 11. Oktober streikten in Pabianice die Arbeiter jener Betriebe, die Verbandzeug produzieren. Auf Grund der Änderung der Verpackungsweise unter Beibehaltung des bisherigen Lohnes verloren die Arbeiter einige hundert Zloty pro Monat. Vom 1o. bis 14. Oktober legten ebenfalls in Pabianice die Arbeiter der pharmazeutischen Werke 'Polfa' die Arbeit nieder, um gegen die Aufhebung der Prämien unter dem Vorwand der Nichterfüllung des Planes zu protestieren. Tatsächlich wurde allein der Lieferplan nicht erfüllt, der in die Verantwortung der Direktion fällt. Ende November streikten die Arbeiter der Fabrik 'Polam' in Pabianice, die Ampullen herstellt, um gegen die Abschaffung eines freien Samstags zu protestieren. Am 26. Oktober kam es in Lodz zu einem Streik der Arbeiter der Zuckerfabriken 'Optima' gegen die Verringerung der Löhne als Folge ungenügender Lieferung des Rohstoffs Zucker. Am 19. November legten die Arbeiter der Betonfabrik in Myszkow die Arbeit nieder, weil sie nicht im vorgeschriebenen Zeitraum bezahlt wurden. Und schließlich führten die Bergwerksarbeiter des fünften Schachts der Mine Gliwice eine Protestaktion gegen die Dauer eines Arbeitstages von 12 (!) Stunden und gegen die Verpflichtung, während des Weihnachtsfestes zu arbeiten.

RUMÄNIEN

Anfang März 1979 wurde nun auch in Rumänien eine unabhängige Gewerkschaft, die "Freie Gewerkschaft der Arbeiter Rumäniens" (SLCRN), gegründet.
23 Personen, die in Bukarest und in Turnu-Severin leben, sind die Träger dieser Initiative, die sich im Laufe des Monats noch ausweiten konnte. Ende März zählte man mindestens 6o Mitglieder. Die Freie Gewerkschaft hat sich im Zuge dieser Entwicklung über die beiden oben genannten Städte auch auf die Städte Oradea, Constanza, Tirgu Mures, Caranseba, Sighisoara und auf das Erdölzentrum Ploiesti ausgedehnt. Das Komitee stellt sich gegen die Arbeitslosigkeit und schlägt u.a. die Einbeziehung der ausschließlich Parteimitgliedern vorbehaltenen Geschäfte in das allgemeine Handelsnetz sowie die Kontrolle der Staatsfinanzen durch das Volk vor. Staats- und Parteichef Ceausescu leugnete in einem Interview vom 2o. März die Existenz von Oppositionellen "außer jenen vielleicht, die das Land schon verraten haben oder die bereit sein würden, es für ein Linsengericht wieder zu tun."

Die Gründer der Freien Gewerkschaft haben in ihrem Manifest die Gefahr der bürokratischen Repression vorsorglich festgehalten. "Es ist möglich, daß wir, Gründer der Freien Gewerkschaft der Arbeiter Rumäniens, zerschlagen, moralisch und physisch durch einen perfekten Repressionsapparat zerstört werden." Tatsächlich sind bereits zwei Gründer dieser Gruppe, Ionel Cana und Gheorge Brasoveanu, seit dem 7.März 'spurlos' verschwunden.

Die Regierung hat die Freie Gewerkschaft mittlerweile verboten. Trotz dieser Maßnahme hat sich diese Initiative jedoch weiter ausbreiten können. Ende 1978 hatte sich im Gebiet von Mures eine andere Gruppe geheim gebildet. Nun schloß sie sich mit ihren 1.487 Mitgliedern unter der Führung des Arbeiters Virgil Chender der Freien Gewerkschaft an. Insgesamt dürfte nach den vorliegenden Informationen der Anteil der Arbeiter in der Freien Gewerkschaft sehr groß sein.

PERU

Die Militärregierung unter Morales Bermudez verschärft die Unterdrückung gegenüber der anti-imperialistischen und Arbeiterbewegung. Im Zuge dieser Entwicklung haben die Abgeordneten dieser Organisationen beschlossen, das Parlament zu verlassen und solange nicht zurückzukehren, bis die Rechte der Abgeordneten und die Pressefreiheit wiederhergestellt würden.

So verlangt die Militärregierung z.B. die Aufhebung der parlamentarischen Immunität der Abgeordneten. Dieser Vorstoß der Militärs dient dazu, die 'legalen' Möglichkeiten herzustellen, linke Abgeordnete wegen ihrer Gesinnung und Aktivitäten verfolgen zu können. Im Mittelpunkt der Repression steht u.a. die FOCEP (ein Wahlbündnis sich auf den Trotzkismus berufender Organisationen und linker namhafter unorganisierter Persönlichkeiten), die bei den letzten Wahlen 12% der Stimmen erhalten hatte.

Humberto Chaparro, Mitglied des Zentralkomitees der POMR ('Revolutionäre Marxistische Arbeiterpartei' - in der FOCEP integriert) wurde gemeinsam mit 2oo Minenarbeitern verhaftet und ins Gefängnis geworfen.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Iran...

IM NAMEN DER 'ISLAMISCHEN REPUBLIK' WURDEN DIE KHOMEINI-MILIZEN ZU EINEM STOSSTRUPP DER REAKTION. NEBEN DEN ANGRIFFEN AUF DIE DEMONSTRATIONEN DER FRAUEN, HÄUFEN SICH DIE ANGRIFFE AUF LINKE ORGANISATIONEN UND VERANSTALTUNGEN UND DIE WÄHREND DER REVOLUTION ENTSTANDENEN KEIMFORMEN VON ARBEITER- UND SOLDATENRÄTEN SIND PERMANENTEN ANGRIFFEN AUSGESETZT. WIR WEINEN DEN ERSCHOSSENEN REPRÄSENTANTEN DES SCHAH-REGIMES KEINE TRÄNE NACH, ABER ES KANN NICHT MEHR ÜBERSEHEN WERDEN, DASS BEREITS WIEDER LINKE JOURNALISTEN IN DEN KERKER GEWORFEN WURDEN, DASS IN RUNDFUNK UND FERNSEHEN KEIN LINKES WORT GESTATTET IST UND DASS DIE ISLAMISCHEN TRIBUNALE SICH AUCH GEGEN SEXUELLE MINDERHEITEN UND ÜBERHAUPT GEGEN ALLES RICHTEN, WAS NICHT DEN REAKTIONÄREN NORMEN DER 'ISLAMISCHEN REPUBLIK' ENTSPRICHT! DIE HEUTE IM IRAN WÜTENDEN 'REVOLUTIONSTRIBUNALE' ENTSPRECHEN NICHT IM GERINGSTEN EINER TATSÄCHLICHEN VOLKSGERICHTSBARKEIT, SONDERN SIND JEDER VERANTWORTUNG GEGENÜBER DEN MASSEN ENTZOGEN!

IN DIESER SITUATION VERSCHÄRFEN SICH AUCH DIE GEGENSÄTZE ZWISCHEN DER REGIERUNG UND DEM KHOMEINI-LAGER. DER RÜCKTRITT DES AUSSENMINISTERS UND DER KURZFRISTIGE RÜCKZUG DES LINKS VON KHOMEINI STEHENDEN AYATOLLAH TALEGHANI (BEIDE SPRACHEN SICH GEGEN DIE WILLKÜR DER 'REVOLUTIONSTRIBUNALE' AUS) SIND EIN DEUTLICHES ZEICHEN FÜR DIE KRISE INNERHALB DES HERRSCHENDEN REGIMES.

ABER UNABHÄNGIG VON DEN AUSEINANDERSETZUNGEN INNERHALB DES HERRSCHENDEN REGIMES, MÜSSEN HEUTE IM IRAN DIE ERRUNGENSCHAFTEN DER REVOLUTION VERTEIDIGT UND AUSGEWEITET WERDEN. NACH DEN MONATEN DES HEROISCHEN KAMPFES GEGEN DIE SCHAH-DIKTATUR, KANN HEUTE NICHT MEHR ÜBERSEHEN WERDEN, DASS DEM LAND EINE NEUE DIKTATUR DROHT, DIE ALLE ERRUNGENSCHAFTEN DES KAMPFES ZUNICHTE MACHEN WIRD. 'ISLAMISCHE REPUBLIK' BEDEUTET HEUTE IM IRAN RELIGIÖSE KONTERREVOLUTION. DIESE KONTERREVOLUTION IST HEUTE NICHT UNMITTELBAR IN DER LAGE, DER LINKEN UND DEM PROLETARIAT EINE MASSIVE NIEDERLAGE ZUZUFÜGEN, ABER GERADE IN DIESEM ZUSAMMENHANG IST DIE EXISTENZ VON MILLIONEN ARBEITSLOSEN EINE FURCHTBARE GEFAHR FÜR DEN GESELLSCHAFTLICHEN FORTSCHRITT.

DIE POLITIK DER LINKEN IM IRAN MUSS HEUTE DARAN GEMESSEN WERDEN, OB SIE ES VERSTEHT, DEN ARBEITSLOSEN EINE KAMPFPERSPEKTIVE ZU WEISEN (ÜBERNAHME DER BETRIEBE DURCH DIE ARBEITER UND WIEDEREINGLIEDERUNG DER ARBEITSLOSEN IN DEN ARBEITSPROZESS), PRAKTISCHE SOLIDARITÄT MIT DEN NATIONALEN MINDERHEITEN ZU ÜBEN (ALS VORAUSSETZUNG DAFÜR, DASS DER KAMPF DIESER MINDERHEITEN SICH MIT DEM KAMPF DER ARBEITERKLASSE VERBINDET), ALLE ANSÄTZE VON RÄTEN UND KOMITEES NATIONAL ZU KOORDINIEREN UND ZU BEWAFFNEN, DIE BEWAFFNUNG DER FRAUENDEMONSTRATIONEN DURCHZUFÜHREN, KURZ - OB SIE ES VERSTEHT, EINE EINHEIT DES KAMPFES DER LINKEN HERZUSTELLEN, DIE SICH GEGEN DIE 'ISLAMISCHE REPUBLIK' RICHTEN MUSS!

ALLEIN AUF DIESER LINIE DES KAMPFES UM EINE ARBEITER- UND BAUERNMACHT IM IRAN KÖNNEN HEUTE NOCH PASSIVE TEILE DER MASSEN NACH LINKS GERISSEN WERDEN. ALLEIN AUF DIESER LINIE KANN DIE LINKE UND DIE ARBEITERKLASSE, DIE HEUTE BEREITS IN EINER DEFENSIVEN POSITION SIND, SCHLIESSLICH ZUR UMFASSENDEN OFFENSIVE ÜBERGEHEN!

"Es war der Islam, der den Götzen (den Schah, Anm. d. V.) fällte, nicht die Leute. Der Glaube hat den Götzen gefällt, weder ich noch du." Derjenige, der diese Äusserung fast vier Wochen nach dem gewaltsamen Sturz der Regierung Bakhtiar tat, war nicht der bürgerlichen Fiktion von der "demagogisch mystischen Kraft", die das Schah-Regime stürzte, aufgesessen - er verkörperte sie selber: Ayatolla Chomeini. Die Absicht dieser Worte - deren unverhohlener Zynismus jedem ehrlichen und entschlossenen Gegner des Schah-Regimes und des mit ihm aufs engste verbundenen Imperialismus, die Wut in das Gesicht treibt - und ihre Umsetzung in praktische Politik ist klar und ersichtlich. Die iranischen Massen, die mit ihrem heroischen Kampf gegen die Unterdrückung ihrer elementarsten politischen, ökonomischen und sozialen Bedürfnisse und für die vollständige Erringung ihrer Demokratie und Unabhängigkeit vom Imperialismus das Schah-Regime fällten, sollen wieder in das Reich des historischen Fatalismus, der politischen Apathie, des zu erduldenden Beherrschtwerdens verwiesen werden. Heute ist zur Gänze offensichtlich, dass die Regierung Bazargan und die Führung der schiitischen Bewegung mit aller Energie die Festigung des Kapitalismus gegen die Interessen der fortgeschrittensten Teile der Arbeiter, Angestellten, der Bauern, des städtischen Kleinbürgertums, der nationalen Minderheiten und nicht zuletzt der Frauen vorantreiben. Um die iranischen Massen zurückzudrängen, die in ihrem Kampf gegen das Schah-Regime über die "Islamische Republik" (d.h. eine religiös-reaktionär verbrämte Herrschaft der zwar schwachen, aber doch vorhandenen iranischen Bourgeoisie und des Imperialismus) hinausgehen wollen, bedient sie sich nicht nur massiver ideologisch-religiöser Propaganda, sondern setzt ohne zu zögern übergewechselte Mitglieder des schahristischen Militär- und Polizeiapparates ein und organisiert in nicht unbeträchtlichem Umfang das reaktionäre Kleinbürgertum in den "Revolutionären Komitees". Neun Wochen nach dem Sturz der Regierung Bakhtiar bildete das mit ungeheurer Zielstrebigkeit vorbereitete Referendum- "Stimmen Sie zu, dass das alte Regime durch eine islamische Republik ersetzt wird, die durch ein gewähltes Parlament errichtet wird" - den bisherigen Höhepunkt der reaktionären Mobilisierung und wird in Zukunft allen möglichen bürgerlichen Regierungs- und Herrschaftsformen die notwendige Legitimität verleihen. Diese beginnende Stärkung des Kapitalismus im Iran und die mit ihr verbundene und einsetzende im Namen des Islam agierende Repression ist heute bereits in allen Bereichen der iranischen Gesellschaft zu spüren.

WIEDERAUFBAU VON MILITÄR UND POLIZEI

Der Wiederaufbau des Militär- und Polizeiapparates in den alten Strukturen des Schah-Regimes wird einerseits durch die Übernahme zahlreicher Offiziere der Streitkräfte, der Polizei und der Geheimdienste in nahezu dieselben Funktionen und andererseits durch massiven Druck auf die Soldaten, die wieder in ihre Kasernen zurückkehren sollen, vorangetrieben. Bereits am 16.2. demonstrierten über 50.000 Menschen in Teheran gegen diese Massnahmen und forderten Rede- und Pressefreiheit in der Armee, das Recht auf unabhängige Organisierung der Soldaten, das Recht zu wählen und politischen Parteien beizutreten und nicht zuletzt die vollständige Auflösung der Armee und Polizeieinheiten des Schah-Regimes und die Bildung einer demokratischen Volksarmee. Obwohl Bazargan gezwungen war, aufgrund dieser bis heute anhaltenden Proteste und der Tatsache, dass bis heute nur nicht viel mehr als 50% der Soldaten in ihre Kasernen zurückgekehrt sind, einige der von ihm eingesetzten Generäle des Schah-Regimes wieder zu entlassen, zeigen sich jedoch die Erfolge dieser Rekonstruktion bürgerlicher Herrschaftsinstrumente in dem Einsatz der "neuen iranischen Armee" gegen die nationalen Minderheiten der Kurden und Turkmenen. In diesen Tagen sollen die iranischen Einheiten aus den besetzten Gebieten in Oman/ Dhofar direkt in das Zentrum des iranischen Kurdengebietes versetzt werden. Die Ersetzung des bisherigen Verteidigungsministers Madani - dieser ersetzte

den einige Tage zuvor entlassenen Gharani, der für die Massaker in der kurdischen Stadt Sanandadsch verantwortlich war - durch General Riahi zeigt ziemlich klar, dass dieser Kurs auch in Zukunft nicht nur beibehalten, sondern noch verschärft werden soll. So ist Madani nicht deshalb ausgetauscht worden - er bleibt Inspekteur der Marine - weil er für den Schiessbefehl an die iranischen Truppen bei der blutigen Niederschlagung des Aufstandes der Kurden verantwortlich war, sondern weil "es ihm nicht gelungen ist, die Armee aus den Revolutionswirren wieder zu einer handlungsfähigen Truppe gemacht zu haben" ('FAZ', 2.4.) Die Aufgabe, gegen die unabhängigen Komitees und die politische Tätigkeit der Soldaten in der Armee vorzugehen, soll Riahi "energischer und mit mehr Glück versuchen". Klar, dass bei diesem Wiederaufbau das bisherige Offizierskorps noch verstärkt übernommen werden soll, da ansonsten eine "traditionelle Führung der Armee" unmöglich und somit für die Zwecke bürgerlicher Herrschaft unbrauchbar ist. Nicht umsonst äussert Riahi: "Ich glaube, die Entlassung fast aller Offiziere der Armee war ein Fehler."

NIEDERSCHLAGUNG DER NATIONALEN MINDERHEITEN

Während noch kurz nach dem Sturz der Regierung Bakhtiar Chomeini von einer "geheimnisvollen dritten Kraft", die sich, gestützt auf ausländische Agenten und SAVAK-Mitglieder" gegen die "islamische Revolution" richte, faselte, ist heute klar, dass die kurdischen und türkischen Minderheiten ihren Kampf um die Verwirklichung ihrer politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Interessen nach Erfüllung von Autonomie und Selbstverwaltung, auch gegen die neue Regierung der "islamischen Revolution" fortsetzen müssen. Wie recht sie damit hatten, keinerlei Illusionen in die Führung der politischen wie religiösen Opposition zu haben, zeigt die unverhohlene Repression, die sofort und mit aller Schärfe einsetzte. Während Chomeini äusserte: "Ich werde dieses ungesittete (!) Verhalten nicht tolerieren. Ich sehe dies als einen Aufstand gegen die islamische Revolution an", intervenierte die iranische Armee gegen die kurdische Minderheit, die nicht nur eine Militärkaserne und den Rundfunksender in der Provinzhauptstadt Sanandadsch besetzt, sondern die gesamte Stadt unter Kontrolle hatte. Nachdem auch in anderen Städten dieser Region, wie z.B. in Mahabad schwere Kämpfe zwischen den regierungsfreundlichen Truppen und der kurdischen Minderheit, die in diesem Gebiet weit über 60% der Bevölkerung stellt, ausgebrochen waren und die Regierung Bazargan nicht in der Lage war, auf militärischem Wege den Widerstand zu brechen, entsandte sie einen der höchsten und neben Chomeini einflussreichsten Führer der religiösen Opposition: A. Taleghani.

Dieser, der bei dem gewaltsamen Sturz der Regierung Bakhtiar eine bedeutende positive Rolle spielte und durchaus bereit war, über die Errichtung einer reaktionären islamischen Republik hinauszugehen, erwies sich hier wieder einmal mehr als linke Flankendeckung der religiösen Reaktion. Durch den militärischen Druck, denn "es sei Pflicht der Armee, die Garnison in Sanandadsch zu verteidigen" und "gnadenlos gegen die Rebellen vorzugehen" (stellvertretender Ministerpräsident Entezam) auf der einen Seite und Verhandlungen mit den verschiedenen Führern der Kurden gelang es der neuen Regierung (die Spaltung unter den Kurden ausnutzend) zu erreichen, dass die Kurden die Kämpfe einstellten und sich vorerst mit einem eigenen Generalgouverneur für ihre Region abfanden. Was von den Versprechungen Entezams, dass es Autonomie für die nationalen Minderheiten geben werde, da dies in der Verfassung nach Durchführung des Referendums niedergelegt sein werde, zu halten ist, wurde auch für die turkmenische Minderheit deutlich. Gemäss der Linie der Regierung "die Rechte der Minderheiten zwar zu achten, aber keinen Separatismus zu dulden" wurde die Bewegung der Turkmenen unmittelbar nach der Abstimmung zusammengeschossen. Allein bei den Kämpfen in der nordostiranischen Stadt Gonbad-E Quabus, von deren 60.000 Einwohnern mehr als die Hälfte der turkmenischen Nationalität angehören, fanden nach Angaben iranischer Zeitungen - deren Richtigkeit wir leider nicht überprüfen können - 150 Menschen den Tod.

Offensichtlich ist, dass die Regierung und die mit ihr zusammenarbeitenden religiö-



Der 'islamischen Republik' gelang es, rückschrittliche Frauen (rechts im Bild) gegen die legitimen Forderungen der Frauendemonstrationen zu mobilisieren. Die fortschrittlichen Frauendemonstrationen waren unbewaffnet den Angriffen reaktionärer Khomeini-Milizen ausgesetzt

Der Kampf der iranischen Frauen!

Iranische Frauen demonstrierten massiv gegen die angekündigte Schleierverordnung Khomeinis.

Aber nicht nur gegen diese richtet sich der Unmut der Frauen. Khomeini will die Frauen zu Menschen zweiter Klasse, zu Sklaven degradieren. Seine Gesetze sind gegen die Frauen: Ab sofort wird es den Frauen sehr erschwert werden, höhere Schulen zu absolvieren oder überhaupt einen Beruf auszuüben, ist die Vielweiberei, die dem Mann bis zu vier Frauen zu ehelichen erlaubt, wieder eingeführt, haben die Frauen kein Recht, über ihren eigenen Körper zu bestimmen.

Da die nichtmoslemischen Frauen von der neuen Kleiderverordnung ausgenommen sind, müssen sie - um gegen etwaige Übergriffe gefeit zu sein - als Christinnen ein Kreuz und als Jüdinnen einen Davidstern tragen. Somit sind alle Frauen Irans gebrandmarkt, wie Tiere gekennzeichnet! Gegen diese Repression rebellierten die Frauen:

Zehntausende gingen auf die Straßen um für die bereits erkämpfte wenige Freiheit wieder zu kämpfen. Geantwortet hat der islamische Mob den Frauen mit Knüppeln, Schußwaffen, Fäusten und furchtbarer Brutalität! Die iranische Frau war schon unter dem Schah-Regime gezwungen, für ihre Rechte und ihre Freiheit zu kämpfen.

Die oftmals gebrachten Fotoreportagen in der Regenbogenpresse - nicht nur der kapitalistischen Welt - zeigten zwar das unbeschwerte Leben einer Farah Diba oder Soraya, nicht aber das mühsame, schwere Leben der Frauen des unterdrückten Volkes.

Trotz der sogenannten 'Reformen', die der Schah erließ, änderte sich die Stellung der Frauen und ihr Rollenbild natürlich nicht. Während sich auf dem Lande die Rolle der Frau zementierte, versuchte das Schah-Regime, sie in den Städten, im Sinne des Interesses des Kapitals zu vermarkten. Entgegen der Propaganda des Regimes von der 'modernen Perserin' zeigte die soziale wie ökonomische Abhängigkeit, die rechtlose Stellung im Gesellschafts- wie im Berufsleben, sowie die mangelhafte und ungenügende medizinische Versorgung den Frauen, wie wenig das Regime am Wohlergehen des iranischen Volkes interessiert war und ist.

Gesellschaftlich und politisch nicht gleichberechtigt, wurden die fortschrittlichen Frauen genauso blutig verfolgt wie die männlichen Genossen. Die iranischen Frauen - so makaber es auch klingt - erhielten ihre Gleichberechtigung in den Gefängnissen und Folterkellern der SAVAK: Hier wurden sie genauso unmenschlich und barbarisch wie die männlichen Genossen gefoltert.

Mit der Unterdrückung ist die Kampfentschlossenheit und der Kampfeswille der Frauen gestiegen, sie wußten, daß nur der Kampf und Sieg über das Regime das Volk und somit auch die Frauen befreien kann. In den Guerillaorganisationen, die gegen die Herrschaft des Schah-Regimes kämpften, waren besonders viele Frauen aktiv. Gleich den Männern kämpften sie selbstlos im Widerstand, nahmen an verbotenen Streiks und militanten Auseinandersetzungen an vorderster Front teil.

sen Kräfte nur bereit sind, einige wenige der verhasstetsten Repräsentanten des Schah-Regime der Wut der Massen zu opfern. So sind bis jetzt nur 108 Generäle "in den Ruhestand" versetzt worden und nur gegen ein paar, wie z.B. den ehemaligen Ministerpräsidenten Hoveida Strafverfahren eingeleitet worden. Die Tatsache, dass bis jetzt laut internationalen Pressemeldungen 200 schahristische Verbrecher, darunter auch Hoveida, von den islamischen Revolutionsgerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden, stiess sofort auf die Kritik von Bazargan. In Hinkunft müssen die Urteile der Revolutionsgerichte, die aus "Platzmangel" und "Sicherheitsgründen" unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagen, vom "Revolutionsrat", dessen Zusammensetzung völlig unbekannt ist, gebilligt werden. Wir sind weit davon entfernt, in die internationalen Proteste der Bourgeoisie gegen die "Verletzungder Menschenrechte u. bürgerlicher Rechtsnormen" im heutigen Iran einzufallen, wenn Massenmörder, Polizeioffiziere, SAVAK-Chefs und -Agenten etc. ihrer gerechten Strafe zugeführt werden. Klar ist jedoch, dass die wirkliche und konsequente Bestrafung aller schahristischer Verbrecher nicht im Geheimen und unter Absenz der iranischen Bevölkerung durch einen sich mittlerweile verselbständigenden Apparat religiöser Femetribunale und militant-religiös fanatisierter "Revolutionskomitees" stattfinden kann. Einzige Grundlage dafür können nur Volkstribunale sein, die auf Grundlage der Selbstorganisation der Massen in den Fabriken, Städten und Dörfern gewählt und jederzeit abwählbar sein müssen. Dies heute festzustellen ist umso wichtiger, als die religiösen Kräfte nun beginnen, sich gegen die Arbeiterklasse, die Linke, die nationalen Minderheiten, die Frauen zu richten.

Dass die reaktionäre Entwicklung im Iran natürlich auch den Bereich der öffentlicher Medien betrifft, ist klar. So wurde von Bazargan der Chomeini-Vertraute Sadeq Ghotbzadeh zum Chef der Teheraner Rundfunkanstalten ernannt. Dieser verfügte sofort, dass Frauen nur mehr verschleiert vor die Kameras treten dürfen. Untersagt sind jegliche Stellungnahmen der unterschiedlichen politischen Strömungen und Gruppierungen, vor allem der Linken. Erlaubt sind nur mehr, aus der Sicht der Regierung und der religiösen Führung gesehen, positive Meldungen und Kommentare, sowie offizielle und halboffizielle Stellungnahmen. So wurde, um nur drei Beispiele zu nennen, eine ungeheure Hetze gegen die Frauendemonstrationen und gegen die Kämpfe der nationalen Minderheiten entfaltet. Die Zensur des für das Ausland bestimmten Presse- und Fotomaterials wurde wieder eingeführt, um zu verhindern, dass das "Ansehen der islamischen Revolution und des Iran in Verruf" gebracht wird.

Das öffentliche Leben der iranischen Bevölkerung wird auch durch die zunehmende Repression gegen die nur mehr sehr wenigen, nicht von den Revolutionskomitees dominierten Nachbarschafts- und Selbsthilfekomitees beeinflusst, die unter dem Schah-Regime ihren Beitrag zur Organisierung des Generalstreiks, der Lösung von Gesundheitsproblemen und der Verteidigung der armen Bevölkerung gegen Polizei und Militär geleistet hatten. Sie werden nicht nur aufgefordert, die Waffen, die sie sich in den letzten Wochen erbeutet hatten, der Regierung zu übergeben, sondern durch militanten Druck gezwungen, ihre Aktivitäten, die sie sich auch noch nach dem Sturz des Schah-Regimes fortsetzen, einzustellen.

Neben den Angriffen auf nationale Minderheiten entlarvte sich der reaktionäre Charakter der "Islamischen Republik" wohl am deutlichsten auch in den Versuchen, die Rechte und die Interessen der iranischen Frauen zu knebeln. Im Vordergrund stehen dabei das islamische Gebot, dass Frauen in der Öffentlichkeit den Schleier zu tragen hätten und der männliche Chauvinismus eines religiösen Reaktionärs wie S. Madari. Es geht vor allem darum, dass die Regierung der Nationalen Front ebenso wie die islamische Führung nicht bereit ist, die elementarsten Rechte den Frauen zuzugestehen:

- rechtliche Gleichstellung von Frau und Mann
- Recht auf Scheidung, auch auf Wunsch der Frau
- für gleiche Arbeitsbedingungen
- gegen die Schliessung von gemischten Schulen und für die Möglichkeit der Berufs- und Universitätsausbildung für Frauen
- für das Recht auf freie und kostenlose Schwangerschaftsunterbrechung.

Bei den grossen Demonstrationen um den 11./12.3. wurde deutlich, dass sich die Frauen, um ihre Interessen vertreten und verwirklichen zu können, gegen die islamische Reaktion und ihre sich in den Revolutionskomitees organisierende kleinbürgerliche Basis wehren müssen. In Teheran, Täbriz, Abadan, Isfahan usw. fanden grosse Demonstrationen, die von den Volksfedayin gegen die Übergriffe reaktionärer Elemente geschützt wurden, u.a. mit folgenden Losungen statt: "Der Despotismus muss in allen seinen Formen abgelehnt werden! Die Freiheit kann nicht eingeschränkt werden! Wer die Frauen angreift, greift die Revolution an!" (lt. 'Arbeiterkampf' Nr. 150, 19.3.1979)

Die grundlegende Stossrichtung der konterrevolutionären Angriffe von seiten der Regierung der Nationalen Front und der schiitischen Führung - diese hat bereits die reaktionäre Mobilisierung des iranischen Kleinbürgertums in Angriff genommen - richtet sich gegen die Arbeiter und Angestellten, die sich durch die fortgesetzten Streiks die Kontrolle über die Produktionsmittel, die Enteignung der ausländischen Unternehmungen, Banken, Einstellung der entlassenen Arbeiter, Öffnung der Bücher, Gleichstellung von Männern und Frauen erkämpfen wollen. Schon seit langem ist nicht mehr die Rede davon, die iranischen wie ausländischen Grossgrundbesitzer zu enteignen und das Land an die Bauern zu verteilen, ihnen billige Kredite etc. zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig warnt Bazargan ebenso wie Chomeini der iranischen Arbeiterklasse vor der Fortsetzung und Ausweitung ihres Kampfes. Immer wieder ergehen Appelle an die iranische Bevölkerung, "das Land vor dem Bankrott zu retten", die Revolution sei "vom Stadium des Kampfes in das des Wiederaufbaues übergegangen". Die ersten Auswirkungen dieses Drucks, der sich eben nicht nur in Appellen und Drohungen, sondern auch in massiven und erfolgreichen Anstrengungen, die unabhängigen Arbeiterkomitees aufzulösen, ausdrückt, sind in der weitgehenden Wiederaufnahme der Arbeit und der Erhöhung der Erdölproduktion auf bis jetzt 2,5 Mio. Barrel pro Tag zu sehen. Dass sich dieser Druck noch weiter verstärken wird, wird deutlich, wenn Madari die Äusserungen Bazargans, die Erdölproduktion auf die Hälfte der ursprünglichen Menge zu senken, kritisiert: "Das war etwas voreilig. Wir werden die Förderung den finanziellen Bedürfnissen der Nation (!) anpassen. Vielleicht werden wir halb so viel fördern wie früher. Vielleicht genauso viel, vielleicht aber sogar mehr." Nachdem der Arbeitsminister Forouhar den Plan des "Aufbaues eines Syndikats von Arbeitnehmern und Arbeitgebern"(!) bekannt gegeben hat, kann er sich internationaler Hilfe bei der endgültigen Niederringung des Widerstandes sicher sein. Er würde "gerne die Hilfe erfahrener Männer für die Bildung dieses Syndikats annehmen" und bezieht sich dabei in eindeutiger Weise auf den DGB. Zu den Chancen dieser Hilfe bemerkt die 'FAZ' treffend: "Gelingen kann dies aber nur, wenn als deutscher Helfer nicht Ideologen und Aktivisten auftreten, sondern Leute mit praktischer Erfahrung, die bereit sind, sich auf die Eigenart der Iraner einzustellen."

Gerade angesichts der nicht zu leugnenden politischen Schwächen der iranischen Linken erwächst hier eine ungeheure Gefahr für die iranische Revolution. Wenn bereits zu Beginn dieses Jahres, noch unter der Herrschaft des Schah-Regimes Bazargan die Erdölarbeiter Azerbaidschans zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegen wollte, so zeigt sich heute mit zunehmender Repression, dass die verschiedenen noch unabhängigen fortschrittlichen Gruppen und Komitees der Arbeiter und Angestellten auf nationaler Ebene zusammengefasst werden müssen. Mit zunehmender Wandlung des islamischen und des kleinbürgerlichen Elements in der iranischen Revolution von einem positiven Element, das die Interessen der iranischen Bevölkerung formulierte und den Kampf gegen das Schah-Regime vorwärtstrieb, zu einem reaktionären Hindernis, tritt die iranische Revolution in ihre entscheidende Phase. Wenn es im Kampf gegen das Schah-Regime für Linke, sich auf die Arbeiterklasse berufende Elemente, durchaus sinnvoll und notwendig war, mit den kleinbürgerlich-demokratischen und den religiösen Kräften zusammenzuarbeiten, müssen heute alle gesellschaftlich fortschrittlichen Kräfte der Arbeiter und Angestellten, der Bauern, der nationalen Minderheiten und der Frauen in einer Einheitsfront gegen die einsetzende Reaktion und die damit wieder einsetzende Repression zusammengefasst werden. Erst wenn dies gelingt, können die bisherigen Errungenschaften - wie z.B. die demokratischen Rechte - gegen die Regierung Bazargan und die im Namen des Islams agierende Reaktion verteidigt und die heutige Perspektivlosigkeit der iranischen Massen, die, wie wir sehen, von den religiösen Führern zu reaktionärer Mobilisierung genutzt werden kann, mit dem Ziel des Sozialismus überwunden werden.

Bilanz des peruanischen Generalstreiks

Ende Dezember rief der peruanische Gewerkschaftsdachverband CGTP, die wichtigste peruanische Gewerkschaftszentrale, zu einem dreitägigen nationalen Generalstreik für den 9. bis 11. Jänner auf. Der Streik wurde zu etwa 50-60% befolgt und am 2. Streiktag abgebrochen. Dieser Generalstreik war geplant als massiver Gegenschlag auf die wirtschaftlichen Sanktionen der Regierung Morales Bermudes.

In den vergangenen fünf Jahren war die Kaufkraft der Bevölkerung etwa um 404% gesunken. Von März 1977 bis März 1978 stiegen die Lebenshaltungskosten um 80% (die offizielle Inflationsrate für 1978 war 73, 8%). "Eine Gallone Benzin (etwa 4, 5 l) kostete 1975 den Verbraucher 9, 90 Soles, heute kostet sie ihn 150 Soles und Ende des Jahres wird sie 225 Soles kosten." (ila-info 23) Eine Flasche Speiseöl macht zur Zeit den Tagesverdienst eines Familienvaters aus.

Parallel zur Teuerungswelle erhöht sich ständig die Zahl der Beschäftigungslosen. Die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung Perus hat keine unmittelbare Chance, wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert zu werden, und bis Jahresende will die Regierung an die 30.000 Angestellte entlassen.

All das sind Massnahmen den ungeheuren Schuldenberg des Landes (5 Milliarden Dollar) zu dezimieren. Allein der Sowjetunion schuldet Peru 800 Millionen Dollar für den Kauf von Waffen, belaufen sich doch die Ausgaben für den Repressionsapparat im Budget 1979 auf 15% (ebensoviel wie für die Sozialausgaben!).

Im Zuge der Umschuldungsverhandlungen konnte die Regierung ein Hinausschieben der Rückzahlungen um zwei Jahre erreichen. Die dadurch neu entstandene Zinsenbelastung sowie die vom IWF (Internationaler Währungsfonds) geforderte Reduzierung des Staatshaushaltsdezifits werden die Arbeiter auf ihren Schultern zu tragen haben.

Wie reagierten jene Organisationen, die sich auf eine Mehrzahl der Stimmen der Arbeiter berufen können, auf die sich deutlich zuspitzende Klassenkampfsituation?
Die APRA (unter Haya de la Torre = Partei mit der höchsten Stimmenzahl) ist für die Regierung nichts weiter, als eine 'loyale Opposition'. So bewerkstelligte sie es, eine Plenarsitzung in der Verfassunggebenden Versammlung vom 3. Jänner zu vertagen, um die Diskussion über eine an diesem Tag stattgefundene drastische Preiserhöhung zu verhindern.

Ebenso unterstützt die CGTP, die als mächtigste Gewerkschaftsorganisation 40 - 50% der gewerkschaftlich Organisierten in sich vereinigt, deren Führung ausschliesslich in Händen der moskauorientierten Stalinisten liegt, das reformistische Modell der Militärregierung. So nahm z.B. die CGTP überhaupt keine Notiz davon, dass Schüler über zwei Monate lang gegen Fahrpreiserhöhungen demonstrierten, dabei massiver Repression ausgesetzt waren und sogar Tote hinnehmen mussten. ('Intercontinental Press', 15.1.)

Die Moskaustalinisten waren von Anfang an gegen den Streik. Während die oppositionellen Basisgewerkschaften der CGTP, die CUL (Comands Unitare di Lucha - sich als marxistisch-leninistisch verstehende Gruppierungen) und die maoistische Lehrergewerkschaft für einen unbefristeten Generalstreik eintraten, wollte die CGTP zunächst nur einer stufenweisen Durchführung des Streiks zustimmen (24, 48, 72 Stunden). Auf ihrem 5. Kongress im September 1978 rief die CGTP unter dem Druck der unabhängigen Verbände zu einer einheitlichen Gewerkschafts- und Volksfront (FUSP) auf. Die FUSP lehnte eine Teilnahme der Verbände mit marxistischem und maoistischem Einfluss, ebenso der FOCEP (trotzkistisches Wahlbündnis) und der UDP (Maoisten) ab. Trotzdem unterstützten die Gruppierungen der extremen Linken den Streik.

Der Zeitpunkt für den Generalstreik war auf den Jänner festgelegt worden, da mit Jahresbeginn von der Regierung neue Preissteigerungen angekündigt worden waren. Mit gewisser Berechtigung fürchteten die linken Organisationen eine Wiederholung der Suspendierung des Streikes vom 22./23. Jänner 1978. Damals hatte die CGTP-Spitze ohne Rücksprache mit ihrer Basis und mit der CUL den Streik abgeblasen. Die Ursache: von der Regierung künstlich aufgebauschte Grenzzwischenfälle mit Equador, die angeblich die nationale Sicherheit gefährdeten. Diesmal wurde just im rechten Augenblick - diese 'nationale Sicherheit' durch angebliche chilenische Spione gefährdet.

An der Spitze der Massenbewegungen (in den letzten eineinhalb Jahren hatten in Peru vier grosse Nationalstreiks stattgefunden) steht das städtische Proletariat. Allein in Lima leben 28% der Landesbevölkerung - 70% der Industriebetriebe sind in Lima, 70% der Staatsangestellten leben in dieser Stadt - aber von 10 Einwohnern Limas wohnen 7 in Elendsvierteln oder abbruchreifen Ruinen ohne Licht, Kanalisation und Wasser.

Die Militärregierung hatte aus den Streiks der vergangenen Monate bereits ihre Lehren gezogen. Unter dem Deckmantel des Projekts, demnächst die Macht an Zivilisten zu übergeben, 'Ruhe und Ordnung' bewahren zu wollen, tat sie alles, um den Streik zu verhindern. Mit weit grösserem Erfolg als früher wurde Repression präventiv eingesetzt.

- Rundfunk, Fernsehen und Presse wurden über das zentrale Informationsbüro (OCI) durch die Regierung kontrolliert.
- Massive Verhaftungen von Gewerkschafts führern und Politikern der Linken - 2- 4.000 Verhaftungen.
- Am 5.1. wurde der Präsident der UDP - Alfonso Barrantes Lingan - gefangengenommen.
- 7.1. - ein dreiwöchiger Ausnahmezustand wurde über das Land verhängt und sieben Wochenzeitschriften wurden verboten.
- Staatsangestellte erhielten Briefe, in denen ihnen bei Streikteilnahme sofortige Entlassung angedroht wurde.
- Der Innenminister brachte ein Kommunique heraus, das den Streik als illegal erklärte. Für eventuelle Schäden wurden die 'Anstifter', die Führer der CGTP, UDP und FOCEP verantwortlich gemacht.

Allerdings gelang es der Regierung auch, dem Streik von innen heraus die Dynamik zu nehmen.
- So gingen den drastischen Preissteigerungen geringfügige Lohnerhöhungen voraus.
- Kleinbus-Fahrer, die bei Streiks jeweils eine Schlüsselfunktion einnahmen, da ihre Arbeitsniederlegung eine Erlahmung des gesamten städtischen Verkehrs bedeutet, wurden von der Regierung bestochen.

Die Streikplattform der CGTP beschränkte sich zur Gänze auf demokratische Forderungen, auf höfliche Bittgesuche an die Militärregierung:
- Forderung nach Rücknahme der Preiserhöhung und Preiskontrolle für Massenkonsumgüter
- allgemeine Lohnerhöhung von 10.000 Soles
- volle Tariffreiheit
- Lösung bestehender Arbeitskonflikte
- Lösung der Probleme der Elendsviertel
- Wiedereinstellung der Entlassenen und Arbeitsplatzsicherheit
- Respektierung der demokratischen Freiheiten und der Gewerkschaftsorganisationen
- Ende der Repression und der Militärgerichtsbarkeit

Dieser Katalog von Forderungen ging völlig an der Klassenkampfsituation vorbei. Die Massenentlassungen hätte man mit dem Aufruf zu Betriebsbesetzungen beantworten müssen. Die Ausrufung des Ausnahmezustandes, die Verhaftung zahlreicher Arbeiterführer, das Erscheinen der Panzer am 1. Streiktag hätte der Bildung von Arbeitermilizen bedurft. Dem Elend in den Slums der Vorstädte muss man mit dem Aufruf zur Bildung eigener Organe begegnen. Doch von all dem kein Wort. Und die linken Gewerkschaften kritisieren an dieser Plattform (laut 'Lateinamerika-Nachrichten' Nr. 68) lediglich, dass ihr die Forderung nach Übergabe von Land an die Bauern ohne Bezahlung fehlt!

Am ersten Streiktag hielt sich die CGTP noch an ihre Abmachungen. In Lima wurde der Streik bei Grossunternehmern eher befolgt als in Kleinbetrieben. Einige Städte wie Ayacucho und Huancavelica wurden total bestreikt. Allerdings kam es zu wiederholten blutigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Nur ein kleiner Teil der Beschäftigten des Verwaltungsapparates legte die Arbeit nieder und Banken konnten mit Notstandspersonal weiterarbeiten.

Am zweiten Tag hob die CGTP den Streik auf: "... es gelte, angesichts der Repression, die Integrität der Gewerkschaftsverbände zu schützen!" ('Le Monde' 15.1.)

Der Generalstreik vom Jänner dieses Jahres konnte somit sein Ziel, die Macht der Militärregierung zu erschüttern, eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterbewegung herbeizuführen und eine revolutionäre Situation einzuleiten, nicht erreichen. ●

Interview mit einem Vertreter der polnischen Opposition

Die polnische Arbeiterklasse blickt nicht nur auf eine Tradition grossartiger Kämpfe gegen die stalinistische Herrschaft zurück. Sie hat ihre Kampfkraft, die in den Kämpfen 1970/71 zum Vorschein gekommen war, bis heute beibehalten (siehe Rubrik 'Internationale Nachrichten'). Der stalinistischen Bürokratie ist es nicht gelungen, der Arbeiterklasse einen entscheidenden Schlag zu versetzen. In diesem Zusammenhang ist die Entwicklung einer politischen Opposition, die über die Verteidigung von 'Menschenrechten' hinausgeht, von grosser Bedeutung. Im Mittelpunkt der polnischen Opposition steht heute zweifellos das 'KSS/KOR' - das "Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung". Wir bringen im folgenden ein gekürztes Interview mit J. Litynski, der Mitglied dieses Komitees wie auch Redakteur der Zeitung 'Robotnik' des KSS/KOR ist.

- Das KSS/KOR hat kürzlich gemeinsam mit der Redaktion 'Robotnik' eine Erklärung über die Streiks veröffentlicht. Können sie ihre Position dazu zusammenfassen?

- Es handelt sich um eine allgemeine Stellungnahme zu den Streiks. Wenn wir uns auf die kürzlich stattgefundenen Streiks beziehen, beschreiben wir ihre Gründe: Probleme in der Versorgung, Änderung der Normen und - im Fall der schlesischen Minen - eine sehr lange Arbeitszeit. Das KSS/KOR unterstützt die Streiks die für die Arbeiter ein Mittel ihrer Forderungen sind und rät Streikkomitees und Organe vom Typus der Arbeiterkommissionen zu gründen.

- Sie sind Mitglied der Redaktion von 'Robotnik'. Welche spezifische Rolle spielt diese Zeitung in der 'Samisdat'-Presse? Welche Ziele wollen sie mit ihrer zweiwöchentlichen Zeitung erreichen?

- Der 'Robotnik' ist zweifellos die am weitesten verbreitete unter den Zeitungen der Opposition. Er hat die grösste Auflage und zirkuliert in mehreren Schichten, vor allem unter den Arbeitern. Die Grundidee von 'Robotnik' geht in die Richtung, dass diese Zeitung eine unabhängige Organisation, einen Keim einer Arbeiterorganisation schaffen kann. Die Arbeiter waren über 30 Jahre hindurch durch das System vollständig atomisiert. Die Bildung von Organisationen gehört zur Utopie - sie würden von der Polizei sofort auseinandergenommen werden. (...) Man kann (...) sagen, dass 'Robotnik' der Organisator oder der Vorläufer der Organisierung dieser Bewegung ist. Das Hauptziel, das wir uns setzen, ist die Entwicklung von Arbeiterorganisationen zur Selbstverteidigung durch die Zeitung. Ein anderes Ziel - genauso wichtig - ist es, den Standpunkt unserer Leser zu erweitern, indem wir allgemeine Probleme aufwerfen. (...) Das ist das zweite Ziel: das Bewusstsein zu entwickeln, das Verständnis der Welt durch die Menschen, die traditionelle Sicht dieser Welt zu zerschlagen. Schliesslich wollen wir, dass unsere Zeitung die Formen der selbständigen Organisierung der Arbeiter verbreitet, das heisst das, was man entweder als freie Gewerkschaften oder als Arbeiterkommissionen (eine Bezeichnung, die ich persönlich vorziehe) nach dem spanischen Beispiel bezeichnen kann.

- Wendet ihr euch deswegen an die Arbeiter, weil sie aufgrund ihrer Stärke eine Kraft darstellen, mit der man rechnen muss oder bezieht ihr euch auf die historische Rolle der Arbeiterklasse?

- Weder ich, noch soviel ich weiss, meine Genossen sind Marxisten; (...) Wenn wir uns an die Arbeiter wenden, dann deswegen, weil wir glauben, dass sie in der gegenwärtigen Gesellschaft Polens und den anderen Ländern des Ostens diejenigen sind, die von der Ausbeutung am meisten betroffen werden. Sie werden nur selten befragt, obwohl ihre Stimme, die Stimme des direkten Produzenten, in die Beurteilung miteinbezogen werden müsste, in der Gesellschaft entscheidend sein sollte. Ich bin nicht Marxist; aber ich teile das egalitäre Ideal; ich denke, dass, von dem Augenblick an, wo es Menschen gibt, die die schwerste Arbeit machen und am meisten ausgebeutet werden, ihre Meinung entscheidend sein soll.

- Ihr habt eine Broschürenreihe unter dem Titel "Bibliothek des Arbeiters" ("Arbeiterbibliothek") herausgegeben? Worum handelt es sich dabei?

- Das ist eine Idee, die mehr als ein Jahr auf ihre Verwirklichung gewartet hat, denn unsere Genossen hatten dazu nicht die notwendigen technischen Mittel. In diesen Broschüren wollen wir Probleme behandeln, die aus Platzgründen nicht im 'Robotnik' sein können. Wir wollen dadurch jene ansprechen, die in den Arbeiterschichten am meisten gewöhnt sind zu lesen. Die erste Broschüre enthält einen Artikel von Bronislav Sulik über die Situation in der Schiffswerft von Stettin nach dem Streik von 1970/71. Wir planen Veröffentlichungen eines Buches von Wladimirov, "Ihre Hoheit die Arbeiterklasse", einen Text von K. Pomian über die Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Parteifunktionären. Wir wollen auch Texte über Kollektivverträge veröffentlichen, die im Westen und in Polen unterzeichnet worden sind, um Vergleiche ziehen zu können.

- Kann man aktuell von einer Verstärkung der Unzufriedenheit und des Kampfwillens der Arbeiterklasse sprechen?

- Nein, ich denke nicht. Aber sicherlich gibt es in der Situation der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Krise eine allgemeine Unzufriedenheit, und die Menschen sind sich des Niedergangs der Macht bewusst. Es ist schwierig zu sagen, ob sich dies durch eine Zunahme der Streiks äussert, denn nach 1970 sind die Streiks ziemlich häufig geworden und man verfügt nicht über die Mittel um die aktuelle Situation mit den vorhergegangenen Jahren zu vergleichen. Man beobachtet dagegen einen Niedergang des Vertrauens in die Fähigkeit der Autoritäten die aktuelle Krise zu lösen, die heute sicherlich weitaus tiefer als vor drei Jahren geht.
(...)
Das ist eine sehr schwierige Situation, denn einerseits hat die politische und ökonomische Macht aufgehört zu existieren, andererseits ist die Polizei sehr stark, und es gibt noch immer die Gefahr einer sowjetischen Intervention.

Die Situation ist gefährlich, denn die Krise vertieft sich, und es gibt gegenwärtig keine einzige Alternative zur amtierenden Macht.

- Der KSS/KOR hat einen Aufruf an die Gesellschaft veröffentlicht, in dem er das erste Mal Position zur wirtschaftlichen und sozialen Krise, zur Ungleichheit usw. bezieht. Kann man von einer Entwicklung des KSS/KOR zu diesem Punkt sprechen?

- Man kann es so analysieren. Wir glauben, dass die Opposition in der aktuellen Situation nicht nur die Interessen der Gesellschaft verteidigen sondern auch Wege zeigen soll, die es ermöglichen aus der Krise zu kommen. Aber man kann auch von einer Etappe der Entwicklung der sozialen Bewegung, die man Opposition nennt, sprechen. Diese Bewegung braucht gegenwärtig ein Programm für heute (und nicht ein Programm für die Zukunft); der Aufruf ist in gewisser Weise dieses Programm. Es wendet sich an alle jene, (...), die sehen, dass das System für die aktuelle Krise verantwortlich ist.

- Aber wenn man die Verantwortlichen bezeichnet, muss man auch eine Alternative zeigen, während ihr ausser sehr

allgemeinen Formulierungen über die Notwendigkeit der Selbstorganisierung der Gesellschaft keine einzige Alternative vorschlagt...

- Ja. Das entspringt aber einer allgemeinen Überzeugung. Was den Osten betrifft, so haben wir Beziehungen zu einem imperialistischen Staat, der UdSSR. Es ist unmöglich das System zu ändern. Dagegen denken wir, dass die polnische Gesellschaft die Situation durch partielle Errungenschaften ändern kann, indem sie der totalitären (oder post-totalitären, wie es Havel sagt) Macht durch die Selbstorganisierung der Gesellschaft und durch die Verteidigung ihrer eigenen Interessen entreisst, was sie sich angeeignet hat. Das wird klar im Aufruf gesagt. Es scheint mir nicht möglich, eine grosse nationale Erhebung gegen diese Macht zu verwirklichen. Und selbst wenn eine solche Erhebung stattfinden sollte, würde sie nur viel Blut und Unglück über die Polen bringen. Das Ziel jener, die mit dem KSS/KOR verbunden sind, ist es, ein Maximum im Rahmen des aktuellen Systems zu ändern. Aber dieses System kann in einigen Jahren ein ganz und gar unterschiedliches System werden; der Unterschied z.B. zwischen Polen von 1974 und jenem von 1979 ist gewaltig: heute gibt es Bücherausgaben und Zeitungen der Opposition, Gruppen, die sich selbst organisieren usw. Man kann sich denken, dass der Unterschied zwischen 1979 und 1984 genauso wichtig sein wird, ohne revolutionäre Änderung des Systems....

- Der KSS/KOR ist von mehreren Ideenströmungen durchzogen. Diese Strömungen erscheinen nicht nach aussen...

- Nach aussen stellt der KSS/KOR ein einheitliches Bild dar, denn trotz Differenzen kommen wir im Laufe der Diskussionen zu einer gemeinsamen Position. Das ist sehr wichtig. Aber um sich Rechenschaft zu geben, dass verschiedene Strömungen inmitten des KSS/KOR existieren, genügt es die Monatszeitungen 'Glos' und 'Kritika' zu lesen. Diese Strömungen sind erst im Entstehen. Die Positionen sind noch nicht geklärt. Meiner Meinung nach (...) ist 'Glos' mehr auf die nationale Problematik orientiert, während 'Kritika' durch die sozialen Fragen interessanter ist. (...) Gewisse reelle Differenzen existieren, wie z.B. über die Einschätzung dessen, was man als "Revisionismus" bezeichnet hat, d.h. über die Menschen, die sich von der Kommunistischen Partei abgesetzt haben. 'Glos' hat gegenüber diesen eine sehr kritische Einschätzung, während 'Kritika' neutraler und analytischer ist. Aber über die wesentlichen Fragen, glaube ich, gibt es keine Differenzen. Und man kann nicht sagen, dass eine der Strömungen radikaler als die andere ist.

- Was bedeuten die Kontakte zwischen dem KSS/KOR und der Charta 77?

- Die Tatsache, dass es uns zweimal gelang, uns an der tschechoslowakisch-polnischen Grenze zu treffen, bildet eine neue Etappe in der Tätigkeit der Opposition - genauso in der Tschechoslowakei wie in Polen. Die polnische Opposition ist in einer fortgeschritteneren Etappe der Entwicklung als jene in der Tschechoslowakei. Deswegen scheint es mir, dass dies dazu beiträgt, die Tschechen zu stärken. Aber auch für uns ist das sehr wichtig, denn - wie es in unseren Diskussionen sehr klar zum Ausdruck gekommen ist - die Ziele, die wir verfolgen, sind sehr ähnlich jenen der Charta.

(aus 'rouge', vom 16. 2. 79)

Spanien nach den Wahlen

Der spanische privilegierte Kleinbürger hat am 1. März UCD gewählt. Das veranlasste die bürgerliche Presse, von Demokratie zu reden. Suarez' Demokratie war indes bislang unfähig und unwillig, die zentralen Probleme des Landes zu lösen: Arbeitslosigkeit, Armut und nationale Unterdrückung. Daran muss das ohnehin eher dürftige Wahlergebnis für die spanischen Reformisten gemessen werden. Untauglich, eine Alternative zur kapitalistischen Krisenpolitik darzustellen, verloren sie in erster Linie in den unterdrückten Provinzen: die PSOE im Baskenland rund 100.000 Stimmen, in Katalonien 40.000, die PSUC, die KP-Kataloniens, über 70.000, besonders in den Arbeiterregionen. In Andalusien bauten die Reformisten ebenfalls ab. Am 1. März bekamen sie die Rechnung für ihren Opportunismus gegenüber der UCD, für ihren Chauvinismus und die Präpotenz präsentiert, die sie den Minderheiten gegenüber an den Tag gelegt hatten. Für die Minderheiten werde es "echte Autonomie nicht vor dem Jahr 2000 geben." (F. Gonzalez, PSOE)

Was sich in den Zahlen noch ausdrückt, steht der Sattheit der UCD-Wahlresultate diametral entgegen. Auf der anderen Seite haben die LandarbeiterAndalusiens, die Minenarbeiter Asturiens, die Proletarier Vizcayas teilweise votiert, bzw. die Wahlen boykottiert. Denn die Stimmenthaltungen sind dort überdurchschnittlich: in Barcelona 37%, in Asturien 40%, Vizcaya, einer stark industrialisierten Region, über 42% (!) usw. Der anarchistische Einfluss - die CNT hatte zum Wahlboykott aufgerufen - ist in Katalonien nicht zu unterschätzen. Vergessen wir nicht, sie verfügt dort über 200.000 Mitglieder!

Ansonsten haben vorwiegend die extremen separatistischen Gruppierungen in den ausgebeuteten Massen an Einfluss gewonnen. Erneut hat es sich gezeigt, die nationale Frage ist zu einem zentralen Problem des spanischen Klassenkampfes geworden. Der Separatismus der ausgebeuteten Massen existiert jedoch nicht losgelöst von ihren sozialen Interessen.

Dies zeigte sich an der "Herri Batasuna" ("Einheit des Volkes"), die von der militärischen ETA unterstützt worden war und 170.000 Stimmen (!) und 3 Mandate erhielt. In Guipozcoa vereinigte sie 17% auf sich, in Vizcaya 14%, in der baskischen Provinz Alava 10% und in Navarra 8%. Ihre Erfolge gehen zu einem guten Teil auf Kosten der Madrider Reformisten. "Früher hatte die ETA knapp hundert Mann, heute kann sie sich auf fast eine Viertelmillion Wähler stützen." PSOE-Funktionär Enrique Mugica zählte hier noch die Liste "Euskadiko Eskerra" dazu, eine reformistische, nationalistische Organisation, die das Autonomiestatut für das Baskenland im Gegensatz zu "Herri Batasuna" akzeptiert und am 1. März 90.000 Stimmen erhalten hatte.

Eine ganze Menge zugewanderter asturischer Arbeiter wählte ebenfalls "Herri Batasuna". Für sie dürften die radikalnationalistischen Losungen zweifellos nicht die Wichtigkeit ihrer sozialen Forderungen besitzen. Hinter dem Separatismus, den "Herri Batasuna" predigt, steht unmittelbar der Klassenkampf.

Im Norden und Süden Spaniens gärt es. Die politische Polarisierung nimmt deutliche Formen an. Enttäuscht von den Parteien der Madrider Zentralmacht wenden sich Arbeiter- und jugendliche Schichten von den Reformisten ab zum radikalen Separatismus bzw. wählen überhaupt niemanden. Der bürgerliche Nationalismus in Katalonien und im Baskenland stagniert und verliert an die UCD, die 50.000 bzw. 40.000 Stimmen dazugewinnen konnte.

PARLAMENTARISCHER KRETINISMUS UND EINHEITSFETISCHISMUS

Die extreme Linke Spaniens hat der Schärfe der Situation und dem reformistischen Plunder von SP und KP im wesentlichen nur ihre eigene politische

Stumpfheit entgegenzusetzen. Die ORT, eine rechtsmaoistische Organisation, die sich vor den Wahlen als Terroristenjäger zu profilieren versuchte, ging mit Slogans wie "Wähle mit uns ORT" hausieren, denn die "Präsenz der ORT in den Cortes wird für die Aufrechterhaltung (!) und für die Vertiefung (?) der Demokratie nützlich sein." In 52 Wahlkreisen propagierte sie somit parlamentarischen Kretinismus, der in der aktuellen spanischen Situation doppelt unangebracht ist.

Aus der Ferne beurteilt, hätte unserer Meinung nach der politische Kampf der Revolutionäre in erster Linie gegen die Koalitionspolitik der Reformisten mit der Bourgeoisie gerichtet gehört. Sie sind es, die zur Zeit die Bedingungen für die Reaktion verbessern, indem sie gegen den linken 'Terrorismus' hetzen und sich um den Polizeiapparat sorgen. Sie verweigern den unterdrückten Minderheiten ihr Recht auf Selbstbestimmung. Sie stellen sich einer Zentralisierung der Arbeiterkämpfe in Spanien entgegen.

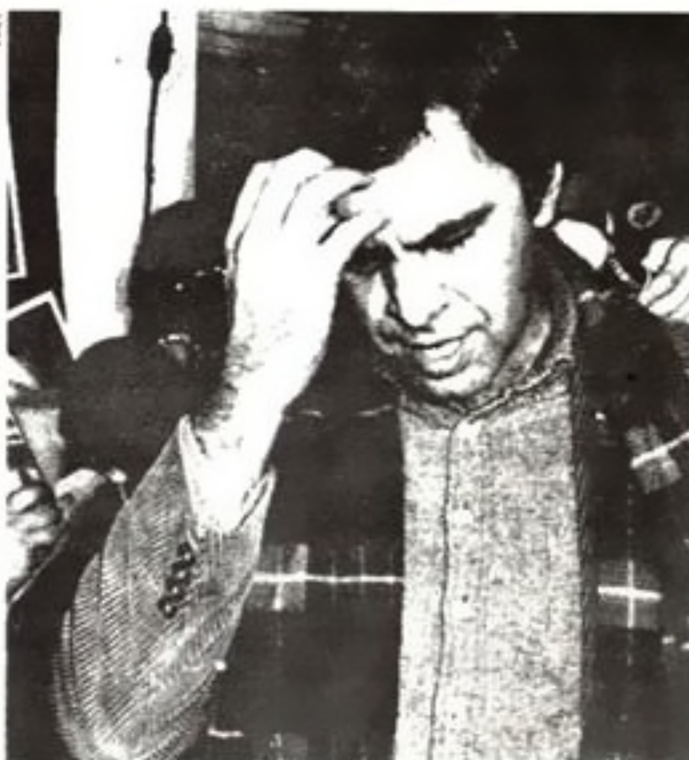
Die LCR (spanische Sektion des 'Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale') vermochte dieser Lage kaum Rechnung zu tragen: "Einheit, um die UCD zu besiegen und um mit der Reaktion Schluss zu machen!" (ihre Hauptausrichtung im spanischen Wahlkampf). Welche Einheit wird hier angesprochen? Es ist die der "Arbeiterlinken", die nach Meinung der LCR ins Parlament gehört - also die Einheit von SP und KP!

Auch Carillo schlug nach den Wahlen die "Einheit" vor - die "Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Kräften", also mit der PSOE, für die nächsten Parlamentswahlen. Die Suarez-Regierung, die nun von der CD Iribarnes "bedingungslos" unterstützt wird, sei "ohnmächtig" und "unfähig, dem Terrorismus (!) und der wirtschaftlichen Krise die Stirn zu bieten." Konkrete Forderungen der Reformisten gegen die kapitalistische Krise fehlen jedoch auch nach den Wahlen. Die PCE forderte einen "Plan des Kampfes (?) gegen die Arbeitslosigkeit", ein "Arbeitergesetz" (?), eine "Änderung des Wahlgesetzes" und last not least eine "Reform des Fernsehens".

Die Arbeitslosigkeit in Spanien verlangt unmittelbar eine Zusammenfassung der Arbeiterkämpfe um ein mutiges Aktionsprogramm - die Reformisten wälzen hingegen nebulose Pläne und ersinnen "Arbeitergesetze". Die unterdrückten Schichten Kataloniens, des Baskenlandes, Asturiens, Andalusiens usw. rebellieren gegen den Madrider Imperialismus, während SP und KP dies weiter negieren und ihre Kampagnen gegen den Terrorismus vom Stapel lassen. Was soll eine Einheit mit diesen politischen Inhalten? Die Reformisten stellten keine konkreten Forderungen auf, an denen die Revolutionäre hätten anknüpfen können, um den Kampf der Massen weiterzutreiben, und in deren Zusammenhang die Einheit der 'Arbeiterparteien' eine ungeheure mobilisierende Wirkung erhalten kann. Für die PCE ist die 'Einheit' heute lediglich ein Stein im parlamentarischen Spiel gegen die Sozialdemokratie, um deren Rechtskurs für sich auszunützen. Die PSOE antwortete erwartungsgemäss erst gar nicht auf den Vorschlag der 'Kommunisten'.

Der Einheitsfetischismus der LCR war völlig fehl am Platze, noch dazu, da die Rollen zwischen UCD, PSOE und PCE schon längst verteilt sind.





"RESULTATE DER LCR INSGESAMT SCHLECHT..."

Die LCR erhielt 45.000 Stimmen. 1977 waren es über 38.000, doch haben sich seitdem die Wahlberechtigungszahlen erhöht, das Wahlalter wurde herabgesetzt, der LCR kamen nun die Stimmen der früheren LC zugute, mit der sie fusioniert hatte. Die Zeitung der französischen Sektion des 'Vereinigten Sekretariats' 'rouge' schätzt auch ein, dass die "Resultate der LCR insgesamt schlecht" waren. Nicht ohne Berechtigung schreibt 'rouge' weiter, dass dies in der Hauptsache auf "Unzulänglichkeiten ihrer (der LCR in Spanien -'p.r.') politischen Intervention als unabhängige Organisation im Verhältnis zu ihrer kämpferischen Tätigkeit in den Organisationen, besonders in den Gewerkschaften, in denen zahlreiche Mitglieder verantwortungsvolle Funktionen einnehmen", zurückzuführen sei. Wir kennen die Gewerkschaftspolitik der LCR noch nicht genau, aber im Wahlkampf sind ihre Anleihen beim reformistischen Bewusstsein der Arbeiter deutlich genug zutage getreten. Bezeichnend für diese "Unzulänglichkeit" ist ihre politische Linie im antifaschistischen Kampf gewesen. "Wir sind für die Säuberung des Staatsapparates von Faschisten und Putschisten. Das ist die einzige Art, mit der Gewalt (?!) Schluss zu machen und die Demokratie (?) zu verteidigen."

Wer soll den Staatsapparat säubern? Das ist keine Kleinigkeit. Wir für unseren Teil bevorzugen eine klarere Sprache. Die "einzige Art", mit den Faschisten und Putschisten "Schluss zu machen", sind die Arbeitermilizen, die unabhängig vom bürgerlichen Staat jedoch nicht die 'Demokratie' von Suarez, sondern die demokratischen Errungenschaften der Arbeiterklasse verteidigen. In den Streiks stellt sich die Frage nur so, und die spanischen Revolutionäre dürfen gerade heute keine Zeit versäumen, mit der Propaganda für die Arbeitermiliz zu beginnen. Ist es dann von uns übertrieben, wenn wir bei diesen Zeilen der LCR über "Demokratie" und "Gewalt" ein wenig Anbiederung an die reformistische Politik von PCE und PSOE zu verspüren glauben?

Die Jugendorganisation der spanischen Sektion, die JCR, stellte heuer das erste Mal an der Seite der LCR ihre eigenen Kandidaten auf und erhielt in Madrid und Valencia 5mal mehr Stimmen (!) als die Hauptorganisation. Wie auch immer die Politik der JCR gelaufen ist, in ihrem Wahlerfolg drückt sich unmissverständlich der Elan der spanischen Jugend aus - was uns erneut die ungeheure Verantwortung der LCR für das revolutionäre Spanien vor Augen führt.

DIE NEUE REGIERUNG UND DIE KOMMUNALWAHLEN

Nichts könnte die aktuelle politische Situation in Spanien deutlicher aufzeigen als der Gegensatz zwischen der vor kurzem erfolgten Regierungsbildung und den Kommunalwahlergebnissen Anfang April. Die spanische Bourgeoisie bereitet sich offensichtlich auf ein hartes Ende dieses Jahrzehnts vor. Die Regierungstruppe dafür besitzt sie jetzt. General Ibanez-Freire wurde nach einem "dringenden Mitternachtstelefon" ('Neue Züricher Zeitung', 9. April 1979) Innenminister. Kurz seine 'Charakterzüge': Im Bürgerkrieg kämpfte er - selbstverständlich - auf der Seite der Faschisten und im Zweiten Weltkrieg in der deutschen Naziarmee gegen die Sowjetunion. Vor einiger Zeit stiess Freire mit seinem damaligen Vorgesetzten, dem Armeechef, zusammen. Freire bedauerte die "unglückliche Lage der spanischen Guardia-Civil (!)", die ungenügend ausgerüstet sei, um Demonstrationen und Unruhen zu bekämpfen. Daraufhin wurde er von seinem Kommando entlassen. Jetzt ist er Minister!

Vizeministerpräsident General Guiterrez Mellado gilt als Förderer Freires. Mellados eigene 'Spezialität':'Sicherheitsfragen' und 'Verteidigung'.

Die 'weiche' Variante für Suarez, mit der PSOE die Krise zu 'bekämpfen', hat eindeutig an Terrain verloren. Fernandez Ordontez, der ehemalige Finanzminister und Schöpfer der Steuerreform, die auch Francisten zur Kassa gebeten hatte (unter Franco mussten sie das nämlich nicht), kam nun nicht mehr zum Zuge. Er galt als Exponent der sozialdemokratischen Tendenz.

Suarez wird mit Unterstützung der rechten 'Demokratischen Allianz' Fraga Iribarnes regieren. Das bedeutet Härte gegenüber dem 'Terrorismus' und den Streiks.

Reaktionäre warten indes nicht auf Wahlergebnisse und Regierungsbildungen. Die Polizeieinsätze verschärften sich schon vor dem März. Bewaffnete Guardia-Civil Einheiten sperrten ganze Strassenviertel (zum Beispiel in Bilbao) ab und traten in voller Kriegsuniform dabei auf. Die linke Madrider Zeitschrift "La Calle" berichtete zuletzt von Folterungen an zwei jungen Basken. Ganz in der francistischen Tradition tauchen wieder 'Unkontrollierte' auf - Polizisten in Zivil, die kommen, morden und sich absetzen. Oder wie am 7. April es zumindest versuchen. "Sogenannte 'Unkontrollierte' sind am Samstag frühmorgens in eine von Nationalisten besuchte Bar in San Sebastian eingebrochen und haben die dort befindlichen Kunden mit Pistolen bedroht und geschlagen." (Neue Züricher Zeitung) Nach der Flucht, die teilweise misslang, wurden Identitätskarten und Dokumente von Polizisten gefunden.

Die jetzige Regierungsformation ist am besten geeignet, die spanischen Wirtschaftsstrukturen zu 'reinigen', eine restriktive Finanzpolitik durchzuführen und eine weiter ansteigende Arbeitslosigkeit zu gewährleisten. Das heisst aber für Suarez vor allem, auf gewaltige Klassenauseinandersetzungen gefasst zu sein.

Konfrontiert wird er dabei in erster Linie mit den nationalen Minderheiten und der Arbeiterklasse. In diesem Zusammenhang brachten die Regionalwahlen gegenüber den Parlamentswahlen keine grossen Überraschungen. Hohe Boykottziffern in den Provinzen Baskenland, Katalonien, Asturien usw.; die UCD von Premier Suarez gewann vor allem in ländlichen Gebieten; PSOE und PCE lagen in den Industriezentren vorne: Madrid, Barcelona, Valencia, Saragossa usw. 'Herri Batasuna' (Volkseinheit) und 'Euskadi Eskerra' (Baskische Linke) wurden mancherorts zweitstärkste Gruppierung nach der PNV. Ihren Einfluss unter den radikalisierten Arbeitern und Studenten demonstrierten sie erneut eindrucksvoll am 7. April im Baskenland. Gegen die "Repression der Zentralregierung in Madrid" und die Massnahmen der französischen Regierung gegen die Exilbasken in Südfrankreich (im Rahmen eines spanisch-französischen Abkommens werden sie an Spanien ausgeliefert) gingen über 100 000 auf die Strasse. Die Dynamik war derart gewaltig, dass alle Parteien ausser der UCD zur Demonstration aufgerufen hatten. Dominiert wurde sie jedoch von den radikalen Nationalisten. PSOE und PCE, mit nur sehr wenigen Teilnehmern vertreten, schieden bald nach Beginn wieder aus, weil sie nicht mit den Pro-ETA-Parolen übereinstimmten. Durch ihre 'Anti-Terror'-Kampagnen sind sie heute im Baskenland relativ isoliert.

Auffälligstes Merkmal bei den Kommunalwahlen waren die pragmatischen Absprachen von SP und KP. Knapp vor den Wahlen stellte Gonzales (PSOE) fest: "Nun, wenn in den Gemeindewahlen irgendwo ein kommunistischer Kandidat besser placiert ist als einer der Rechten oder als unser Kandidat, dann würden wir wohl den Kommunisten unterstützen, damit er Bürgermeister wird." ('Spiegel', Nr. 14/1979) Die PCE hatte schon nach den Parlamentswahlen eine Kooperation angeboten. Heute sind sie sich über die gemeinsamen Bürgermeisterkandidaten einig. Ihr Abkommen von letzter Woche sichert ihnen in 15 grossen Städten sozialdemokratische und in Cordoba einen 'kommunistischen' Bürgermeister.

Diese Art der Zusammenarbeit war, nachdem sie gemeinsame Listen abgelehnt hatte, nun auch für die PSOE notwendig geworden. Mit der Hilfe Carillos vermag sie mehr Kommunalposten zu besetzen als auf sich alleine gestellt. Die PCE wünschte sich ebenfalls kommunal zu stärken und erwartet sich, trotz ihres chronischen Rechtskurses, auf Kosten der PSOE zu wachsen, wie es sich bei den Parlamentswahlen angedeutet hatte. Die PCE will als Kämpfer für die 'Einheit' der Arbeiterklasse gelten und vorwiegend in die proletarische PSOE-Anhängerschaft Einbrüche erzielen.

Beide, PSOE und PCE, sind sich einig, "dass hier keine Volksfront möglich ist." (Gonzales) Der alten stalinistischen Etappentheorie, dass der sozialistischen Revolution eine "demokratische Etappe" vorangehen habe, fügen sie jetzt schon seit Jahren eine weitere Etappe hinzu: Volksfronten seien zu gefährlich, eine 'oppositionelle' Etappe vor der Volksfrontetappe wäre notwendig. Vor der Regierungsübernahme müsste erst einmal auf kommunaler Ebene 'gekämpft' und 'erobert' werden.

In Spanien ist solches doppelt erschütternd. Auf die Gemeindewahlen vom Juni 1931, mit dem überwältigenden Erfolg der Linken, folgten im April 1933 die Wahlerfolge der Rechten. Mit der Volksfrontregierung im Februar 1936 kam ihr Verrat im Bürgerkrieg und 1939 der endgültige Sieg des Faschismus.

Spanien hat heute allerdings kaum mehr 8 Jahre Zeit. Die Bourgeoisie wird alles versuchen, die riesigen Probleme des Landes auf den Rücken der Arbeiter und Bauern zu lösen. Ihr alter Unterdrükkungsapparat ist voll intakt geblieben, die Kaderfaschisten hält sie wohlweislich in Reserve. Da bedarf es einer anderen Politik als derjenigen, auf die Gonzales in seinem 'Spiegel'-Gespräch so stolz war: "...uns schien der Übergang zur Demokratie eine sehr heikle Angelegenheit, bei der man nicht das Kriegsbeil des Franquismus und Anti-Franquismus ausgraben sollte."

11.4.1979



Trotzkis Schriften zum imperialistischen Krieg

Gegen Ende des vergangenen Jahres konnten wir endlich ein 'großes Projekt' abschließen und im Verlag unserer deutschen Schwesterorganisation die Trotzki-Schriften zum imperialistischen Krieg herausgeben. In diesem ca. 18o Seiten starken Buch sind Thesen und Artikel enthalten, die zum Teil seit Jahrzehnten nicht mehr in deutscher Sprache verfügbar waren. So die 1914 erschienene Schrift 'Der Krieg und die Internationale', die Thesen zum imperialistischen Krieg (1934) und das 'Manifest der IV. Internationale zum imperialistischen Krieg und zur proletarischen Weltrevolution', das 194o verfaßt wurde.

'Der Krieg und die Internationale' und die Thesen aus dem Jahre 1934 entsprechen den Originaltexten, alle anderen Texte wurden von uns aus dem Englischen übersetzt.

Das Buch gibt einen wertvollen Überblick über eine Periode der Formierung der IV. Internationale, in der die Stellung zum imperialistischen Krieg eine der zentralen Fragen für die Trennung zwischen den Revolutionären und dem Zentrismus war.

Preis: S 4o,-. Bestellungen: IKL, Postfach 1454, 1o1o Wien

EINSCHÄTZUNG DES KRIEGES AN SICH

Um eine korrekte Position zu Fragen des imperialistischen Krieges erarbeiten zu können, bedarf es einer Analyse der verschiedenen Momente, die dem militärischen Konflikt vorangegangen sind.
- Seine historische Rolle: Ist der Krieg seinem Wesen nach dazu geeignet, die Produktivkräfte weiter zu entwickeln, die Konzentrierung der proletarischen Kräfte voranzutreiben, oder hemmt er sie?
- Fragen weltpolitischer Voraussetzungen: Ist hier und jetzt der günstigste Augenblick, in den Krieg einzusteigen?
- Umstände diplomatischen Charakters
- Strategische und taktische Momente

Die wichtigste Frage also: Welche Klasse führt den Krieg um welche historischen Ziele?

Der revolutionäre Krieg ist ebenso wie der Aufstand ein Mittel der proletarischen Politik. Eine marxistische Organisation darf sich bei ihrer Kriegseinschätzung nicht nach Rechtsformen des Angriffs oder der Verteidigung, nicht nach bourgeoiser Moral, nach Fragen der Kriegsschuld richten. (Jeder der beteiligten Staaten schiebt die Schuld den anderen zu, behauptet, in der Verteidigung zu sein.) - Jeder Krieg, der den unterdrückten Klassen dient und die Grundlagen für die Entwicklung der Produktivkräfte zu schaffen vermag, ist gerecht. Jener, der die alte soziale Ordnung erhält, der der Versklavung der Arbeiterklasse bzw. unterdrückter Nationen dient, ist reaktionär.

1914 - der alte nationale Staat hatte sich überlebt, war längst zu einem Hindernis für die Entwicklung der Produktivkräfte geworden. Es galt, ihn als selbständige Wirtschaftsform zu zertrümmern. Obwohl in rückständigen Ländern Fragen der Demokratie und der nationalen Gemeinschaft auf der Tagesordnung standen, ging es im ersten Weltkrieg (WK) grundsätzlich um die imperialistischen Interessen der Grossmächte.

Die Hauptmacht des Hohenzollerischen Deutschland richtete sich nicht gegen den Zaren, sondern gegen das republikanische Frankreich. Der Zarismus ist den Hohenzollern unentbehrlich, da er Russland ökonomisch, kulturell und militärisch schwächt, da er Russlands Entwicklung zum kapitalistischen Nebenbuhler bremst, und - gäbe es keinen Zarismus, "so stünde der deutsche Absolutismus vor Europa als letzter Stützpunkt feudaler Barbarei."

Deutschland eröffnet seinen 'Verteidigungskrieg' mit dem Einmarsch in das neutrale Belgien und mit der Niederwerfung Frankreichs. Es kommt einem mutmasslichen Angriff um zwei Jahre zuvor, führt also einen 'Präventiv-Verteidigungskrieg'.

Ein wahrhaft demokratisches Deutschland würde diesen Krieg revolutionär führen, d.h. die von Russland unterdrückten Nationen zum Widerstand aufrufen und für deren Befreiung kämpfen.

Könnte nicht die Niederlage des Zarismus, durch Deutschland herbeigeführt, der Revolution Vorschub leisten? "Der Krieg kann - katastrophale Niederlage Russlands vorausgesetzt - ein schnelleres Hervortreten der Revolution bringen, aber um den Preis ihrer inneren Schwächung. Und wenn sogar die Revolution unter solchen Bedingungen die Oberhand gewinnt, so werden die Hohenzollern'schen Armeen ihre Bajonette gegen diese wenden."

Die einzige Gebietserweiterung, die die deutschen Arbeiter befürworten könnten, wäre jene um Deutsch-Österreich, eine Ergänzung der nationalen Einheitlichkeit. Jede andere Erweiterung (etwa auf Kosten Belgiens, Frankreichs, Russlands, neue Kolonien) wäre eine Umwandlung von Nationalstaat in Nationalitätenstaat und somit ein Hemmschuh für den Klassenkampf.

Auch die übrigen Beteiligten am 1. WK beanspruchten für ihre Kriegsführung die Bezeichnung 'Verteidigungskrieg'.

Frankreich (alliiert mit Grossbritannien und Russland) konnte aus Selbstverteidigung die Niederwerfung Russlands nicht zulassen.

Grossbritannien sah in der Stärkung Deutschlands eine Gefahr für die britischen Inseln.

Russland (in dessen 'Sphäre' Serbien gehörte) suchte einen Ausgleich mit der Donaumonarchie.

Österreich-Ungarn (für Deutschland unter Wilhelm II unentbehrlich) war durch die

mechanische Niederhaltung der zentrifugalen nationalen Tendenzen in ständiger Kriegsbereitschaft. Österreichs unverschämtes Ultimatum an Serbien stand unter Wilhelms'geistiger Patronanz (von ihm nicht nur gutgeheissen, sondern sogar inspiriert).

Der Versailler Vertrag legte die neuen Landesgrenzen quer durch die Nationen. Ein neuer Krieg kann sie nicht im Sinne der nationalen Einheit, sondern nur im Sinne der Kriegspläne ändern. "Völlige nationale Selbstbestimmung und friedliche Zusammenarbeit aller Völker Europas ist nur zu lösen auf Grund des wirtschaftlichen Zusammenschlusses eines von bürgerlichen Staaten gesäuberten Europa."

Ohne proletarische Revolution ist ein zweiter WK unabwendbar. Die Agrarländer sind ruiniert, die Landwirtschaft in schlechtester Verfassung. In den Industrieländern ist die Mittelklasse zerstört und eine permanente Unterklasse (Heer von Arbeitslosen) entstanden. Der Weltmarkt ist in Gebiete aufgespalten, die von mächtigen Einzelstaaten beherrscht werden.

Der 2. WK ist kein Krieg zwischen Demokratie und Faschismus, sondern ein, aus imperialistischen Widersprüchen erwachsener Konflikt. Seine Gründe liegen in der Rivalität der alten Kolonialreiche Grossbritannien und Frankreich und den "spätgekommenen imperialistischen Plünderern Deutschland und Italien." Die USA werden sich einschalten, um ihre Weltherrschaft aufrecht zu erhalten. "Die Auseinandersetzung innerhalb der herrschenden Klasse betrifft nur die Frage, wann man in den Krieg eintreten und gegen wen man zuerst das Feuer eröffnen soll. Sich darauf zu verlassen, die Vereinigten Staaten durch Zeitungsartikel und pazifistische Resolutionen in Neutralität zu halten, ist wie der Versuch, die Flut mit dem Besen zurückzuhalten".

DIE II. UND III. INTERNATIONALE: PROSTITUIERTE DES IMPERIALISMUS

Nicht revolutionäre Sprüche und Beteuerungen entlarven den wahren Charakter einer Arbeiterpartei, sondern ihre Stellung zur Frage des Krieges.

Am Vorabend des 1. WK hätten die Sozialdemokraten ihre Schuldigkeit vorerst erfüllt, hätten sie ein Urteil über den Krieg ausgesprochen und ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten verweigert. Weitere Aktionen wären dem objektiven Gang der Ereignisse entsprungen.

Während sich Bebel und Liebknecht 1870 bei den ersten Geldforderungen für den Krieg der Abstimmung enthalten hatten, wurde 1914 diese Politik direkt verworfen. Einzig russische, zwei serbische Sozialdemokraten und Karl Liebknecht in Deutschland blieben ihrer Verpflichtung treu. "In der Skuptschina, in einer Atmosphäre unbeschreiblicher nationaler Begeisterung, stimmte man über die Kriegskredite ab. Die Abstimmung geschah durch Namensaufruf. Auf zweihundert 'Ja' klang durch Grabesruhe ein einziges 'Nein' des Sozialisten Liaptschewitsch. Alle empfanden die moralische Kraft dieses Protestes, der als eine unvergessliche Erinnerung in unserem Gedächtnis verblieb".

Die sozialdemokratische deutsche Presse versuchte, den ersten WK als Verteidigungskrieg darzustellen. Aber der Begriff 'Verteidigung' ist weit und dehnbar. Während die deutschen Heere im Namen dieser 'Verteidigung' in das neutrale Belgien einfielen, schwiegen die Sozialdemokraten betreten. Von 91 sozialdemokratischen Zeitungen erhob nicht eine Protest. Man sollte fragen: "Welcher Teil von den durch die sozialdemokratische Fraktion bewilligten 5 Milliarden war eigentlich für die Zerstörung Belgiens bestimmt?" - Während man am Vorabend der historischen Reichstagssitzung ganz genau erkannte: "Den Zarismus zu stürzen ist jetzt die Aufgabe des russischen Volkes im allgemeinen und des russischen Proletariats im besonderen geworden..." ermahnte der "Vorwärts" die deutschen Arbeiter ein paar Tage später, dass der Krieg um die Befreiung der Völker Russlands geführt wird und es primär um die Unabhängigkeit der deutschen Nation geht... "durchhalten, bis der Sieg unser ist."

Im Gegensatz zur historischen Mission des Proletariats, sich selbst zu befreien, geht die deutsche und österreichische Sektion der II. Internationale von der Notwendigkeit der Erhaltung und Festigung der Donaumonarchie (im Interesse der deutschen Nation) aus. "Ob die Diplomatie richtig gehandelt, ob es so kommen musste, das mögen spätere Zeiten entscheiden. Jetzt steht das deutsche Volk auf dem Spiel und da gibt es kein Schwanken und kein Zagen! Das deutsche Volk ist einig in dem eisernen, unbeugsamen Entschluss, sich nicht unterjochen zu lassen und nicht Tod und Teufel wird es gelingen, usw.' ('Wiener Arbeiterzeitung' vom 5. August) - Wir schonen den politischen und literarischen Geschmack des Lesers, indem wir dieses Zitat nicht fortsetzen." Hier wird alles und jedes mit der Notwendigkeit bemäntelt, den Zarismus zu vernichten. - "Welcher beispiellose Fall für eine Partei, die 50 Jahre hindurch die Arbeiterklasse lehrte, in der deutschen Regierung den Feind aller Freiheit und Demokratie zu sehen."

Die Kriegsmobilisierung war das Zeichen für den Sturz der II. Internationale. Ihr Hauptverbrechen bestand in der Neutralisierung des Klassenbewusstseins. Mit Hilfe der Ideen des Patriotismus nährte sie die Sklavengewohnheiten der Unterdrückten. Sie trägt die Hauptschuld daran, dass das Proletariat beim Ausgang des 1. WK die Bourgeoisie nicht gestürzt hat. Die Politik des Sozialpatriotismus hat die Massen in weiterer Folge wehrlos gegen den Faschismus gemacht.

Im revolutionären Kampf um den Einfluss auf das Kleinbürgertum ersetzte die III. Internationale den Kontakt mit den Massen durch faule Blocks mit deren pazifistischen Führern und stattete diese, anstatt sie zu diskreditieren, mit der Autorität der Oktoberrevolution aus. Die gefährlichste Form dieser Bündnisse waren die 'Volksfronten' - von zweiter und dritter Internationale gebildet. Sie beraubten das Proletariat seiner Klassenunabhängigkeit und unterwarfen es Teilen der imperialistischen Bourgeoisie.

Stalins Theorie vom 'Sozialismus in einem Lande' verwischte schliesslich die reaktionäre Rolle des Nationalstaates, idealisierte ihn und führte damit die Losung des 'Internationalismus' ad Absurdum.

Während die II. Internationale keine Sektionen in den Kolonien hatte, da sie selbst unmittelbares Interesse an den Sklavenprofiten vertrat, bestand die Politik der III. Internationale zur Kolonialfrage darin, London und Paris höflich zu ersuchen, liberale Reformen in den Kolonien zu gewähren.

Die II. und III. Internationale hatten in der vergangenen Periode jede Revolution, die die Möglichkeit zum Sieg in sich trug, unter Mitwirkung der Anarchisten erstickt. Sie halfen der Bourgeoisie, den 2. WK zu entfesseln: "Soll er ihr politisches Grab werden!"

KAMPF UM 'DEMOKRATIE' UND 'FRIEDEN'

Wenn Marxisten bereit sind, gegen die, die Demokratie bedrängenden Faschisten zu kämpfen, sollen sie dann nicht im Kriegsfall die demokratischen Regierungen gegen die Faschisten unterstützen?

Nein! Die Losung "für Demokratie, gegen Faschismus!" ist Lüge.

Der Krieg zwischen Grossmächten ist niemals Krieg zwischen Demokratie und Faschismus, sondern der Konflikt zweier oder mehrerer Imperialisten um die Neuaufteilung der Welt. In beiden Lagern stehen 'demokratische' wie faschistische Staaten. Jede bürgerliche 'Demokratie' ist reaktionär, die Bourgeoisie wird bedenkenlos bei auftretender Notwendigkeit ihre 'demokratische' Regierungsform durch eine bonapartistische oder faschistische abzulösen wissen. Jede Bourgeoisie - 'demokratisch' oder nicht - "folgt unabänderlich und unerschütterlich der Regel: der Hauptfeind steht im eigenen Lande." Und darum wird die revolutionäre Vorhut die Einheitsfront mit den übrigen Arbeiterorganisationen suchen - gegen die eigene 'demokratische' Regierung. Niemals aber verbündet sie sich mit der 'demokratischen' Regierung gegen das Feindesland.

Der "Faschismus ist ein chemisch reines Destillat der Kultur des Imperialismus." Der 'Kampf um Lebensraum' ist nur eine Tarnkappe für imperialistische Expansion, der Politik der Annektierung und Plünderung. Da die faschistischen Banden bewaffnet sind, gilt es, unermüdlich die Arbeiter zum Selbstschutz aufzurufen. "Vom bürgerlichen Staat die Entwaffnung der faschistischen Banden fordern, wie es die Stalinisten tun, heisst in die Fussstapfen der deutschen Sozialdemokratie und des Austromarxismus zu treten." "Schaffen sich die Faschisten Waffen an, müssen die Arbeiter die gleichen Waffen haben." Woher die Waffen nehmen?

- Durch die Entwaffnung der Faschisten ("Die Entwaffnung der Faschisten ist eine schändliche Losung, wenn sie an die bürgerliche Polizei gerichtet wird. Die Entwaffnung der Faschisten ist eine ausgezeichnete Losung, sobald sie sich an die revolutionären Arbeiter wendet." (Hervorhebung wie im Original)

- es sind die Arbeiter selber, die die Waffen herstellen
- durch den Kampf um das Heer.

Das Heer ist der wichtigste Bestandteil im Kampf um die Macht. Als ein Konglomerat ungleicher Elemente wird es niemals aus eigenem Antrieb die Arbeiterorganisationen vor dem Faschismus schützen. Die Vorhut kann jedoch revolutionäre Zellen im Heer schaffen.

Die Sektionen der II. Internationale existieren völlig unabhängig voneinander, Der offene interne Kampf verläuft entlang der nationalen Grenzen, entsprechend den Interessen der bourgeoisen 'Vaterländer.' Während die starken sozialdemokratischer Parteien an einer Erhaltung des Status quo (innerhalb der eigenen Länder auch international) interessiert sind,. streben die schwachen Sektionen der II. Internationale einer Änderung des Status quo zu. Deswegen sind sie aber noch nicht revolutionär. Diese Opfer des Faschismus sind nun "Für Demokratie!" Es fragt sich nur: der Sieg wessen 'demokratischer' Bourgeoisie bringt für die schwachen sozialdemokratischen Parteien die meisten Vorteile?

"Kämpfer 'für Demokratie in unserer Epoche' können so wenig als 'Revolutionäre' angesehen werden, wie man einen bankrotten Krämer für einen Proletarier halten kann."

Die unterdrückten Völker müssen alle jene, die den Faschismus als einzigen Feind bezeichnen, zurückweisen. Am Beispiel Indien ist der eigentliche Feind die britische Bourgeoisie. Eine Vernichtung dieser würde auch faschistischen Diktaturen einen Schlag versetzen. Eine imperialistische Demokratie ist "eine Demokratie von Sklavenhaltern, genährt vom Herzblut der Kolonien." Die britische Labour Party ist - ebenso wie die Torries - direkt an der Ausbeutung der Kolonien interessiert. Und die Stalinisten "verlangen von den imperialistischen Regierungen der sogenannten bürgerlichen-demokratischen Staaten die sofortige drastische Verbesserung des Lebensstandards der werktätigen Massen in den Kolonien und die Gewährung von breiten demokratischen Rechten und Freiheiten für die Kolonien." (Prawda, 12.3.1939) Kann sich eine Arbeiterorganisation mehr diskreditieren?

Keinerlei Hilfe für die Sklavenbesitzer!

"Vollständige Unabhängigkeit von der imperialistischen Demokratie, von der II. und III. Internationale, von der nationalen indischen Bourgeoisie!"

"Die Losung 'Friede' ist falsch. Die Losung muss sein, den nationalen Krieg in einen Bürgerkrieg verwandeln." (Lenin) Kommt die Friedenslosung jedoch aus Arbeitervierteln und Schützengräben, wird sie verbunden mit der Losung nach Verbrüderung der Soldaten aller feindlichen Heere untereinander, nach Vereinigung der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker, so hat sie revolutionären Charakter und nichts mit dem Pazifismus gemein.

"Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben." (Kommunistisches Manifest) Ihr einziges wahres Ziel ist die Schaffung eines Vaterlandes der Werktätigen, das die ganze Welt umfasst.

An die Stelle der nationalen Kriege waren die imperialistischen getreten. Der Kapitalismus - nunmehr in seinem letzten Stadium - ist am Verfaulen. Die Produktivkräfte können sich, gefesselt an die Grenzen der Nationalstaaten, nicht mehr weiterentwickeln. Unterdrückende Imperialismen bestehen nur mehr solange als es unterdrückte Nationen, koloniale und halbkoloniale Länder gibt. Könnte man im Kapitalismus die Staatsgrenzen plötzlich wegfegen, so könnten sich die Produktivkräfte noch für eine begrenzte Periode weiterentwickeln. Die Verteidigung der Nationalstaaten ist reaktionär. "Aufgabe des Proletariats ist nicht die Verteidigung des Nationalstaates, sondern dessen völlige und endgültige Beseitigung." Und es wäre purer Unsinn, die geschichtliche Funktion des Nationalstaates mit 'Kriegsschuld' zu vermengen. Bebel: "Die Sozialdemokratie wird gegen jede Regierung sein, die die Initiative zum Krieg ergreifen wird." Das heisst, die Sozialdemokratie eines jeden Landes sucht den Schuldigen - auf der anderen Seite der Grenze.

Während noch vor dem I. WK die französischen Sozialdemokraten von ihrer deutschen Bruderpartei eine Garantie für die Unantastbarkeit haben wollten, lehnte die deutsche Sektion ab. "Der Gegensatz zwischen deutschen und französischen Sozialisten liegt nicht in dem Kriterium, nicht in der grundsätzlichen Auffassung, sondern in der verschiedenen Auffassung der Situation, die sich selbst wieder aus der <u>Verschiedenheit der geografischen Lage</u> (!) der Beurteilenden ergibt. Dieser Gegensatz wird sich also kaum überwinden lassen, solange der Krieg tobt: Jedoch ist er <u>kein prinzipieller Gegensatz</u>, sondern einer besonderen Situation entsprungen und braucht daher diese nicht zu überdauern." (Kautsky, Hervorhebungen von Trotzki)

Und somit hatte am 4. August die Sozialdemokratie mit den Worten "...wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich" jeglichen Rest revolutionären Charakters verloren.

Ebenso stellten sich wortradikale linke Zentristen, Anarchisten und 'linke' Pazifisten in der Frage des Krieges hinter die eigene Bourgeoisie, derenInteresse an nationaler Verteidigung gleichbedeutend ist mit Verteidigung der Märkte, Auslandskonzessionen, Rohstoffquellen und Einflussphären.

In kolonialen und halbkolonialen Ländern ist der Kampf für einen unabhängigen Nationalstaat (Vaterlandsverteidigung) anders als in imperialistischen Ländern: "Der Kampf der unterdrückten Völker für nationale Vereinigung und Unabhängigkeit ist doppelt fortschrittlich, denn einerseits bereitet er günstigere Bedingungen für ihre eigenen Entwicklung vor, während er andererseits dem Imperialismus Schläge erteilt. Das ist im besonderen der Grund, warum die Sozialisten, im Kampf zwischen einer zivilisierten imperialistischen demokratischen Republik und einer rückständigen barbarischen Monarchie eines kolonialen Landes trotz seiner Monarchie zur Gänze auf der Seite des unterdrückten Landes und gegen das Unterdrückerland stehen, ungeachtet seiner 'Demokratie'." Dieser Kampf um nationale Unabhängigkeit ist jedoch nur ein Übergangsstadium auf dem Weg zur sozialistischen Revolution.

Ebenso anderen Charakter hat die Losung der Vaterlandsverteidigung für die Arbeiter der Sowjetunion. Die tiefe bürokratische Entartung hat nichts an dem Charakter der SU als Arbeiterstaat verändert. "Jede Art demokratischer, idealistischer, anarchistischer Theorie, die den in der Tendenz sozialistischen Charakter der sowjetrussischen Eigentumsverhältnisse verneint und den Klassengegensatz zwischen UdSSR und den bürgerlichen Staaten leugnet oder vertuscht, muss unvermeidlich, besonders im Kriegsfalle, zu konterrevolutionären politischen Schlussfolgerungen führen." Eine Niederlage der SU würde nicht nur eine Niederlage der Bürokratie, sondern auch eine Beseitigung der neuen Wirtschaftsform durch die Umwandlung Russlands in eine Kolonie bedeuten (eine Atempause für den niedergehenden Kapitalismus durch die Erschliessung neuer Rohstoffquellen). Somit bedeutet die Verteidigung der SU, Verteidigung der Planwirtschaft gegen die Restauration kapitalistischer Verhältnisse und ist Pflicht eines jeden Sowjetarbeiters. Das internationale Proletariat wird die SU auch dann verteidigen, wenn sie sich mit einem Imperialisten gegen einen anderen Imperialisten verbündet, ohne selbst Verbündeter dieses Imperialisten zu werden. Das Proletariat verteidigt in der Sowjetunion nicht deren nationale Grenzen, sondern die Planwirtschaft.

REVOLUTIONÄRER DEFÄTISMUS

"Der Hauptfeind eines jeden Volkes steht im eigenen Lande." (Liebknecht)

Trotzki hatte zu Beginn des I. WK die Losung vertreten "Weder Sieg noch Niederlage."

"Der Wunsch nach einer Niederlage Russlands", schreibt Trotzki, ist "ein durch nichts hervorgerufenes und durch nichts gerechtfertigtes Zugeständnis an die politische Methodologie des Sozialpatriotismus, der an Stelle des revolutionären Kampfes gegen den Krieg und die ihn erzeugenden Verhältnisse eine unter den gegebenen Verhältnissen höchst willkürliche Orientierung in der Richtung des kleinsten Übels setzt." (Nr. 105 von 'Nasche Slowo'-Lenin, Gegen den Strom) Diese Position Trotzkis kritisiert Lenin richtig. "Die Revolution während des Krieges ist Bürgerkrieg, und die Überleitung des Krieges der Regierung in den Bürgerkrieg wird einerseits durch die militärischen Misserfolge ('die Niederlage') der Regierung erleichtert - andererseits ist es unmöglich, in der Tat eine solche Überleitung anzustreben, ohne damit die Niederlage zu fördern." (Lenin, Gegen den Strom)

Defaitistische Politik ist auch in jenen Staaten anwendbar, die sich im Krieg mit faschistischen Staaten befinden (Italien und Deutschland können ohne weiteres in verschiedenen Lagern stehen).

Lenin: "In jedem Land darf der Kampf gegen die eigene Regierung, welche einen imperialistischen Krieg führt, nicht vor

der revolutionären Agitation für die Niederlage dieses Landes zurückschrecken." Dies darf jedoch nicht bedeuten, mit anderen Imperialismen zu kollaborieren. Der fortschrittliche Charakter des Defaitismus der deutschen Sozialdemokratie in der Emigration gegen das Hitler-Deutschland ist gleich Null. Er ist nicht mit dem Kampf für die Revolution verbunden, sondern hofft auf die Unterstützung eines anderen imperialistischen Landes.

Das internationale Proletariat muss einen parallelen Kampf gegen seine eigenen Imperialisten führen. Erst wenn das Proletariat aller Länder die Bourgeoisie aller Lander entwaffnet hat, "kann es alle Waffen auf einen Schrotthaufen befördern, ohne seine weltgeschichtliche Mission zu verraten." (Lenin)

"KAMPF GEGEN DEN KRIEG BEDEUTET KAMPF UM DIE IV. INTERNATIONALE!"

"SO WIE DIE EINZIGE WAHRE REVOLUTIONÄRE KRAFT UNSERER ÄRA DAS INTERNATIONALE PROLETARIAT IST, SO IST DAS EINZIGE WAHRE PROGRAMM ZUR BESEITIGUNG ALLER GESELLSCHAFTLICHER UND NATIONALER UNTERDRÜCKUNG DAS PROGRAMM DER PERMANENTEN REVOLUTION." ●

Der Nahe Osten vor der Befriedung?

Es war ein Fest, ein wahres Fest! Nach Monaten des Stillstands, nach gegenseitigen Protesten, Briefen, die von Sadat und Begin an Carter gesendet wurden, nach von allen Seiten vorgetragenen Drohungen und Anzeichen von Enttäuschung und Resignation, brachte Carters Reise in den Nahen Osten - den Spuren Kissingers folgend - schließlich doch Ergebnisse und in und vor einem Zirkuszelt (!) wurde der 'Frieden' in Washington gefeiert. Luftballons stiegen auf, Nichtigkeiten wurden ausgetauscht...

Hinter all dem tatsächlich oft an die Vorgänge innerhalb eines Zirkuszeltes erinnernden Spektakel sind es zwei Fragen, die von Interesse sind. Zum ersten warum der US-Imperialismus gerade jetzt mit einer derartigen Vehemenz auf das Zustandekommen des israelisch-ägyptischen Vertrages drängte und zum zweiten, welche gesellschaftlichen Entwicklungen die Grundlage für diesen Vertrag abgeben, bzw. wie die laute und oft drohende Ablehnung der anderen arabischen Regimes zu werten ist.

DER STURZ DES SCHAH-REGIMES...

...war ohne Zweifel ein schwerer Schlag für den US-Imperialismus, war das reaktionäre Schah-Regime, mit seiner modernst ausgerüsteten Armee (zumindest an Truppenzahl und Ausrüstung stärker als etwa die englische), doch ein gewichtiger Faktor für die 'Stabilität' in dieser Region gewesen. Obwohl das jetzige Khomeini/Bazargan-Regime keineswegs als 'antiimperialistisch' eingestuft werden kann (sieht man vom grundsätzlich bürgerlichen Charakter dieses Regimes ab, so bestehen momentan noch Widersprüche innerhalb des herrschenden Regimes), verfolgt es einen aussenpolitischen Kurs, der es als 'Gendarm des US-Imperialismus' unmöglich macht. Verringerung der Truppenzahlen und ein Abgehen vom Offensiv-Charakter der Armee sind deutliche Anzeichen dafür.

Damit war dem US-Imperialismus - völlig unerwartet - eine wichtige strategische Stütze in dieser Region verloren gegangen. Eine strategische Stütze, die weniger gegen die UdSSR, als vielmehr gegen nationalrevolutionäre Entwicklungen im arabischen Raum gerichtet war.

Den Platz des Schah-Regimes in dieser Region soll nun nach und nach Ägypten einnehmen. Neben geplanten US-Militärbasen auf der Sinai-Halbinsel, kann Ägypten - nachdem seine Armee völlig um- und aufgerüstet wurde - diese Funktion aber erst tatsächlich erfüllen, wenn gesichert ist, dass das Land seine bisherigen Vertragsverpflichtungen mit anderen arabischen Staaten als nicht mehr gegeben ansieht. Solange sich Ägypten nur irgendwie einer 'arabischen Einheit' zugeordnet fühlt, steht der imperialistische Frieden im Nahen Osten auf schwachen Füssen. Denn neben allen Konzessionen und Versprechungen des US-Imperialismus gegenüber Sadat, bleibt Israel die imperialistische Bastion in dieser Region und es ist auszuschliessen, dass die USA mit der Aufrüstung eines relativ unsicheren ägyptischen Regimes, gegen die 'Sicherheitsinteressen' Israels verstossen würden. Neben den Differenzen über den kommenden Status des Westjordanlandes und der offensichtlich willkürlichen Interpretation des Vertragstextes durch Israel und Ägypten, lag auf dieser Ebene auch ein Kernpunkt der Auseinandersetzungen. Der US-Imperialismus und Israel haben das Ziel, Ägypten völlig von allen seinen Verpflichtungen gegenüber anderen arabischen Regimes zu lösen (im Falle eines israelischen Angriffes auf Syrien, Jordanien und den Libanon, der in der unmittelbaren Zukunft durchaus Realität werden könnte, soll Ägypten nicht in den Konflikt auf Seiten der arabischen Regimes eingreifen, sondern eher die Deckung der israelischen Westgrenze übernehmen).

"Für einen der Kernstreitpunkte zumindest - die Frage, ob ein israelisch-ägyptischer Nichtangriffsvertrag Priorität hat gegenüber Ägyptens Beistandsverträgen mit seinen arabischen Bruderländern - hatte sich der Vermittler Carter einen Kompromiss überlegt:
Ägypten übergibt den Amerikanern einen Brief, in dem es versichert, nicht einzugreifen, wenn andere Araberstaaten Krieg gegen Israel führen. Amerika wieder bestätigt den Israelis, dass es einen solchen Brief erhalten hat, und übernimmt damit die Garantie, dass Kairo die Abmachung einhält - eine wahrhaft orientalische Lösung."
('Der Spiegel', Nr. 11, 1979)

Derartige diplomatische Mätzchen haben oft eine sehr fundierte materielle Grundlage und so ist mit der Unterzeichnung des israelisch-ägyptischen Vertrages der gesellschaftliche Wunschzustand des US-Imperialismus und Israels (den Nahen Osten betreffend) zwar noch nicht erreicht doch aber ein bedeutender Schritt in die Richtung seiner Durchsetzung getan.

Die Bereitschaft Sadats die israelische Willkür der Vertragsauslegung hinzunehmen, wird verständlich, wenn man die wirtschaftliche Situation des Landes kennt. Die Versorgung Ägyptens mit Getreide wird vor allem von den USA getragen (ohne diese Lieferungen würde die Versorgung des Landes mit Grundnahrungsmitteln sofort zusammenbrechen) und die Weltbank nimmt massiven Einfluss auf die Wirtschaft des Landes. Kreditgewährungen band sie erst unlängst an die Bedingung, dass die staatliche Stützung der Preise von Grundnahrungsmitteln aufgegeben wird. Neben einer eklatanten Wohnungsnot, steigenden Inflationsraten, einer hohen Arbeitslosigkeit ist dies der simple ökonomische Faktor, der die Gefügigkeit Sadats plausibel macht.

Die Begeisterung und die Zustimmung der ägyptischen Massen zu Sadats 'Friedensoffensive' erfolgte allein in der Erwartung, dass mit dem 'Frieden' ein wirtschaftlicher Aufschwung, d.h. eine Besserung der wirtschaftlichen Lage verbunden ist. So ist dies ein nicht unwesentlicher Aspekt der Sadatschen 'Mission': Die Unruhen vom Jänner 1977 noch in guter Erinnerung ist das ägyptische Regime in völliger wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Imperialismus. Allein die Zustimmung zur imperialistischen Befriedung des Nahen Ostens und - davon abhängig - die Gewährung massiver imperialistischer Wirtschaftshilfe (der kindische Sadat nennt dies einen 'Carter-Plan') kann das Sadat-Regime mittelfristig retten.

DAS WESTJORDANLAND UND DIE "AUTONOMIE DER PALÄSTINENSER"

Gerade die Auseinandersetzungen um diesen Punkt des Vertrages und vor allem die Realität, wie sie Israel tagtäglich

FORTSETZUNG AUF SEITE 31

Organisationen über sich, auch nur ein Wort zum Schicksal dieses 'Projektes' zu veröffentlichen...

Wenn nun - wie wir hören - die "Bilanz" der "Diskussionsinitiative" gezogen werden soll, so sollten die Verantwortlichen am besten schweigen. Denn diese "Diskussionsinitiative" brachte es fertig, zu keinem Zeitpunkt ihres Bestehens auch nur über eine einzige Frage wirklich zu diskutieren. Keine einzige Frage des internationalen Klassenkampfes wurde angesprochen. Nachdem die GRM ihre "neue Orientierung" abgeworfen hatte, die SOAK alte IKD-Standpunkte wiedergegeben und die 'Gruppe Commune' ihre vorgedruckten Texte abgeliefert hatte,... die "Bilanz"!

Da wir den Anspruch der SOAK an eine Diskussion durchaus ernst nehmen (auch wenn die Genossen diesen Anspruch relativ selten praktisch umsetzen), erscheint es uns unverständlich, warum diese Organisation keine Konsequenz aus den Erfahrungen mit der 'Projektepolitik' der GRM zieht und stattdessen selbst mit Ähnlichem aufwartet!

INTERNATIONALE NACHRICHTEN

ITALIEN

Eine Studie von Marzio Barbagli und Piergiorgio Corbetta von der Universität Bologna über die Mitglieder der KPI hat keineswegs die vielfach erwarteten 'eurokommunistischen' Resultate gebracht. Die Autoren dieser Studie hatten sich auf eine nationale Untersuchung des Umfrageinstitutes DOXA, auf Interviews von Mitgliedern einer KPI-Vereinigung der Provinz Emilia-Romagna sowie auf eine Analyse interner Dokumente einer anderen KP-Vereinigung in dieser Region gestützt. Die erste Überraschung bezog sich auf die Stellung der KP-Basis zur Kirche. Sie ist dabei wesentlich anti-katholischer als ihre Führung. Die KP-Mitglieder sehen die Kirche als eine Einheit an, ohne irgendwelche 'progressiven' Strömungen davon auszunehmen. 4o% der interviewten Aktivisten denken, daß "solange es die Kirche in Italien geben wird, sich die Dinge nicht ändern werden."

Die zweite Überraschung betrifft die Einstellung der KP-Mitglieder gegenüber der Sowjetunion. 8o% der befragten Aktivisten betrachten die UdSSR als ein sozialistisches Land. 26% glauben, daß das Sowjetregime besser als jenes Italiens (weitere 25% sind der Meinung: viel besser als jenes Italiens) die Teilnahme an Entscheidungen in den Betrieben und in den lokalen Gemeinschaften ermögliche. Die Mehrheit der eingeschriebenen Mitglieder richtet sich gegen die sowjetischen Dissidenten und ein Drittel (!) billigt bedingungslos den Einmarsch sowjetischer Truppen in die Tschechoslowakei 1968. Diese Meinungen werden zu gleichen Teilen von den alten und jungen KPI-Aktivisten getragen. 2o% haben sich gegen den historischen Kompromiß ausgesprochen.

(aus 'Le Monde' vom 8.3. 1979)

NAHER OSTEN

Während Israel und Ägypten um den (mittlerweile abgeschlossenen) 'Friedensvertrag' rangen, setzten die Zionisten ihre 'Befriedungspolitik' in den besetzten arabischen Gebieten unbeirrbar fort.
Am 12. März eröffneten die israelischen Streitkräfte auf einen Demonstrationszug in der arabischen Stadt Bir-Zeit, dem Universitätszentrum dieser Region, das Feuer, wobei vier Studenten verletzt wurden, darunter einer schwer. Der Militärkommandant dieser Region hatte nach diesem Vorfall die Bildung einer Untersuchungskommission angekündigt. Doch diese Maßnahme sollte sich bald als Heuchelei und als Beschwichtigungsversuch erweisen. 3 Tage später, am Morgen des 15. März, schossen bewaffnete israelische Zivilisten auf eine Demonstration in Khalkhoul, nahe der Stadt Hebron.
Zwei Personen wurden dabei getötet: Der 21-jährige Landarbeiter Nasri al Anani sowie die 17-jährige Rabah Chalaleh. Zur gleichen Zeit fanden Demonstrationen gegen die 'Friedensverhandlungen' zwischen Israel und Ägypten in Hebron, in Bir-Zeit, wo die Universität bestreikt wurde, in Ramallah, in Reit-Jallah und in Jericho statt. Die Zwischenfälle zwischen den bewaffneten zionistischen Zivilisten, die großteils Anhänger der rechtsradikalen 'Besiedelungsbewegung' sind, und den Arabern nahmen im Zuge des Generalstreiks der arabischen Bevölkerung zu. So haben bewaffnete zionistische Zivilpatrouillen in Hebron jene Araber bedroht, die die Demonstration begrüßten und verschiedene Racheakte gesetzt, weil arabische Kinder ihre Autos mit Steinen beschossen haben.

POLEN

Die Zeitung 'Robotnik' ('Der Arbeiter') - das Sprachrohr des KSS/KOR ('Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung') - berichtete über eine Reihe von Streiks in den letzten drei Monaten des Jahres 1978. Vom 9. - 11. Oktober streikten in Pabianice die Arbeiter jener Betriebe, die Verbandzeug produzieren. Auf Grund der Änderung der Verpackungsweise unter Beibehaltung des bisherigen Lohnes verloren die Arbeiter einige hundert Zloty pro Monat. Vom 1o. bis 14. Oktober legten ebenfalls in Pabianice die Arbeiter der pharmazeutischen Werke 'Polfa' die Arbeit nieder, um gegen die Aufhebung der Prämien unter dem Vorwand der Nichterfüllung des Planes zu protestieren. Tatsächlich wurde allein der Lieferplan nicht erfüllt, der in die Verantwortung der Direktion fällt. Ende November streikten die Arbeiter der Fabrik 'Polam' in Pabianice, die Ampullen herstellt, um gegen die Abschaffung eines freien Samstags zu protestieren. Am 26. Oktober kam es in Lodz zu einem Streik der Arbeiter der Zuckerfabriken 'Optima' gegen die Verringerung der Löhne als Folge ungenügender Lieferung des Rohstoffs Zucker. Am 15. November legten die Arbeiter der Betonfabrik in Myszkow die Arbeit nieder, weil sie nicht im vorgeschriebenen Zeitraum bezahlt wurden. Und schließlich führten die Bergwerksarbeiter des fünften Schachts der Mine Gliwice eine Protestaktion gegen die Dauer eines Arbeitstages von 12 (!) Stunden und gegen die Verpflichtung, während des Weihnachtsfestes zu arbeiten.

RUMÄNIEN

Anfang März 1979 wurde nun auch in Rumänien eine unabhängige Gewerkschaft, die "Freie Gewerkschaft der Arbeiter Rumäniens" (SLORN), gegründet.
23 Personen, die in Bukarest und in Turnu-Severin leben, sind die Träger dieser Initiative, die sich im Laufe des Monats noch ausweiten konnte. Ende März zählte man mindestens 6o Mitglieder. Die Freie Gewerkschaft hat sich im Zuge dieser Entwicklung über die beiden oben genannten Städte auch auf die Städte Oradea, Constanza, Tirgu Mures, Caranseba, Sighisoara und auf das Erdölzentrum Ploiesti ausgedehnt. Das Komitee stellt sich gegen die Arbeitslosigkeit und schlägt u.a. die Einbeziehung der ausschließlich Parteimitgliedern vorbehaltenen Geschäfte in das allgemeine Handelsnetz sowie die Kontrolle der Staatsfinanzen durch das Volk vor. Staats- und Parteichef Ceausescu leugnete in einem Interview vom 2o. März die Existenz von Oppositionellen "außer jenen vielleicht, die das Land schon verraten haben oder die bereit sein würden, es für ein Linsengericht wieder zu tun."

Die Gründer der Freien Gewerkschaft haben in ihrem Manifest die Gefahr der bürokratischen Repression vorsorglich festgehalten. "Es ist möglich, daß wir, Gründer der Freien Gewerkschaft der Arbeiter Rumäniens, zerschlagen, moralisch und physisch durch einen perfekten Repressionsapparat zerstört werden." Tatsächlich sind bereits zwei Gründer dieser Gruppe, Ionel Cana und Gheorge Brasoveanu, seit dem 7.März 'spurlos' verschwunden.

Die Regierung hat die Freie Gewerkschaft mittlerweile verboten. Trotz dieser Maßnahme hat sich diese Initiative jedoch weiter ausbreiten können. Ende 1978 hatte sich im Gebiet von Mures eine andere Gruppe geheim gebildet. Nun schloß sie sich mit ihren 1.487 Mitgliedern unter der Führung des Arbeiters Virgil Chender der Freien Gewerkschaft an. Insgesamt dürfte nach den vorliegenden Informationen der Anteil der Arbeiter in der Freien Gewerkschaft sehr groß sein.

PERU

Die Militärregierung unter Morales Bermudez verschärft die Unterdrückung gegenüber der anti-imperialistischen und Arbeiterbewegung. Im Zuge dieser Entwicklung haben die Abgeordneten dieser Organisationen beschlossen, das Parlament zu verlassen und solange nicht zurückzukehren, bis die Rechte der Abgeordneten und die Pressefreiheit wiederhergestellt würden.

So verlangt die Militärregierung z.B. die Aufhebung der parlamentarischen Immunität der Abgeordneten. Dieser Vorstoß der Militärs dient dazu, die 'legalen' Möglichkeiten herzustellen, linke Abgeordnete wegen ihrer Gesinnung und Aktivitäten verfolgen zu können. Im Mittelpunkt der Repression steht u.a. die FOCEP (ein Wahlbündnis sich auf den Trotzkismus berufender Organisationen und linker namhafter unorganisierter Persönlichkeiten), die bei den letzten Wahlen 12% der Stimmen erhalten hatte.

Humberto Chaparro, Mitglied des Zentralkomitees der POMR ('Revolutionäre Marxistische Arbeiterpartei' - in der FOCEP integriert) wurde gemeinsam mit 2oo Minenarbeitern verhaftet und ins Gefängnis geworfen.

Die für die SWP geltenden Kriterien zur Charakterisierung eines deformierten Arbeiterstaates würden uns zu der Schlussfolgerung zwingen, dass China, Kuba und die "Ostblockstaaten" in ihrer ersten Phase keine "Arbeiterstaaten" waren. Denn in keinem der angeführten Länder waren sämtliche Voraussetzungen erfüllt: Das Fehlen von Zwangskollektivierung, die politische Allianz zwischen Arbeitern und armen Bauern, die sofort einsetzende konsequente entschädigungslose Enteignung von Grossgrundbesitz und Grossbetrieben.

Aus der angeführten Argumentationslinie der SWP ergibt sich notwendig der Opportunismus gegenüber der moskauorientierten Bürokratie Vietnams, die gegenüber dem Pol Pot-Regime als fortschrittlich betrachtet wird, da sie zumindest auf dem ökonomischen Sektor eine fortschrittlichere Gesellschaftsstruktur in Kambodscha schaffen könne. Wir werden zwar wiederholt darauf hingewiesen, dass die KP Vietnams selbst stalinistisch sei und von daher den Interessen der Arbeiter und Bauern entgegenwirken wird, doch der Prozess des Sturzes des Pol Pot-Regimes kann den Massen, - so die SWP - einen neuen Impuls geben, die unvollendete Revolution siegreich zu beenden. Dass Vietnam somit das kleinere Übel sei, wird zwar nicht ausgesprochen aber doch recht offensichtlich gemeint. Denn der Einmarsch der vietnamesischen Truppen zur Unterstützung der vom Khmer Rouge abgespaltenen Oppositionsführer sei geeignet den "Prozess der Permanenten Revolution" vorwärtszutreiben und die Bürokratenlast überhaupt abzuschütteln.

Die Bürokratie war und ist das entscheidende Hindernis dafür, dass das nationalisierte Eigentum eine Grundlage für die sozialistische Entwicklung eines Landes wird, in dem der Kapitalismus besiegt wurde.

"Das politische Hauptkriterium für uns ist nicht die Umwandlung der Eigentumsverhältnisse in diesem oder jenem Gebiet, wie wichtig sie an sich auch sein mögen, sondern vielmehr die Veränderung im Bewusstsein und in der Organisation des Weltproletariats, das Wachsen seiner Fähigkeit, frühere Errungenschaften zu verteidigen und neue zu erreichen. Nur von diesem Standpunkt aus, und das ist der einzig entscheidende, bleibt die Politik Moskaus als Ganzes genommen, völlig reaktionär und ist weiterhin das Haupthindernis auf dem Weg zur Weltrevolution." (Trotzki, Verteidigung des Marxismus)

In diesem Sinne ist weder die Khmer-Bürokratie noch die des FUNKS-Regimes geeignet, die indochinesische Revolution und damit die Weltrevolution auch nur einen Schritt weiterzubringen. Beide Bürokratien sind wie jede stalinistische Bürokratie vor ihnen, nur dann in der Lage ihr Regime aufrechtzuerhalten, wenn Arbeiter und Bauern daran gehindert werden, ihre eigenen Komitees zu bilden und eigenständige politische Entscheidungen zu treffen.

Geht man davon aus, dass beide Bürokratien prinzipiell dasselbe Hindernis für die Befreiung der kambodschanischen und vietnamesischen Massen bedeuten, muss sich der Kampf der Arbeiter, Bauern und Soldaten gegen beide richten. Ein kleineres Übel gibt es nicht.

Analog dazu sehen wir den chinesisch-vietnamesischen Konflikt. Auch hier kann die Losung "Chinas Truppen raus aus Vietnam" nur der vietnamesischen Bürokratie verstärkten Einfluss bei den Massen sichern, die durch den hochkommenden Nationalismus noch enger an die Armee und den Staatsapparat gebunden werden.

Unser Gleichsetzen der beiden Konflikte ist abgeleitet von der Ablehnung der Position, dass die "chinesische Rote Armee heute der Gendarm für Südostasien im Dienste der Konterrevolution" sei. (aus: Spartacist, 34/79) Die Wirtschaftsverträge, die zwischen China und den USA abgeschlossen wurden, rechtfertigen noch nicht den Schluss, dass die USA heute schon den Zustand der 'friedlichen Koexistenz' mit der UdSSR gefährden wollen, um Indochina für den Imperialismus wieder zu erobern. Diese Position lässt das Eigeninteresse Chinas an einem nicht-sowjetisch beherrschten Indochina völlig ausser acht.

In den Schlussfolgerungen zwar mit der SWP einig, in der Einschätzung der Situation jedoch kontrovers, gelang es der 'Spartacist League' den Opportunismus gegenüber dem vietnamesischen Regime soweit zu vertiefen, dass sie diesem eine durchaus fortschrittliche "befreiende" Rolle zuspricht:"Wir setzen kein politisches Vertrauen in die vietnamesischen Stalinisten, dass sie die nationale Frage lösen können, ganz im Gegenteil, wir rufen die Arbeiterklasse dazu auf die politische Revolution durchzuführen und die Erben Ho Chi Minhs zu stürzen und sie durch Sowjets zu ersetzen. Das ist der einzige Weg, der zu einer echten demokratischen sozialistischen Föderation Indochina führen kann. Aber, man kann nicht von vornherein sagen, dass unter einem abhängigen Regime oder einem Marionettenregime die nationale Frage notwendigerweise im Vordergrund stehen wird. Zu sagen, dass die nationale Frage immer vorrangig ist, schliesst die Möglichkeit der Befreiung durch Eroberung aus. Solch eine Position würde zu der Schlussfolgerung führen, dass z.B. der Einmarsch der Roten Armee in Polen 1920/21 nicht nur taktisch sondern auch prinzipiell falsch war." (Spartacist, 34/79)

Der objektiv reaktionäre Charakter der vietnamesischen Bürokratie wird auch noch dadurch relativiert, dass die Spartacists den Willen eines Teils der kambodschanischen Bevölkerung, der nationalen Freiheit "Lebensmittel, Schulen und Medizin" vorzuziehen, voll akzeptieren und damit der vietnamesischen Bürokratie zumindest kurzfristig und limitiert einen progressiven Charakter zugestehen.

War die Argumentation der SWP zumindest auf der Einschätzung aufgebaut, dass der Klassencharakter Kambodschas bürgerlich sei, drückt sich die 'Spartacist League' von der Bestimmung des Charakters des Pol Pot-Regimes überhaupt und beschränkt sich auf nebulose Aussagen wie: es handle sich um ein nach "rückwärts gerichtetes ...antiproletarisches" Regime... Im 'Spartacist'/Canada (Nummer 34) erfahren wir, dass die Genossen von der Unfähigkeit der stalinistischen vietnamesischen KP, die nationale Frage zu lösen, überzeugt sind. (siehe oben) auf Seite 5 stellt sich ihre Einschätzung der vietnamesischen Bürokratie freilich anders dar: "Es ist unklar ob die vietnamesischen Stalinisten die Fähigkeit haben einen grundsätzlich föderativen Staat zu errichten, in dem die Völker Indochinas ihre nationale Bestimmung frei wählen können". Die Frage drängt sich auf ob die Genossen im Falle eines Krieges zwischen einem faschistischen und einem demokratischen Regime (auf der selben historischen Stufe stehend) auf Seiten der 'Demokratie' stehen werden, weil sie weniger "repressiv" ist und den Arbeitern bessere Bedingungen ermöglicht...

Weniger obskur, aber freilich ebenso opportunistisch gegenüber der Bürokratie, nimmt sich dagegen die Position der Mehrheitsfraktion des 'VS' aus, die zum Beispiel in "Rood" (Organ der belgischen Sektion) schreibt: "Unsere Unterstützung und Anteilnahme muss auf die Erhaltung der Errungenschaften der Arbeiterstaaten und der indochinesischen Revolution ausgerichtet sein und zwar vor allem in der Verteidigung gegenüber dem Imperialismus. Deshalb fordern wir den bedingungslosen Abzug der vietnamesischen Truppen von Kambodscha und den Abzug der chinesischen Truppen aus Vietnam." (Aus: 'Intercontinental Press', Nr. 10, 1979)

Zu der Losung des revolutionären Defaitismus finden die Genossen offenbar deshalb keinen Zugang, weil der Kampf gegen die eigene Bürokratie ihrer Meinung nach beim heutigen internationalen Kräfteverhältnis dem Imperialismus eine zu grosse Flanke darbieten würde und die Errungenschaften der indochinesischen Revolution ernsthaft gefährden würde. Trotz der korrekten Gleichsetzung der in diesem Konflikt beteiligten Bürokratien muss diese Position aber letztendlich zur opportunistischen Stärkung der "eigenen" nationalen Bürokratie führen, mit der gemeinsam die Massen ihre noch junge, hart erkämpfte nationale Unabhängigkeit verteidigen. Warum diese nationalistische Verschmelzung, die in den Losungen der belgischen Sektion angelegt ist, das internationale Kräfteverhältnis für die Arbeiterklasse günstiger gestalten soll, bleibt offen, die wiederholt getroffene Einschätzung Trotzkis, dass die stalinistische Bürokratie jederzeit das Haupthindernis auf dem Wege zur sozialistischen Revolution sei, unbeachtet.

Vergleicht man die beiden Positionen der VS-Mehrheit und der SWP, eröffnet sich, entgegen Mandels Aussagen in Wien, durchaus die Möglichkeit, dass trotzkistische Organisationen (sogar aus derselben internationalen Gruppierung) auf verschiedenen Seiten der Barrikaden kämpfen, soferne sie aus ihren Losungen auch konkrete Kampfschritte ableiten (können). Die einen würden Kambodscha mit den vietnamesischen Truppen vom "Kapitalismus" befreien, die anderen die vietnamesischen Truppen aus Kambodscha vertreiben - gemeinsam mit den Khmer Rouge...

Auch jene Genossen, die meinen, das Pol Pot-Regime sei ein Rückfall in die asiatische Despotie, gliedern sich ein in die Reihen der SWP, Spartacists und Konsorten, die den Einmarsch der vietnamesi-

schen Truppen in Kambodscha billigen. Gemeinsam mit der bürgerlichen Presse interpretieren sie die anfängliche Ausschaltung städtischer zugunsten agrarischer Strukturen als eine nicht näher bezeichnete Umformung der Gesamtbevölkerung in den Bauernstand. Dass vorkapitalistische Produktionsweisen sich nur durch eine Jahrhunderte lange ökonomische, und soziale Entwicklung festigen konnten, und nach ihrer Überwindung beziehungsweise Zerstörung nicht durch den subjektiven Beschluss einer Bürokratenclique in ein paar Jahren neu eingeführt werden können, auch wenn der nationale vom internationalen Markt abgeschlossen ist, zeigt sogar die äusserst schwache und kleine Industrie Kambodschas. Die agrarische Überproduktion wurde vor allem (für die SWP ist das ein Hinweis für den kapitalistischen Charakter der Wirtschaft) für die Errichtung von Industrieprojekten verwendet; die Agrarwirtschaft diente also in erster Linie der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation und war nicht vergleichbar mit der abgerundeten, selbstgenügsamen asiatischen vorkapitalistischen Produktionsform im Indochinesischen Raum, wenn auch oberflächlich betrachtete Ähnlichkeiten vorhanden sind. (Näher wollen wir auf dieses Problem in der nächsten 'permanenten revolution' eingehen, in unserer Entgegnung auf die SOAK)

Die Khmer Rouge-Führer selbst waren in Pariser Universitäten, geschulte Leute, die über die ökonomischen Probleme der unterentwickelten Länder Bescheid wussten und ihre Vorstellungen bezüglich der kambodschanischen Wirtschaftsentwicklung auch vor aller Öffentlichkeit darlegten. (siehe oben, Nationalversammlung der Vereinten Nationen vom 3. Sept. 1975)

Ihre enge Verknüpfung, anfänglich mit den Kremlbürokraten, später mit der KP Chinas, schloss von Anfang an (im Falle der siegreichen nationalen Befreiung), jede andere Orientierung als die des bürokratisierten Arbeiterstaates aus, der allein die ökonomische und soziale Struktur schaffen kann, die eine Bürokratenkaste (Fraktionswechsel der machthabenden Schichten sind dabei nicht ausgeschlossen) an der Macht halten kann. ●

Mandel in Wien:
Weiter in den alten Geleisen...

Anfang März sprach Ernest Mandel, als führender Vertreter des 'Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale' zur Entwicklung in Indochina im allgemeinen und zum chinesisch/vietnamesischen Krieg im besonderen, in Wien.

Vor ca. 600 Zuhörern zog Mandel wie erwartet und gewohnt alle Register seiner rhetorischen Meisterschaft, wohl wissend, wie Applaus erzeugt wird, auch wenn dabei die politische Substanz der Aussagen leidet. Und genau dies war auch das Wesen seines Referates. Auf einer historisch breit angelegten Ebene sprach Mandel über den Stalinismus, als der Grundlage der heutigen Entwicklung in Indochina, um am Schluss die kriegführenden Parteien der Schädigung der Ideale der Arbeiterbewegung anzuklagen und sie aufzufordern, die kriegerischen Auseinandersetzungen einzustellen und alle Widersprüche "ideologisch" zu lösen...

Die Aussage des Referenten, nach der der Stalinismus die Grundlage der momentanen Entwicklung in Indochina ist, bleibt unbestritten, doch bewegt sie sich letztlich auf derselben Ebene, und ist genausowenig konkret, wie die Aussage, dass der Kapitalismus die Grundlage des imperialistischen Krieges, der Arbeitslosigkeit und des Elends ist... Mandel sprach sehr schön, doch war die immanente politische Substanz seiner Aussagen, vorurteilsfrei gesehen, doch erstaunlich schwach, oberflächlich und teilweise widersprüchlich.

Waren wir zuerst überrascht, dass der Vertreter einer Organisation, die jahrelang im Vietcong und in der nordvietnamesischen KP das ausführende Organ der Permanenten Revolution in Indochina gesehen hat, alle beteiligten Regimes als "stalinistisch" bezeichnete - womit wir Mandel herzlich im Kreise der "Sektierer" begrüssen, denn genau dieses Schlagwort wurde von seiner Organisation jahrelang gegen jene verwendet, die diesen Standpunkt vertraten -, wurde dennoch bald deutlich, dass diese oberflächliche Positionsänderung Mandels letztlich ohne Konsequenzen bleibt. Mandel sprach zwar im Referat und auch in der folgenden Diskussion richtig davon, dass es sich bei den Verbrechen der Stalinisten, nicht um "Fehler", sondern um eine politische Methode handelt, dennoch aber endete sein Referat mit Appellen an den Stalinismus, den Kampf einzustellen und die Widersprüche auf der Ebene der "ideologischen Diskussion" zu lösen... Hier war der grundlegende Widerspruch Mandels angelegt, denn wenn dieser Krieg die Fortsetzung der stalinistischen Politik mit anderen Mitteln war, dann bleiben Appelle abstrakt moralisch und gehen an der konkreten Situation vorbei.

Im Referat selbst ging Mandel - sieht man von den erwähnten moralischen Appellen ab - nicht konkret auf seine Position zum chinesisch/vietnamesischen Krieg ein, ja selbst der unmittelbare Anlass für diesen Krieg wurde von ihm nicht behandelt (dass der Stalinismus an sich die Grundlage ist, ist einsichtig, doch ebensowenig wie Kapitalisten Kriege machen, weil sie Kapitalisten sind, schlagen Stalinisten aufeinander ein, weil sie eben Stalinisten sind...) Die Widersprüchlichkeit innerhalb Mandels Argumentation und die falschen Schlussfolgerungen seiner allgemeinen Position, wurden in der dem Referat folgenden Diskussion deutlich. Zum ersten begab sich Mandel in seiner konkreten Erklärung für den Krieg zwischen China und Vietnam auf die Ebene eines kleinbürgerlichen Moralisten, indem er tatsächlich die Behauptung aufstellte, dass das "kleine Vietnam", das "grosse China" niemals angreifen würde, d.h. er akzeptierte für die Einschätzung dieses Krieges, die Ebene des "ersten Schusses" und des "Angriffes" (letztlich übernahm er damit die Logik der Moskau- und Peking-Stalinisten, die - auf verschiedenen Seiten der Barrikaden stehend - genau mit demselben "gesunden Menschenverstand" argumentieren). Die soziale und politische Grundlage des Krieges, die Widersprüche zwischen Regimes, die auf einer historischen Ebene angesiedelt sind, d.h. die marxistische Analyse, nach der jeder Krieg allein nach den in ihm zum Ausdruck kommenden gesellschaftlichen Tendenzen und Klasseninteressen beurteilt werden kann, weicht bei Mandel einer lächerlichen und hilflosen Phrase vom "kleinen" und "grossen" Land ... Diese und ähnliche Fragen können für die marxistische Bewertung der kriegerischen Auseinandersetzungen in Indochina keinerlei Bedeutung haben. Würde die 'Rote Armee' der VR China den gesellschaftlichen Fortschritt darstellen, d.h. ein ökonomisch und politisch reaktionäres Regime (egal ob "klein" oder "gross") angreifen, müsste dies die Analyse der Revolutionäre ebenso berücksichtigen, wie wenn Vietnam (als "kleines" Land) mit einem Angriff auf China etwa ein bestehendes Militärbündnis zwischen diesem Land und dem US-Imperialismus angreifen würde. Doch weder das eine, noch das andere ist der Fall und wie immer man die Angelegenheit auch angeht, Mandels Kriterien stellen allein die moralischen Ausdünstungen eines Menschen dar, der jahrelang der vietnamesischen Bürokratie unkritisch gefolgt ist und der nun seinen Opportunismus 'kritisch' abdeckt!

Zum zweiten wurden die fehlenden Schlussfolgerungen der an sich richtigen Behauptung Mandels, nach der die Ursache dieses Krieges die herrschenden stalinistischen Bürokratien seien, bei den politischen Schlussfolgerungen dieser Aussage deutlich. Wie die Arbeiter und Bauern der kriegführenden Parteien gegen diesen Krieg kämpfen sollen und können, wie sie ihre Klasseninteressen gegen die stalinistischen Bürokratien wahrnehmen können, diese Fragen behandelte Mandel nicht im geringsten. Denn die Aufforderung den Krieg zu beenden und zu "diskutieren" mag zwar in Wien einigermassen eindrucksvoll klingen, auf den Schlachtfeldern Indochinas muss sie allerdings schon etwas konkretisiert werden...

In der Diskussion von einem Vertreter unserer Organisation auf den Zusammenhang zwischen diesem Krieg und der Revolution gegen die stalinistischen Bürokratien angesprochen, bewies Mandel über-

zeugend, dass die Formel der 'politischen Revolution', für die Organisation, die er vertritt, eine inhaltslose Phrase ist, deren abstrakte Verwendung wohl dem Andenken Trotzkis geschuldet ist.

Unserer Ansicht nach, kann dieser Krieg nicht von der Aufgabe der Arbeiter und Bauern Indochinas und Chinas (und selbstredend aller 'deformierten Arbeiterstaaten'), durch den bewaffneten Aufstand gegen die 'eigene' Bürokratie den Sozialismus zu erreichen, nicht losgelöst werden. Im Gegenteil. Gerade der Krieg verdeutlicht den verbrecherischen und reaktionären Charakter der stalinistischen Bürokratien und aktualisiert den bewaffneten Kampf gegen die stalinistische Bürokratie.

Gegen diesen Standpunkt (der den revolutionären Defaitismus in allen kriegführenden Ländern als die einzige Möglichkeit der Arbeiter und Bauern sieht, ihre Klasseninteressen und die Interessen der sozialistischen Weltrevolution wahrzunehmen wehrte sich Mandel entschieden und die Argumentation seiner Ablehnung, offenbarte die Hilflosigkeit seines Opportunismus. Einerseits verwendete er die oben angeführte Argumentationslinie ("kleines" und "grosses" Land), aus der er eine "Verteidigung Vietnams" schloss und zum zweiten übernahm er austro-marxististisches Gedankengut. Die politische Revolution gegen den Stalinismus - so Mandel - würde heute dem Imperialismus die Möglichkeit geben militärisch einzugreifen. Erst wenn günstige Bedingungen (wie in Ungarn 1956) bestehen würden, könne diese Aufgabe konkret verwirklicht werden.

Dieser entlarvende Standpunkt Mandels besagt inhaltlich nichts anderes, als dass die selbsternannte "IV. Internationale" für die Revolution gegen den Stalinismus sein wird, wenn die Massen ohnehin in diese Richtung gehen... Es waren also letztlich die austro-marxistischen und nicht die leninistischen Schemata der Revolution, die Mandel in Wien vertrat. Wenn die internationalen Bedingungen günstig sind, dann werden wir für die Revolution sein... Aber jetzt...

Abgesehen davon, dass die Revolution gegen den Stalinismus damit auf den St. Nimmerleinstag verschoben wird, weil es wohl mehr als absurd wäre, anzunehmen, der Imperialismus werde 'von selbst' schwächer, wird - damit zusammenhängend - der Imperialismus in jeder Situation (es sei denn, Mandel glaubt an den Tag X, an dem alle unterdrückten Massen gleichzeitig aufstehen...) versuchen, eine Revolution gegen den Stalinismus für seine eigenen Ziele und Interessen zu benützen (was ja auch in der DDR 1953 und in Ungarn 1956 der Fall war). Und zum dritten steht Mandel nicht gerade in der leninistischen Tradition und Methode, wenn er seine Position zu einem Krieg, vom aktuellen Bewusstseinsstand der am Krieg beteiligten Massen ausgehend formuliert. Alles in allem - trotz der neuen Erkenntnis, dass auch in Vietnam eine stalinistische Bürokratie herrsche, bleibt das 'Vereinigte Sekretariat der IV. Internationale' weiter in den alten Spuren des Opportunismus...

●●'

Wecker für jedermann...

"Wo bleibt die Aussage, wo bleibt das Heil, bitte schön?!" So läßt sich Konstantin Wecker von einem 'typischen' Konzertbesucher in seinem stets letzten, vieles erklärenden Lied 'Weckerleuchten - Bestandsaufnahme eines Konzertes' fragen, um gleich darauf zu erklären, daß er nur Mißstände aufzeigen will, ohne von der Bühne herab irgendwelche 'Rezepte' ('Ideologien') anbieten zu können. Und nur so ist es verständlich, daß Wecker von der 'Sozialistischen Jugend' als Höhepunkt ihrer veranstaltungsreichen SJ-Wochen nach Wien geholt worden war. Kritisch, links, doch über all den linken 'Streitereien' stehend, ist es bald jedem halbwegs 'fortschrittlichen' Menschen möglich, Wecker für sich zu vereinnahmen, in Weckers Liedern jeweils die eigene 'Ideologie' hineinzuinterpretieren.

Rund 2000 Leute waren gekommen, um den "Gestern hobns den Willi daschlogn" - Wecker zu hören, den neuen 'linken Star' zu feiern. Nur der kleinste Teil von ihnen gehörte zu den eigentlich von ihm Angesprochenen ("ich schreibe für die, die zwischen allen Stühlen und ohne Trost ihr Leben packen"), den Ausgestoßenen, von der Gesellschaft Weggeworfenen - Jusos, Spontis, linkes Milieu und einfach'Wecker-Fans', dazu der gehörige Schuß Schickeria (die wohl ein prickelndes 'kalt über den Rücken laufen' verspürt haben müssen) - sie alle versuchten, Wecker auf ihre Art zu verstehen und zu nehmen. Und sicherlich (fast) allen ist es gelungen (wie der Applaus zeigte). Enttäuscht waren nur diejenigen, die sich mehr als allgemeine, wenn auch nicht selbstverständliche Aussagen zur Repression (und anderem) erwartet hatten.

Wenn man sein diesjähriges Konzert mit seinen beiden Auftritten vom Vorjahr vergleicht - er brachte bis auf zwei Lieder genau das gleiche Programm - fällt einem allerdings noch anderes auf. In dem Jahr, das zwischen seinen beiden ersten Auftritten und seinem jetzigen liegt, hat sich einiges gewandelt. Wecker ist professioneller geworden, was nicht unbedingt nur positiv ist (wie er auch selbst bemerkt, wenn er über seinen Höhenflug spricht, der ihn von seinem ursprünglichen Anspruch mehr und mehr entfernt), seine Interpretationen sind perfektioniert geworden (auch das gibt er zu, so ist er glücklicherweise selbstkritisch genug, den 'Willi' nicht mehr zu singen, "um ihn mir nicht selbst zu versauen"), in seine Darstellungen haben sich Gags aus dem Kommerz eingeschlichen (z.B. wenn er kurz einen Schmulen imitiert, 'zum drüberstreuen') - was ihn mit so sympathisch machte, seine in der Glätte des Showgeschäftes manchmal anstossende Natürlichkeit, ist abgerundeter geworden.

Weitaus wichtiger als dieser eher oberflächliche Eindruck ist jedoch die inhaltliche Auseinandersetzung mit seinen Liedern und Texten. Und hier folgt auf den ersten, positiven Eindruck: endlich einmal ein Sänger, der sich nicht distanziert, der nicht davonläuft, der für den Widerstand über Gruppen-und Parteigrenzen hinaus singt - die bereits oben gemachte Einschränkung. Wecker weiß zwar ungefähr, wogegen er ist, kann aber keine positiven Ziele angeben. Er ruft zum Widerstand auf, fordert auswanderungswillige Spontis zum Hierbleiben auf und schreibt bitterböse Verrisse über das "halblinksliberale und sozialistisch-kulturschaffende"Milieu, vor dem kein einziger Reaktionär zu zittern braucht.

Seine Kritik erschöpft sich aber im (sehr guten) Beschreiben von Mißständen, ohne daß er die Ursachen dieser Mißstände aufzeigen kann. In ihm steckt ein Haufen ehrliches linkes Gefühl, das aber eben Gefühl bleibt. Wecker geht nicht über den Horizont des einzelnen, individuellen Menschen hinaus. "Waidmanns Dank, mich sollt ihr kriegen, alle könnt ihr nicht besiegen", hofft Wecker auf einen ganz allgemeinen, viele einzelne umfassenden Widerstand. Seine Appelle "Hierbleiben, Brüllen, Widerstehn!" bleiben dabei stehen, ob oder was über das "Hierbleiben und Brüllen" hinaus notwendig ist, oder wie der Widerstand genau aussehen soll, muß er verschweigen, ja, er ideologisiert diese Schwäche noch, indem er sich stolz gegen jedes "Anbieten von Rezepten", gegen seine Rolle des "Sängers als Heilsbringer" wehrt, (allerdings bekommt er dabei Ähnlichkeit mit jenem Fuchs, den wir von den hohen Trauben kennen...)

Wecker kann nicht einmal sagen, wogegen sich dieser Widerstand genau richten soll. Ist es der Kapitalismus, das ganze gesellschaftliche System, das er bekämpft, oder sind es nur seine Auswüchse? "Ich singe für den Aderlaß der Macht" stellt er in den Raum, und alle jubeln. Aber welche Macht will er zur Ader lassen, wer hat diese Macht wieso, und gegen wen richtet sie sich überhaupt? Und erst wenn man sich darüber im klaren ist, kann man den geeigneten Weg finden, diese Macht zu bekämpfen!

Indem er diese Gesellschaft nicht als Klassengesellschaft erkennt und daher auch nicht das einzige Mittel zur Zerstörung eben dieses Systems erkennen kann, nämlich den Kampf der Arbeiterklasse, sieht er das 'Heil' (und hier wird er, auch wenn er sich dagegen wehrt, zum 'Heilsbringer') des Einzelnen nur in dessen persönlichen 'Selbstbefreiung'. Er schildert treffend den kaputten, durch die Profitgesellschaft total vergewaltigten Einzelnen, sein einziges Mittel zur Besserung besteht aber im Ausflippen, im Sich-Verweigern, letzten Endes im Aufbau der eigenen 'alternativen' Insel (von der er zwar nicht spricht, auf die das Ganze aber hinausläuft). Wenn er beschließt, "wieder einmal kräftig aus dem Mund zu stinken" und das Clochardleben romantisiert, so ist das genau der Traum des Einzelnen, der aussteigen möchte.

f.m.

FORTSETZUNG VON SEITE 32

Frankreich

die Demonstration zurückzuschlagen. Doch als sich die Arbeiter mittags - aus Rücksicht auf hunderte Schüler, die aus einer in nächster Nähe gelegenen Schule kamen - zurückzogen, befahl der kommandierende Polizeioffizier, die Demonstration zu zerschlagen. Wieder Tränengasgranaten, wieder Gummiknüppel! Um 16h jedoch griffen die Arbeiter im Gegenzug mit einem Bulldozer an der Spitze das Polizeikommissariat an. Die Demonstranten besetzten das Zentrum der Stadt und errichteten kleine Strassenbarrikaden. Die Polizei wurde in die Defensive gedrängt. Obwohl die Gewerkschaften um 2oh die Arbeiter aufriefen, "unverzüglich in die Fabrik zurückzukehren, um sie zu besetzen", blieben mehr als tausend Arbeiter auf ihrem Platz und setzten den Kampf mit Molotow-Cocktails, Eisenstangen, Metallbolzen etc. fort. Die Bilanz des ganzen Tages ist blutig! Mehr als dreissig (!) verletzte Demonstranten - zwei davon schwer. Einem Arbeiter musste die Hand amputiert werden, dem anderen wurde durch Polizeikugeln (!) der Fuss zerschossen!!! 15 verletzte Polizisten können kein Trost für diese Opfer des bürgerlichen Terrors sein. Wie hilflos wirkt doch angesichts dieser massiven bürgerlichen Gewalt die Klage des 'kommunistischen' Bürgermeisters Henri Fièves über "diese äusserst schmerzhaften Ereignisse in einer Stadt, die seit 31 Jahren keinen einzigen Zwischenfall dieser Art gekannt hatte." Auch in den umliegenden Ortschaften kam es zu Kämpfen mit der Polizei. Während selbst KPF-Parlamentsabgeordnete unter die Polizeiknüppel gerieten, fällt dem KP-Abgeordneten Ansart keine 'ausgewogenere' Stellungnahme ein, als: "(...) ohne diesen Rückgriff auf die Gewalt zu rechtfertigen (!), (...), man hat diese Menschen zur Gewalt gezogen." Es ist gut zu wissen, dass die KPF es nicht "rechtfertigt", wenn sich Arbeiter gegen Schüsse, Schläge, Hiebe der Polizei wehren und verteidigen.

Zweifellos waren die Vorfälle von Denain der letzte Höhepunkt, das letzte grosse Aufbäumen der Stahlarbeiter gegenüber der Regierung und den Plänen 'ihrer' Unternehmer. Obwohl diese nach Denain versprochen hatten, die vorgesehenen Entlassungen "aufzuschieben", ist von solchen Beschwichtigungsversuchen nichts zu erwarten. Die einzige realistische Garantie gegen die Arbeitslosigkeit ist die Kampfkraft der Arbeiter selbst!

Neben den Metallarbeitern von Denain nahmen die Eisenbahner der staatlichen Gesellschaft SNCF (ähnlich der ÖBB) am 7. März den Kampf auf. An diesem Tag wurde der jährliche Vertrag zwischen der SNCF-Direktion und dem Staat geschlossen, der die Stillegung mehrerer Bahnlinien und die Entlassung von etwa 3.ooo Eisenbahnern pro Jahr bis 1981 vorsieht. Der Generalstreik wurde beinahe lückenlos durchgeführt. Der Zugsverkehr brach zusammen. Die Beteiligung an dem Generalstreik war die höchste seit 1968.

Auch die Angestellten der Banken und Versicherungen, die Bediensteten bei der Post usw. stehen in permanenter kämpferischer (wenn auch nicht immer in unbedingt wirkungsvoller) Opposition zur Sparpolitik der Regierung und zur Arbeitslosenplanung des Kapitals. Doch die verschiedenen Schichten und Berufsgruppen der Arbeiter und Angestellten sind über die Stahlregionen Loire, Nordfrankreich und Lothringen hinaus uneinheitlich, unkoordiniert, zersplittert.



SPALTUNG UND KEINE ALTERNATIVE - DER WEG IN DIE NIEDERLAGE

Allein der von der regionalen CGT-Lothringen vorgeschlagene "Marsch auf Paris" hätte die so notwendige nationale Verbreiterung und Vereinheitlichung der Kämpfe gegen die Arbeitslosigkeit mit sich bringen können. Es wäre ohne grosse Schwierigkeiten möglich gewesen, alle kämpfenden Arbeiter und Angestellten um die mächtige Bewegung der Metallarbeiter zu gruppieren. Die Situation war reif für die Ausdehnung und Koordinierung der Kämpfe über ganz Frankreich.

Doch die Arbeiterklasse wurde das Opfer des grössten Verrats der Reformisten seit 1968. Die SP-nahe, zweitstärkste Gewerkschaft CFDT profilierte sich in dieser Hinsicht als 'Rechtsaussen'. Dem Gedanken und der Notwendigkeit der nationalen Verbreiterung der Metaller-Bewegung direkt entgegengesetzt, machte sie ihre Beteiligung zum "Marsch auf Paris" von der Beschränkung auf die Metallarbeiter der betroffenen Regionen abhängig.

Selbst die beschränkte Miteinbeziehung anderer Berufsgruppen aus den drei Stahlregionen und der Region Paris durch einen Streikaufruf lehnte sie bedingungslos ab. "Das Interesse der Arbeiter der Stahlindustrie und die zu erwartenden Verhandlungsergebnisse erforderten, dass ihre Aktion nicht in einem breiten Protest, der mehr politisch als gewerkschaftlich ist, untergeht." (Hervorhebung von uns - Anm. d. Red.) Eine Woche später, am 15.3., erklärt Michel Rolant noch einmal die Position der CFDT: "(...) die KPF, Gruppen der extremen Linken, gewisse Organisationen der CGT propagieren einmal mehr das "Alle gemeinsam", die Protestdemonstrationen, die Ausübung politischen Drucks. Die CFDT stellt sich gegen diese simple Konzeption und Behandlung der Probleme." Wie sehr diese verräterische Entscheidung den Notwendigkeiten einer Steigerung des Klassenkampfes entgegengesetzt war, bewiesen die Arbeiter Lothringens, die sich geschlossen und gegen die Politik ihrer Führungen am Marsch auf Paris beteiligt hatten. Die CFDT-Leitung wie auch die Führungen der anderen drei Gewerkschaften waren 'klug' genug, diesen Entschluss ihrer lothringischen Mitglieder zu billigen. Edmond Maire, der Generalsekretär der CFDT, ging sogar so weit, der SPF, nachdem sie beschlossen hatte, an dem Marsch teilzunehmen, vorzuwerfen, sie spiele das Spiel der KP.

Durch diese totale Rechtspolitik der CFDT geht die weniger abwieglerische Politik der KP-Gewerkschaft CGT, die die mit Abstand grösste Gewerkschaft Frankreichs ist und ca. 5o% der Lohnabhängigen vertritt, unter. Sie gerät in die vorteilhafte Position, als 'kleineres Übel' respektiert zu werden. Es ist in diesem Zusammenhang für die LCR ('Revolutionäre Kommunistische Liga' - Sektion des Vereinigten Sekretariats) bezeichnend, dass sie zwar die CFDT hart kritisiert, über die CGT aber kaum ein Wort verliert. Die Andersartigkeit der CGT-Linie kann man darin zusammenfassen, dass sie wenigstens den Vorschlag einbrachte, die Arbeiter der drei Stahlregionen zur Gänze für den Marsch zu mobilisieren und einen Streikaufruf für die Pariser Region herauszugeben. Die Einbeziehung

aller kampfbereiten Arbeiter ganz Frankreichs wurde jedoch auch von ihr niemals zur Diskussion gestellt. Es ist beschämend für CGT und KPF aber auch gut für die Wahrheit, wenn das KP-Zentralorgan 'l'Humanité' einen Tag nach dem "Marsch" berichtet: "Streiks und Arbeitsniederlegungen im ganzen (!) Land." Lassen wir nur einige Meldungen der 'l'Humanité' vor uns Revue passieren, um die Möglichkeiten eines 'nationalen Marsches auf Paris' realistisch zu erfassen. "Im Norden, in der Region um Valenciennes gab es fast 1oo% Streikende." "In der Loire beziffert die regionale CGT die Anzahl der Streikenden mit 4o.ooo bis 5o.ooo." "In der Region Rhône (...) fanden zahlreiche Aktionen statt. In 6o (!) der grössten Unternehmen Arbeitsstops von 3 bis 24 Stunden." "In der Gironde 7.ooo Streikende (...) und - bei Regen - überberufliche Demonstration mit 3.5oo Personen in Bordeaux." "In Grenoble, in der Region Isère, 4.ooo Demonstranten." "In der Region Bas-Rhin haben 1o Betriebe für zwei Stunden die Arbeit niedergelegt." Nur einige Meldungen!

Und wie viele Arbeiter haben sich nun im Vergleich zu den Aktionen im "ganzen Land" am "Marsch auf Paris" beteiligt? Zqei Einschätzungen stehen sich gegenüber. Während 'Le Monde' von "mehreren zehntausend Demonstranten" berichtet, schreibt 'l'Humanité' von "hunderttausenden Arbeitern". Unabhängig davon, welche Angaben nun wirklich stimmen, hat die CGT die nationale Verbreiterung und Vereinheitlichung der Abwehr gegen Polizei und Arbeitslosigkeit genauso wie die CFDT hintertrieben. Als einziger Organisator des Marsches kann sie nun - und mit ihr die KPF - durch dieses 'Monopol' die Politik der Eindämmung und Entradikalisierung der militantesten Teile der Arbeiterklasse ziemlich erfolgreich verfolgen.

DIE ARBEITERKLASSE OHNE ALTERNATIVE DEM REFORMISMUS AUSGELIEFERT

Die beiden einflussreichen, sich als 'trotzkistisch' bezeichnenden Organisationen LCR ('Revolutionäre Kommunistische Liga') und 'Lutte Ouvrière' (LO- - 'Arbeiterkampf') haben nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass die KP -und CGT-Reformisten alle Register ihrer klassenverräterischen Politik ungefährdet ziehen konnten. Während sich die Arbeiter verschiedener Parteien und Gewerkschaften in Lothringen und in Teilen Nordfrankreichs unabhängig und gegen ihre Führungen spontan zusammenschlossen, überging die LCR mit beispiellos rechter Ignoranz diese Dynamik. Statt an dieser Entwicklung anzusetzen und den Aufbau von Basiskomitees, die die Arbeiter aller Richtungen zusammenfassen könnten, mit in den Mittelpunkt ihrer konkreten Agitation zu stellen, hing sie sich an die reformistischen Führungen an. Die spalterische und abwieglerische Politik der CFDT und CGT überdeckte sie prinzipienlos mit einem schäbigen, verwaschenen Einheitsfetischismus. "Genug der Spaltung", "Einheit für den Marsch" war ihre einzige Antwort auf die Manöver der Reformisten gewesen. Zweifellos trägt der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und gegen die bürgerliche Regierung Barre die Notwendigkeit der Einheitsfront in sich. Die Einheit der Arbeiterklasse ist eine unbedingte Voraussetzung für die erfolgreiche Abwehr der Arbeitslosigkeit, der staatlichen Repression. Aber sie kann niemals den Verzicht auf Initiativen bedeuten, die sich gegen die Politik der Reformisten richten. Ansonsten degeneriert der Anspruch revolutionärer Politik zu einer linken Abdeckung der reformistischen Manöver. Der LCR kann man den Vorwurf nicht ersparen, dass sie genau diese Linie verfolgt hat. "Einig und alle gemeinsam können wir unsere Forderungen erzwingen, kann man mit der Regierung Schluss machen." Der Verzicht auf die Einheitsfront von unten, auf die Einheitsfront der Arbeiter gegen ihre Führungen, wie sie in Lothringen notwendig und möglich gewesen wäre, hat die LCR zu einem politischen Anhängsel der 'linkeren' reformistischen Politik der CGT und der KPF degradiert. Die ausschliessliche Beschränkung auf Aufrufe, die verschiedenen reformistischen Gruppierungen sollten doch endlich gemeinsam vorgehen, wird zu einer tragikomischen Karikatur, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Stalinisten alles taten, um eine Veranstaltung der LCR mit Alain Krivine, Pol-Büro-Mitglied der LCR, in Lothringen zu denunzieren und zu verhindern. Die Anpassung der LCR in der Frage der Einheitsfront der Arbeiterklasse an den, den Druck der Arbeiter widerspiegelnden, kämpferischen Reformismus, setzt sich in der gesamten Linie gegen die Arbeitslosigkeit fort. Mit beispielhafter Konsequenz beschränkte sie 'ihren' Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gemäss dem Beschluss des Zentralkomitees auf die zwei 'zentralen' Forderungen: "Nein zu den Entlassungen" und "35 Stunden für alle ohne Lohnverlust". Kein Wort über die Wiedereingliederung der 1,8 Millionen Arbeitslosen in den Arbeitsprozess, keine Forderung nach Aufteilung der Arbeit auf alle Hände, es sei denn man interpretiert, das Beste hoffend, die Forderung "35 Stunden für alle ..." als eine 'pädagogische' Formulierung, die die Aufteilung der Arbeit auf alle beinhaltet. Aber die LCR zerstört auch diese naive Hoffnung, indem sie herausstreicht, dass "sich jeder am 23. mobilisieren muss, um zu sagen: -Nein zu den Entlassungen, Ja zu 35 Stunden! -Weg mit Giscard, ...!" Es versteht sich beinahe schon von selbst, dass die LCR die Arbeitszeitverkürzung nicht mit der dafür unbedingt notwendigen Forderung der Arbeiterkontrolle verbindet. Sollen etwa bürgerliche oder (was im Falle der LCR näher liegt) KP/SP - Wirtschaftsexperten die Planung über die Arbeitszeitverkürzung, über die Umstrukturierung der Produktion übernehmen? Diese Fragen sind nicht unwichtig und schon gar nicht unaktuell! Voriges Jahr fälschte Premierminister Barre die Zahl der Arbeitslosen nach unten und heuer hat man die Berechnung des Inflationsindex offiziell geändert, um niedrigere Inflationszahlen zu bekommen.

Es kann nicht im Interesse der Arbeiterklasse liegen, auf Fälschungen, Manipulationen, auf frisierte und unbrauchbare Statistiken, Indexangaben etc. angewiesen zu sein. Man muss diese Fragen in das Bewusstsein der Arbeiterklasse rücken, indem man die Notwendigkeit der Arbeiterkontrolle in die zentralen Aussagen gegen die Arbeitslosigkeit einreiht. Noch dazu in einer Situation, die diesen Aufgaben sehr entgegenkommt! Es ist zuletzt nicht wenig seltsam, dass die LCR nicht einmal versucht, gegenüber der Krise in der Stahlindustrie die Forderung nach entschädigungsloser Enteignung der Stahlbarone unter Arbeiterkontrolle zur Diskussion zu stellen. Die LCR hat als Alternative zu der 'klassenkämpferischen' Demagogie der Reformisten gegen die Arbeitslosigkeit konsequent versagt. Sie unterliegt dem Druck des Reformismus, indem sie ihre Agitation und Propaganda sowie ihre Alternativen auf die Forderungen der Gewerkschaften reduziert. Konkret hat auch die LCR ihren eher bescheidenen Teil an der Niederlage der Metallarbeiter und an dem im Endeffekt gescheiterten 'Marsch auf Paris' beigetragen.

'Lutte Ouvrière', die bei den letzten Parlamentswahlen ca. 5oo.ooo Stimmen erhalten hat, trägt aufgrund ihrer Verankerung und ihres Einflusses in der Arbeiterklasse wesentlich mehr praktische Verantwortung für den Kampf der Arbeiter gegen die Krise als die LCR. Zweifellos macht sie nicht den Fehler der LCR, dauernd an die reformistischen Parteien und Gewerkschaften zu appellieren, die Einheit der Arbeiterklasse gegen die Arbeitslosigkeit herzustellen. Sie weiss und erzählt es auch den Arbeitern wöchentlich, dass "sie nur auf ihre eigenen Kämpfe zählen" können. So unbestreitbar diese, für die LO so zentrale Aussage auch ist: Was macht sie aber, wenn die Arbeiter ihr das nicht glauben wollen? Und dass dies heute der Fall ist, wird wohl niemand bezweifeln können.

Genau in dieser Frage steigt LO von ihrem Wortradikalismus herunter ... und reicht der LCR die Hand. Das, was sie heute den Arbeitern gegen die Krise vorschlägt, liegt genau auf der gleichen Linie: "Verringerung der Arbeitszeit", "Untersagung von Entlassungen", "Gleitende Lohnskala". Allerdings unterscheidet sie sich graduell von der LCR, indem sie weiterreichende Ziele in ihre Aussagen 'einfliessen' lässt. "Wenn die Arbeiter überall die gleiche Bestimmtheit (wie in Lothringen und Nordfrankreich - Anm.d.Red.) zeigen, würde die Arbeiterklasse die Mittel haben, die Entlassungspläne der Unternehmer zu Fall zu bringen. Sie würde die Mittel haben, die Entlassungen zu untersagen und die Aufteilung der Arbeit auf alle zu erzwingen." Bezeichnenderweise zeigt sie jedoch diese Perspektive in einem einmaligen Dossier über die Arbeitslosigkeit auf, um sofort wieder von den 'Wolken der Theorie' auf den Teppich der Kapitulation vor den reformistischen Zielsetzungen zurückzukehren. Sicherlich steht LO von den Zielangaben, von den Perspektiven her nicht derart im rechten Eck wie die LCR. Aber dieser Unterschied darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch LO auf jegliche Agitation und Propaganda für die Bildung von Einheitsfrontkomitees, für die Arbeitszeitverkürzung unter Arbeiterkontrolle, für die Aufteilung der Arbeit auf alle (sieht man von dem einmaligen Fall des bereits erwähnten Dossiers ab) verzichtet. Eine Kritik an der Politik der LO gegen die Arbeitslosigkeit kann grundsätzlich keine an-

dere sein als die Kritik an der LCR.

Wenn es bis vor mehr als einem Monat noch möglich gewesen wäre, revolutionäre Zielangaben konkret in Teilen der Arbeiterklasse agitatorisch einzubringen - die Arbeiter Lothringens und Nordfrankreichs haben von selbst begonnen, den Selbstschutz gegen die Polizei, die Einheitsfront gegen ihre Führungen zu organisieren! -, so hat sich die Situation heute äusserst verschlechtert. LCR und LO haben über mehr als zwei Monate die besten Gelegenheiten ungenützt verstreichen lassen und alles andere als eine Alternative zu den reformistischen Manövern für die fortgeschrittensten und militantesten Arbeiter dargestellt.

DER MARSCH AUF PARIS - DIE FALLE DER REGIERUNG

Der 23. März hätte zu einer gewaltigen Machtdemonstration der Arbeiterklasse werden können, wenn ... Die CFDT hatte sich schon Wochen vorher von dieser Initiative abgesetzt. Der KP-CGT kam dies zweifach gelegen. Zum einen wurde durch diesen offenen Verrat der SP-nahen CFDT die eigene weniger offene Abwiegelungspolitik überdeckt. Zum anderen war diese Spaltung für sie eine zusätzliche Garantie, nicht in einen Strudel weiter steigender Kämpfe hineingezogen zu werden. Wir haben bereits aufgezeigt, dass die CGT, selbst wenn die KP-Angaben von "hunderttausenden Arbeitern" am Marsch richtig sind, nur einen Bruchteil der kampfbereiten Arbeiter mobilisiert hatte. Dennoch kann man den Marsch auf Paris, vom Aspekt der Beteiligung ausgehend, als einen 'beschränkten' Erfolg bezeichnen. Allerdings nur unter diesem Aspekt! Es war die grösste Demonstration, seitdem die französische Arbeiterklasse den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aufgenommen hatte.

Ein anderer machte jedoch den Strich unter die Rechnung! Regierung und Unternehmerschaft hatten schon seit Wochen keinen Zweifel aufkommen lassen, dass sie bereit sind, den Kampf gegen die Arbeiter aufzunehmen und - wenn nötig - zu immer schärferen Mitteln zu greifen. Die Regierung hatte die Abwiegelungspolitik der Stalinisten und Sozialdemokraten genau verfolgt und die Möglichkeit eines grösseren Gegenschlags erkannt. Die Reformisten nahmen in ihren Überlegungen einen wichtigen Platz ein. Denn sie kalkulierte sehr richtig, dass diese vor einer grossangelegten Konfrontation zurückweichen und das Feld räumen würden. Im nachhinein kann man sicher sagen, dass die Regierung eine regelrechte Falle vorbereitete, die sie 'militärisch' und politisch bis ins kleinste Detail geplant hatte.

Dabei wurden die Autonomisten unbewusst zu einem auslösenden Moment für die geplante Konfrontation. Ausserhalb der linken Organisationen stehend, an den Rand der linken Bewegung und ins gesellschaftliche Abseits gedrängt, sind sie besonders der Krise und der staatlichen Repression ausgesetzt. Sie rekrutieren sich aus Arbeitslosen, Studenten usw. und hatten sich schon öfters vor dem 23. März durch militante aber auch nutzlose Aktionen wie z.B. durch die Zerstörung von Geschäften, Restaurants bemerkbar gemacht. Isoliert auch von den Organisationen der extremen Linken, die wie z.B. die LO, die ihr "Mitleid" für andere "vorbehält", ihnen jede Solidarität verweigert, wurden sie immer wieder die Zielscheibe von Polizei und Justiz.

Es war daher nicht schwer vorauszusehen, dass jede staatliche Provokation bei den Autonomen auf 'fruchtbaren' Boden fallen würde. Offensichtlich wusste das niemand besser als Polizei und Regierung.

Am frühen Morgen des 23. März führten mobile Gendarmerie und Kriminalpolizei gemeinsam mehrere Razzien im 14. und 2o. Bezirk durch mit dem Ziel, die dort wohnenden Autonomen zu provozieren. 84 (!) Autonome wurden von der Polizei mit vorgehaltener Waffe festgenommen. Die Regierung hatte es auf eine Auseinandersetzung angelegt, in der die Demonstration der Arbeiter, der "Marsch auf Paris" selbst die Zielscheibe war. Diese Absicht wird durch die Anwesenheit von hunderten (!!!) Polizeispitzeln in Zivil inmitten der Demonstration ganz nachhaltig unterstrichen.

Der Marsch wäre ohne die Polizei-Provokationen und Attacken ruhig in den von CGT und KP vorgesehenen Bahnen verlaufen.

Die Arbeiter aus den Provinzen kamen mit Sonderzügen und Autobussen nach Paris. Die CGT hatte eine Ordnertruppe von 5.ooo Mann aufgestellt, um die Kontrolle über die Demonstration fest in ihrer Hand zu halten. Das KP-Zentralorgan 'l'Humanité' beeilt sich zu versichern, dass "nichts weniger militärisch gewesen war, als der Marsch auf Paris vom 23. März 1979". Sind doch "Arbeiter mit ihrem Brotbeutel gekommen. Als wenn sie zur Arbeit gingen." Die Arbeiter forderten u.a. "35 Stunden bezahlt wie 4o Stunden", "Longwy wird leben". Eine Frauengruppe trug die Losung "Gegen die Arbeitslosigkeit und die Rückkehr an den Herd, müssen wir die 35 Stunden erkämpfen" mit sich. Die Demonstranten im Block von Saint-Ouen riefen "Wenn du willst, dass sich etwas ändert und dass sich etwas rührt, erhebe dich, denn es ist Zeit" usw. Die linksliberale Zeitung 'Le Monde' weiss auch im Gegensatz zur KPF über "drohende" Parolen zu berichten wie "Longwy, Denain zeigen uns den Weg."

Auch belgische Metallarbeiter beteiligten sich am Marsch. Und aus der BRD kamen ca. 5o Metaller, die ihre Solidarität ausdrückten: "Unsere Arbeitsplätze sind so wie eure bedroht." Schon allein die Anwesenheit der Rothelme aus dem Ruhrgebiet erregt die Aufmerksamkeit und das Interesse der französischen Stahlarbeiter. Was die Stalinisten allerdings nicht daran hindert, gegen die "Hegemonie" Westdeutschlands zu wettern, das Gift des Chauvinismus und 'Patriotismus' zu versprühen.

Die wesentlichen Ereignisse liefen jedoch auf einer anderen Ebene ab. Annähernd 1ooo Autonomisten, am Vormittag durch mehrere Polizeirazzien 'planmässig' provoziert, schliessen sich der Demonstration an. Die Polizei greift im weiteren Verlauf ihren Block gezielt an und verursacht dadurch die Strassenschlachten. Die CGT-Ordner halten die grosse Mehrheit der Arbeiter auf sichere Distanz zum Schauplatz der Kämpfe und ermöglichen es den CRS-Schlägern so, sich zu ihren Einsatzwagen zurückzuziehen. "Auf ihrem Rückzug stellen die CRS-Polizisten manchmal nervös ihren Offizieren Fragen, die diese einfach und kategorisch beantworten: 'Das waren die Befehle'." Von da an reissen die Auseinandersetzungen zwischen den Autonomen und der Polizei nicht mehr ab. Um 17h, dann zwei Stunden später beginnen die Strassenschlachten von neuem. Die Arbeiter sehen zu, sie beteiligen sich nicht an den Kämpfen. Nur ca. tausend vorwiegend junge Arbeiter nehmen gegen die Polizei aktiv Stellung. Die CGT-Ordner dagegen beteiligen sich an der Hatz gegen die Autonomisten und übergeben sie der Polizei (!). Dabei erwischen sie einen Polizeispitzel - Ausweis und Dienstpistole bei sich -, wie er Steine auf seine uniformierten 'Kollegen' wirft. Mehr als hundert Verletzte sind das Ergebnis der Polizeiattacken.

Die Bausteine des Plans der Regierung treten rückblickend gesehen klar hervor. Die Reformisten, die jeder Konfrontation ausweichen und die Arbeiter zurückhalten. Die Autonomen, die durch Provokationen und Polizei-Attacken zur Konfrontation getrieben werden. Polizeispitzel, die als zusätzliche Garantie für den geplanten Ausbruch der Kämpfe eingesetzt werden.

Die CGT ist jedoch davon überzeugt, dass "diese mächtige Aktion des 23. März den (...) Kämpfen eine neue Dynamik gibt." Nur ... diese Dynamik wird sich auch gegen sie richten. Sie wird gezwungen sein - wenn auch halbherzig und kraftlos -, sich gegen diese Dynamik zu verteidigen.

DIE REGIERUNG SCHLÄGT ZURÜCK UND SCHRÄNKT DIE DEMOKRATISCHEN RECHTE EIN

Nachdem der Plan wie vorgesehen abgelaufen war, holt die Regierung zum Gegenschlag aus. Vorerst droht Premierminister Barre den Postbediensteten in den Verteilungszentren (Briefumleitung, Paketumleitung usw.) mit staatlichen Sanktionen, sollten sie ihre Kampfaktionen fortsetzen. "Der vor kurzem stattgefundene Streik in gewissen Verteilungszentren, der übrigens schon beendet worden ist, ist charakteristisch für das Verhalten einer kleinen Minderheit von Bediensteten, ..." und dann "Aber wenn sich solche Aktionen häufen oder ausbreiten sollten, wird die Regierung die nötigen Massnahmen ergreifen, um im Interesse aller das Funktionieren der Post zu gewährleisten, deren erste Aufgabe es ist, im Dienste der Öffentlichkeit zu sein."

Dann werden aufgrund eines Polizeiberichts über die Vorfälle vom 23. März 32 Personen unterschiedlich wegen Gewaltanwendung, Tätlichkeit, Sachbeschädigung und Waffenbesitz angeklagt. Die ersten Verurteilungen mit unbedingten Gefängnisstrafen werden am 26. März ausgesprochen. Weitere folgen am 3. April. Der Kommandant der Polizeikräfte während des Einsatzes muss vor Gericht zugeben, den Polizeibericht nachträglich manipuliert zu haben. Er 'korrigierte' einen Tag, nachdem der Bericht aufge-

setzt wurde, die Aussagen seiner Untergebenen, um alle Widersprüche und Ungereimtheiten zu beseitigen. Die Urteile sind durchwegs Terrorurteile, die über grossteils willkürlich festgenommene Personen verhängt wurden. So wurde Moser - ein Mittelschüler - wegen Sachbeschädigung (ihm wird vorgeworfen, ein um einen Baum angebrachtes Schutzgitter aus der Verankerung gerissen zu haben, und sogar diese lächerliche Beschuldigung hat sich als äusserst zweifelhaft, wenn nicht gar als Lüge herausgestellt) zu 15 (!) Monaten Haft, davon 8 Monate unbedingt, verurteilt. Nicht einmal die KP kann dazu schweigen. "Selbstverständlich fordern wir die Verurteilung der 'Rokker', die man 'Autonome' nennt." Aber da es für die Regierung nicht nur um die Autonomen, sondern um die gesamte linke- und Arbeiterbewegung geht, sind auch politisch Andersgesinnte von den Urteilen betroffen. Die Ablehnung der Urteile ist gross. Die KP kann diesen Unmut nicht ignorieren. Deswegen fordert sie die "Freilassung von Gilles Desraisses", der, wie sie ausdrücklich betont, nichts mit den Autonomen gemein hat.

Während die Abgeordneten der KPF einen Untersuchungsausschuss über den Fall des enttarnten Polizei-Provokateurs fordern, erklärt der Polizeipräfekt, dass sich insgesamt 3oo (!!!) Polizisten in Zivil in der Demonstration vom 23. März befanden. Auch ein Angehöriger des Geheimdienstes (SDECE) - ein Oberst Selil - wurde erkannt, wie er aufrief, zum Palast des Präsidenten zu marschieren. Der Chef des Geheimdienstes leugnet natürlich die Existenz eines Selil, den es angeblich weder dem Namen noch dem Pseudonym nach im Geheimdienst geben soll. Sogar die 'Allgemeine Polizei-Gewerkschaft' (SGP) zweifelt die offizielle Version über die Vorfälle des 23. März an und möchte - sich auf die 3oo Zivilpolizisten beziehend - sehr, "dass der Polizeipräfekt uns sagt, wo sie waren, und was sie machten." Die Polizei-Provokationen nehmen in den kämpferischsten Regionen und Städten wie in Denain (Nordfrankreich) und Longwy (Lothringen) wieder zu. Die Abwehrbereitschaft der Arbeiter sinkt.

Präsident Giscard d'Estaing setzt den Höhepunkt in der staatlichen Repression. Er kramt aus der Notverordnung von 1935 den Artikel 3 hervor, der das Verbot von Demonstrationen verfügt, wenn man "glaubt, dass die geplante Demonstration dazu angetan ist, die öffentliche Ordnung zu stören." Nur wenn "absolute Sicherheit" gegeben sei, können die regionalen Behörden Demonstrationen zulassen. Und höhnisch fügt Giscard hinzu, dass traditionelle Demonstrationen wie am 1. Mai von dieser Bestimmung ausgenommen sind. Damit hat die Regierung der gesamten Arbeiterklasse einen spürbaren Schlag versetzt.

Es wäre falsch (und nicht einmal die KPF tut dies), diese Einschränkung der demokratischen Freiheiten auf die Aktivitäten der Autonomen in Paris zurückzuführen. Das ist die Argumentation der Bourgeoisie und ihrer Regierung. Aber jeder weiss, dass dies nur ein Vorwand ist. Denn die Unternehmer und die Regierung haben sich seit Jänner dieses Jahres stets den Arbeitern und ganz besonders den Metallarbeitern zum offenen Kampf gestellt. Dank der verräterischen Politik der reformistischen Gewerkschaften und Parteien haben sich Regierung und Unternehmer behaupten können.

DIE KAMPFKRAFT DER ARBEITER WIRD SCHWÄCHER

Es ist klar, dass dieses Demonstrationsverbot nicht auf parlamentarischem Weg rückgängig gemacht werden kann. Die französische Arbeiterklasse hat keine entscheidende Niederlage hinnehmen müssen. Sie ist auch heute noch stark genug, sich das Demonstrationsrecht durch die Abhaltung von Demonstrationen zu nehmen. Aber sie ist nun - und das macht ihre Niederlage aus - wieder völlig in die reformistischen Gewerkschaften und Parteien integriert. Und diese werden sich hüten, ihre Kampfkraft von neuem entfalten zu lassen. "Wir werden demonstrieren", verkündeten KP und CGT wortradikal und meinten unter "demonstrieren" einen 3o-minütigen "nationalen Arbeitsstop" gemeinsam mit der CFDT und der Lehrergewerkschaft FEN für den 3. April. Nichts ist dabei herausgekommen! Diese



Die 'Autonomen' zerschlagen die Auslagen der Geschäfte, Präsident Giscard aber zerschlägt den 'Liberalismus'.

Aktion war kein Druckmittel auf die Regierung, sondern eine Beruhigungsspritze für die unzufriedenen Arbeiter. Wie wenig sich die Regierung durch diese Aktion beeindruckt fühlte, zeigt der Vorstoss von Premierminister Barre einen Tag danach, am 4. April, das Streikrecht für die öffentlich Bediensteten einzuschränken.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit geht nun unter anderen Vorzeichen weiter. Die militante Bewegung der Metallarbeiter, die sich durch eine partielle Absetzung von den reformistischen Apparaten und der Entwicklung einer eigenen Dynamik (Selbstverteidigung, Einheitsstreben über die einzelnen Parteien hinaus) auszeichnete, existiert nicht mehr. Die Metallarbeiter sind wieder in 'ihre' Parteien und Gewerkschaften zurückgeflutet. Der von der CFDT am 6. April organisierte "Marsch auf Dünkirchen" stiess bezeichnenderweise auf die Apathie und Teilnahmslosigkeit der CGT-Mitglieder, die sich daran nicht beteiligten. Die CGT entsandte praktisch nur eine symbolische Delegation. Nur 2.5oo marschierende Metallarbeiter sind ein weiterer Beweis für die Rückentwicklung der Bewegung. Und die Behörden stossen nach! Am 15. April drohten sie den Metallarbeitern der Betriebe 'Usinor-Mardyck' in Dünkirchen mit dem Einsatz der Polizei, falls sie die Besetzungen ihrer Betriebslokale nicht beendeten.

Eine untergeordnete Rolle für dieses Nachlassen der Kampfkraft dürften auch gewisse erzielte Kompromisse gegenüber den Stahlbaronen eingenommen haben. So hat sich der Konzern Usinor entschlossen, 2.3oo Arbeitsplätze nicht wie vorgesehen dieses Jahr sondern erst im Sommer 198o aufzulassen. Die Stahlbarone versuchen nun, die Entlassungen schubweise durchzusetzen. In Denain werden die Arbeitsplätze für 1.5oo Arbeiter bis Sommer 198o aufrechterhalten, und in Longwy werden insgesamt 57o Arbeiter weiterbeschäftigt. Sicherlich liegt hinter dieser 'weicheren' Haltung der Unternehmer die Taktik, die gestern noch kämpfenden Arbeiter in Arbeitslose und Beschäftigte zu spalten.

Die reformistischen Führungen können jedenfalls aufatmen. Sie haben die Kontrolle über die Metallarbeiter wieder zurückerlangt. Jetzt können sie wieder wie voriges Jahr auf Knopfdruck wortradikale Initiativen gegen die Arbeitslosigkeit, getrenntes oder einheitliches Vorgehen usw. anordnen, ohne von ihrer Basis überrollt zu werden. Die Metallarbeiter haben sich totgelaufen, während die 'trotzkisierende' extreme Linke vor ihren Aufgaben kläglich scheiterte.

Die Niederhaltung der Arbeiterklasse kann in der gegenwärtigen Situation des französischen Kapitalismus nur eine kurzfristige sein. Die hohe Arbeitslosigkeit und der seit Jänner neuerliche Anstieg der Inflation (1978: 5,5%) verunmöglichen eine Stabilisierung der sozialen und politischen Situation. Die Regionalwahlen Ende März haben bei einer Wahlbeteiligung von 65,4% der KP (32 Sitze mehr = 228) und vor allem der SP (158 Sitze mehr = 558) hohe Gewinne gebracht.

Zweifellos wird sich die Kampfkraft der Arbeiter in den nächsten Monaten neu entfalten. Die einzelnen Gewerkschaften haben - nach der Spaltung vom 23. März wieder in einem Boot vereint - gemeinsame Aktionen für die 35 Stunden-Woche beschlossen. Es wird für einen weiteren und neuen Aufschwung der Klassenkämpfe entscheidend sein, inwieweit die Arbeiterklasse die Erfahrungen der letzten Monate nun verwerten wird. ●

FORTSETZUNG VON SEITE 22

NAHER OSTEN...

praktiziert, zeigen deutlich, wer der bestimmende und diktierende Teil der Nah-Ost-Entwicklung ist. Während Ägypten bestenfalls um Formulierungen feilschen kann, setzt Israel Massnahmen und baut eine Siedlung nach der anderen in diesem "heiligen Land"... Während Sadat anfänglich noch auf einen rasch herbeigeführten 'Autonomiestatus' für die Palästinenser des Westjordanlandes drängte, setzte Israel eine lange Verschiebung durch (man spricht von fünf Jahren) und dies mit gutem Grund. Die israelische Auslegung des Vertrages besteht darin, dass zwischen der 'Autonomie' des Westjordanlandes und einer de facto militärischen Besetzung des Landes, einer massiven Einflussnahme auf die Wirtschaft des Gebietes, kein Widerspruch besteht.

Weitere israelische Siedlungen sollen in einigen Jahren eine gesellschaftliche Realität schaffen, in der die 'Autonomie' der Palästinenser, einer 'autonom auftretenden Folklore-Gruppe' gleicht. Israel hat seine Position zum Westjordanland seit den ersten Tagen der Sadatschen Mission nicht nur nicht geändert, sondern es scheint im Gegenteil der Fall zu sein, dass jene Kräfte in der israelischen Regierung, die zu Kompromissen auf diesem Gebiet bereit waren, an Einfluss verloren haben. So bleibt aber gerade das Westjordanland ein Unsicherheitsfaktor für das diplomatische Vertragswerk, denn ohne Widerstand der palästinensischen Bevölkerung wird Israel kaum seine Besiedelungsprojekte und seine militärische und wirtschaftliche Durchdringung dieses Gebietes durchsetzen können. Grössere Konflikte im Westjordanland aber, bergen in sich die Möglichkeit eines militärischen Konfliktes mit Syrien und Jordanien.
Wir haben schon weiter oben auf einen Aspekt der Bereitschaft Sadats hingewiesen, alle Bedingungen des US-Imperialismus und Israels anzunehmen (die prekäre wirtschaftliche Situation des Landes). Zu diesem einen Aspekt kommt noch das Interesse der ägyptischen Bourgeoisie hinzu, ihre Profite nach der Beendigung des Kriegszustandes erhöhen zu können. Auf der Sinai-Halbinsel wird Israel nicht nur Siedlungen und Fremdenverkehrsprojekte zurücklassen, sondern auch Industrieanlangen (als 'Gegenleistung' wird es von Ägypten garantierte Mengen Erdöl erhalten). So bedeutet also die Durchführung einer geplanten imperialistischen Wirtschaftshilfe (Ansiedelung von Industrien, Ausbau der ökonomischen Infrastruktur, Erschliessung des Fremdenverkehrs usw), die Verbesserung der Profitmöglichkeiten einer ständig wachsenden ägyptischen Bourgeoisie, deren politisches Sprachrohr Sadat ist. "Friedensmission" bedeutet im Klartext nichts anderes, als die Ergebnisse einer gesellschaftlichen Tendenz, die Schluss mit den arabischen Nationalisierungen macht, die - wie unter Nasser - unter 'antiimperialistischer' Flagge gesegelt sind.

Aber diese gesellschaftlichen Tendenzen sind nicht allein auf Ägypten beschränkt, sondern sind im gesamten arabischen Raum feststellbar. Die Grundlage dieser Tendenzen sind die Erdöl-Einkommen der arabischen Staaten, die in den letzten Jahren bedeutend zugenommen haben. So steigerten sich diese Einkommen etwa im Falle Saudi-Arabiens von 434o Millionen Dollar im Jahre 1973 auf 3o.652 Millionen Dollar im Jahre 1976 (Irak 165o/1973 auf 87oo/1976). Diese steigenden Einnahmen in allen erdölfördernden arabischen Staaten hatte die Stärkung des privatkapitalistischen Sektors der Wirtschaft zur Folge, der nun dazu übergeht, die Nationalisierungen - die notwendig gewesen sind, um in einem begrenzten Ausmass eine nationale Industrie zu entwickeln - aufzuweichen und zurückzudrängen. Dieses akkumulierte arabische Kapital drängt nach einer - unter imperialistischer Vorherrschaft stehenden - Durchdringung des gesamten arabischen Raumes und es ist nur zu verständlich, dass der permanente Kriegszustand mit Israel diesen Bemühungen abträglich und hinderlich war und ist.

"Die Initiative von Sadat, die in den Vereinbarungen von Camp David ihren Höhepunkt fand, ist ein bedeutendes Ereignis, das auf politischer Ebene einige der Veränderungen, die in den Strukturen der arabischen Gesellschaft stattgefunden haben, widerspiegelt. Sie zeigt, wie bewusst, direkt und entschlossen die politische Führung der ägyptischen führenden Klasse ein für alle Mal mit einer Epoche der arabischen Politik, die mit der Errichtung des Staates Israel 1948 begonnen hat, Schluss machen will. Was die anderen arabischen Regimes angeht, so stellen sie sich zwar aktiv gegen den Wortlaut des zweiseitigen, ägyptisch-israelischen Friedensabkommens, können sich aber nicht der Anziehungskraft, die die Logik eines offiziellen Abkommens mit dem zionistischen Staat ausübt, entziehen." (M. Jafar, 'Inprecorr', Nr. 98)

Der Aussenhandel aller arabischen Regimes - auch solcher (Irak, Algerien), die noch immer von der UdSSR als 'antiimperialistisch' bezeichnet werden - mit dem Imperialismus ist in den letzten Jahren angestiegen, während der mit dem "sozialistischen Lager" zurückging. Dieser Prozess der verstärkten ökonomischen Einflussnahme des Imperialismus auf den arabischen Raum, ist mit einer innerarabischen Entwicklung verbunden, in der der Staat - in unterschiedlichem Ausmass in den verschiedenen Staaten - die Bildung privater Kapitale und deren Möglichkeiten fördert.

So muss Ägyptens Vorstoss als Teil dieser gesamtarabischen Tendenzen gesehen werden. Und allein vor diesem Hintergrund können auch die Perspektiven der imperialistischen Befriedung des Nahen Ostens verstanden werden!

Sadat handelte im Interesse einer stärker werdenden arabischen Bourgeoisie, die an einer verstärkten Eingliederung des arabischen Raums in den imperialistischen Weltmarkt und einer Befriedung der Region als Voraussetzung der Steigerung ihrer Profitmöglichkeiten interessiert ist.

Wenn wir von den Drohungen und starken Worten absehen, die von den Vertretern der arabischen 'Ablehnungsfront' gegen Sadats Bereitschaft, sich dem imperialistischen Diktat zu beugen, vorgebracht wurden, so wird zuerst deutlich, dass die konkreten Massnahmen über die sich diese - noch dazu in sich gespaltene - 'Ablehnungsfront' einigen konnte, letztlich unwirksam und auf lange Sicht gesehen folgenlos bleiben werden. Neben diplomatischem Säbelgerassel bleibt vor allem die Einstellung der Wirtschaftshilfe an Ägypten zu nennen. Doch die Gelassenheit mit der Sadat und andere ägyptische Regierungsvertreter diese angekündigten Massnahmen aufnahmen, wird verständlich, wenn man weiss, dass Ägypten von den arabischen Staaten nur 25% der Mittel erhielt, die es von den imperialistischen Staaten erhält und der ägyptische Aussenhandel mit den Staaten der 'Ablehnungsfront' nur 6% des Gesamtvolumens ausmacht. Einerseits kann Ägypten die nun eintretenden Verluste durch die Steigerung der imperialistischen Wirtschaftshilfe mehr als wettmachen und andererseits weiss die ägyptische (und natürlich auch die imperialistische) Bourgeoisie genau, dass letztlich keines der Regimes der 'Ablehnungsfront' an einer Radikalisierung der Situation im Nahen Osten interessiert ist, würde eine solche Radikalisierung doch nicht nur die Gefahr eines Krieges mit Israel, sondern darüberhinaus die Gefahr sozialer Erschütterungen mit sich bringen!

Was die 'Ablehnungsfront' an den gemeinsamen Tisch brachte, war letztlich die Furcht vor den Palästinensern und den 'eigenen' Massen. Die grosse soziale Sprengkraft des Palästinenserproblems - zuletzt in den Kämpfen im Libanon deutlich geworden -, die Solidarität der arabischen Massen mit diesem unterdrückten Volk, hindert diese Regimes daran, heute offen den Weg der ägyptischen Bourgeoisie zu gehen. Doch trotz aller Unterschiede in der radikalen Tonart haben weder Syrien, noch der Irak (von Saudi-Arabien ganz zu schweigen) ein Interesse an der Verschärfung der Auseinandersetzung mit Ägypten, und die Vermutung eines ägyptischen Regierungspolitikers, dass nach und nach auch die Staaten der 'Ablehnungsfront' wieder Handel mit Ägypten betreiben werden, dürfte nicht ganz aus der Luft gegriffen sein.

Ägypten hat sich in den letzten Monaten als Wegbereiter einer Tendenz im arabischen Raum gezeigt, die alle anderen arabischen Regimes betrifft. Was dieses Land heute noch von den anderen arabischen Ländern unterscheidet, ist kein qualitativ unterschiedlicher Charakter der Aussenpolitik, sondern der Grad, in dem diese gesamtarabischen Tendenzen zum Ausdruck kommen.

Daher wäre es nicht nur dumm, sondern verbrecherisch die Erwartungen des antiimperialistischen Kampfes in dieser Region an irgendeines der 'Ablehnungs-Regimes' zu binden. Die imperialistische Neuordnung des Nahen Ostens kann letztlich nur gegen die arabischen Massen durchgesetzt werden. Aber auch nur diese können sie verhindern. Die Formulierung ihrer Klasseninteressen unabhängig von den 'Ablehnungs-Regimes' und letztlich gegen diese, ist eine Voraussetzung dafür! 12. April 1979

permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)



Frankreich: Die Regierung droht den Arbeitern!

Monatelang haben die Stahlarbeiter gekämpft - gegen die Arbeitslosigkeit von mehr als 1,8 Millionen Menschen, gegen die Planung von noch höherer Arbeitslosigkeit, gegen die Stahlbarone, gegen Polizei und Regierung. Auf jede Verschärfung der Gangart durch die staatlichen Behörden und die Polizei-Schlägertruppe CRS reagierten sie postwendend mit der Entfaltung ihrer Macht und ihrer Gewalt.

Der 23. März war der Aktionstag des "Marsches auf Paris". Er sollte ihre Entschlossenheit und ihren Kampfwillen unterstreichen. "Wir gehen auf keinen Vergnügungsausflug. Es ist unsere Zukunft und vor allem jene unserer Kinder, die auf dem Spiel steht." Nichts ist davon geblieben! Verraten und verkauft - von jeder Seite mit verschiedenen Argumenten! Jetzt droht Premierminister Barre den Öffentlich Bediensteten mit staatlichen Zwangsmaßnahmen und Präsident Giscard d'Estaing greift auf die Notverordnung von 1935 zurück. Die Situation für diesen Gegenschlag ist günstig. Die Vorhut der französischen Arbeiterklasse konnte wieder von den Reformisten 'gebremst' werden!

DENAIN - DAS LETZTE AUFBÄUMEN DER METALLARBEITER

Die Metallarbeiter der Stahlregionen Loire, Lothringen und Nordfrankreich hatten stellvertretend für die gesamte Arbeiterklasse die Abwehr gegen die um sich greifende Arbeitslosigkeit aufgenommen. Zu provokant war die Haltung der Regierung Barre. Zu unersättlich war die Gier der Kapitalisten nach immer grösseren Profiten.

Während 30% der Arbeitslosen ohne staatliche Unterstützung auskommen müssen, schüttet die Regierung seit Jahren ihr Füllhorn über die Unternehmer aus. Allein in den Jahren 1977/78 erhielten die Kapitalisten im Rahmen der "Pakte für die Beschäftigung der Jugend" Subventionen in der Höhe von 8 Milliarden Francs (ca. 26 Milliarden öS). Doch die Jugendarbeitslosigkeit ist von 42,2% im Jänner 1977 über 37,5% ein Jahr danach auf 46% im Oktober 1978 angestiegen. Die Unternehmer haben die Subventionen für die Erneuerung und Modernisierung ihrer Fabriksanlagen und Maschinen, für umfangreiche Rationalisierungen, für kostensparende Gesundschrumpfungen ihrer Betriebe verwendet. Besonders deutlich zeigt sich diese Entwicklung in der Stahlindustrie.

Von 1966-1977 haben die Stahlbarone neun Milliarden Francs (ca. 3o Milliarden öS) an Subventionen zugesprochen bekommen. 1977 beliefen sich die 'Geschenke' auf 1,8 Milliarden Francs, 1978 auf 1,2 Milliarden. Das Ergebnis lässt sich sehen: Der "Stahlplan", von Regierung und Unternehmern ausgearbeitet, beinhaltet für dieses Jahr 25.000-3o.000 Entlassungen.

Der erbitterte militante Widerstand der Metallarbeiter war der Ausdruck ihrer Bedrängnis. Wir haben über diese Kämpfe in der letzten Ausgabe der 'permanenten revolution' ausführlich berichtet. Als weiteren und letzten Markstein in der Bewegung der Metallarbeiter gilt es, die blutigen Strassenschlachten in der Stadt Denain (Nordfrankreich) anfangs März hervorzuheben.

Am Vorabend des 7. März wurden die Auseinandersetzungen von der Polizei eingeleitet. Wieder waren die Metaller der Fabrik Usinor-Denain in Aktion. Diesmal war es ihr Ziel, jene Lastwagen und Eisenbahnwaggons, die mit ausländischem Stahl beladen waren, an der Grenze an der Weiterfahrt zu hindern. Sie konnten diese Operation erfolgreich durchführen. Auf dem Rückweg wurden sie, in zwei Autobussen unterwegs, von starken Polizeikräften abgefangen. Im Wald (!) von Hasnon hielten die CRS-Schläger die Autobusse an, schlugen die Fenster durch Kolbenhiebe ihrer Gewehre ein und schmissen Tränengasgranaten ins Innere der Busse. Dann hinderten sie die Arbeiter auszusteigen. Erst nach einiger Zeit durften sie - einer nach dem anderen - ihre Busse verlassen. Die Hände auf die Motorhauben ihrer Fahrzeuge gestützt, mussten sie schliesslich noch Leibesuntersuchungen über sich ergehen lassen. Die Polizei-Provokationen in Denain hatten ihren ersten grossen Anfang.

Am nächsten Tag, dem 7. März, beschlossen 15oo - 16oo Metallarbeiter, die Abwehr zu organisieren. Starke Polizeikräfte waren in Denain massiert. Selbstverteidigung tat not! Bald kam es zu den ersten Zusammenstössen. Tausende Demonstranten, viele mit Eisenstangen, Metallbolzen und Steinschleudern ausgerüstet, setzten sich nach Angaben der Polizei - die Reformisten wollten im nachhinein weismachen, dass lediglich die Autobahn Paris-Brüssel gesperrt werden sollte - in Richtung Polizeikommissariat in Bewegung. Ein vierfacher Kordon der CRS begnügte sich vorerst,

FORTSETZUNG AUF SEITE 27

'permanente revolution' ist das Zentralorgan der IKL und erscheint monatlich.

Abonnement: 12 Ausgaben S 7o.-
Einzelpreis: S 5.-

Bestellungen und Kontaktadresse:

IKL, Postfach 1454, 1o1o Wien.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck und für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stöger, Patzmanitengasse 14/65. 1o2o Wien.